

54. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. Oktober 2009

Inhalt

Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 27. August 2009 (Drucksache 17/910)
1. Lesung

Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4001
Abg. Oppermann (SPD)	4002
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	4003
Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	4004
Abg. Frau Motschmann (CDU)	4004
Abstimmung	4005

Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Antrag der Fraktion der CDU vom 22. Oktober 2009 (Drucksache 17/969)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/977)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Abg. Röwekamp (CDU)	4005
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4007
Abg. Tittmann (parteilos)	4010
Abg. Frau Kummer (SPD)	4012
Abg. Woltemath (FDP)	4014
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4015
Abg. Möhle (parteilos)	4017

Abg. Röwekamp (CDU)	4018
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4021
Abg. Frau Kummer (SPD)	4023
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4023
Abg. Röwekamp (CDU)	4024
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4025
Abg. Frau Kummer (SPD)	4026
Abg. Woltemath (FDP)	4026
Bürgermeisterin Linnert	4027
Abg. Woltemath (FDP)	4029
Abstimmung	4030

Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. August 2009 (Drucksache 17/872)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. September 2009

(Drucksache 17/926)

Abg. Frau Ahrens (CDU)	4031
Abg. Frau Garling (SPD)	4032
Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	4033
Abg. Frau Cakici (DIE LINKE)	4034
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4035
Senatorin Rosenkötter	4036
Abg. Frau Ahrens (CDU)	4037

Fragwürdiges und undurchsichtiges Auftragsvergabeverfahren des Innenressorts für das neue Löschboot der Bremer Feuerwehr

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Oktober 2009 (Drucksache 17/968)

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	4039
----------------------------------	------

Abg. Tschöpe (SPD)	4039
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	4040
Abg. Hinners (CDU)	4041
Abg. Woltemath (FDP)	4041
Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)	4042
Abg. Tschöpe (SPD)	4042
Staatsrätin Buse	4043
Abstimmung	4045

Recht auf Rückkehr für zwangsverheiratete Frauen und Mädchen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10. August 2009 (Drucksache 17/874)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 16. September 2009

(Drucksache 17/929)

Abg. Frau Mahnke (SPD)	4045
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	4046
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	4047
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4048
Abg. Frau Motschmann (CDU)	4049
Staatsrätin Buse	4050
Abstimmung	4051

Besondere Investitionsanstrengungen für Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drucksache 17/883)

Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	4051
---	------

Abg. Bödeker (CDU)	4052
Abg. Ella (FDP)	4053
Abg. Günthner (SPD)	4054
Abg. Müller (DIE LINKE)	4056
Abg. Bödeker (CDU)	4057
Abg. Günthner (SPD)	4058
Abg. Ella (FDP)	4059
Abg. Müller (DIE LINKE)	4059
Bürgermeisterin Linnert	4059

Energieausweise nutzbringend einsetzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. August 2009 (Neufassung der Drucksache 17/876 vom 11. August 2009) (Drucksache 17/880)

Abg. Hamann (SPD)	4061
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	4062
Abg. Richter (FDP)	4063
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4065
Abg. Frau Garling (SPD)	4066
Staatsrat Golasowski	4067
Abg. Richter (FDP)	4067
Abg. Pflugradt (CDU)	4068
Abstimmung	4072

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Erlanson, Gerling, Frau Hoch, Kau, Frau Dr. Mathes, Frau Möbius, Pohlmann.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Ahrens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 54. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine zehnte Klasse der Schule Am Leher Markt aus Bremerhaven, einen Integrationskurs für Migrantinnen des Mütterzentrums Tenever und eine neunte Klasse des Schulzentrums Habenhausen.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 27. August 2009 (Drucksache 17/910)
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

(B) Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kommen zu einem Thema, das jeden Bürger betrifft, denn es ist ein Recht eines jeden Bürgers, eine Petition einzureichen, und nicht nur eines deutschen Bürgers, sondern eines jeden Menschen. Es ist nicht an Herkunft, Nationalität und auch nicht an das Alter gebunden, sondern es ist ein sogenanntes Jedermannrecht, das auch jeder Frau zusteht, und deswegen ist es ein Recht,

(Heiterkeit)

mit dem sich das Parlament sehr gern auseinandersetzt, weil es ein besonderes Recht und eine besondere Möglichkeit ist. Ich als Mitglied des Petitionsausschusses habe es als kleinen Bürgerantrag und als Seismografen dessen, was wir als Politik, und damit meine ich uns alle, an Gesetzen und Verordnungen produzieren, um dann ein Feedback, eine Rückmeldung von Bürgerinnen und Bürgern darüber zu bekommen, wie es denn um unseren Staat bestellt ist, wo Dinge nicht ganz richtig laufen, wo Verwaltung nicht funktioniert, wahrgenommen.

Dann habe ich mir die Frage gestellt, die ich mit den Mitgliedern des Petitionsausschusses, den Kollegen aus den anderen Fraktionen besprochen habe:

(C) Gibt es nicht Dinge, die sich verändert haben? Wir hatten gemeinsam im Parlament schon Online-Petitionen eingeführt, aber es war klar, dass moderne Technologie auch weitere Verbesserungen und weitere Veränderungen ermöglicht. Als Liberaler war mir auch wichtig, die Frage geklärt zu wissen, was passiert, wenn immer mehr Aufgaben des Staates an Dritte übertragen werden, die sie erledigen, damit diese dann nicht aus dem Petitionsrecht irgendwann herausfallen, sondern, soweit es um hoheitliche Aufgaben geht, nach wie vor dem Petitionsrecht zugänglich sind.

Ich bin dann an die anderen Fraktionen herangetreten und habe ein sehr positives Resultat erfahren, als ich im März 2008 den Vorschlag machte, was man vielleicht am Petitionsrecht ändern könnte, und dieser Vorschlag auch von meiner Fraktion getragen wurde. Insofern danke ich Herrn Oppermann ganz herzlich, der dem eingesetzten Unterausschuss vorgesessen hat, dass er die Arbeit dann in die Hand genommen, koordiniert hat und wir zu einem interfraktionellen, von allen Fraktionen, wenn auch nicht unterzeichneten, aber so wie ich weiß, getragenen Antrag gekommen sind. Ich danke auch Frau Nitz ganz herzlich dafür, dass sie diesen Ausschuss stellvertretend geleitet hat, danke der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Motschmann, für die Unterstützung der Arbeit, die dann ja auch im Petitionsausschuss fortgeführt wird,

(Beifall)

und ich danke auch der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Dr. Mohammadzadeh.

(Beifall)

Ich glaube aber, ich habe hier nicht nur den Parlamentariern für die gemeinsame Arbeit und die gute Arbeitserfahrung zu danken. Ich habe auch mit Praktikanten, die ich in diesen Unterausschuss mitgenommen habe, gesprochen, sie meinten, so haben wir das Parlament noch gar nicht erlebt, dass man gemeinsam sachorientiert arbeitet, auch dafür möchte ich danken.

Ich möchte aber auch ganz herzlich dem Wissenschaftlichen Dienst dieses Hauses und allen voran Frau Schneider danken, die hier eine Hauptlast der Arbeit getragen hat, die Anhörung organisiert und dazu beigetragen hat, dass wir als Fraktionen hier in der Lage sind, so zusammen einen guten, vorzeigbaren und in der Republik – denn alle anderen Landtage fragen danach, was habt ihr denn da gemacht, ihr seid doch da ganz modern und gut aufgestellt – nachgefragten Gesetzentwurf vorzulegen. Ich möchte auch aus dem Justizressort Herrn Dr. Wrobel danken, der weitere gute Anregungen gegeben hat. Ohne diese Zuarbeit und die Unterstützung der Mitarbeiter der

(D)

(A) Fraktionen wäre es nicht gelungen, und insofern dafür mein ganz herzlicher Dank, dass das gelungen ist!

(Beifall)

Wir Fraktionen legen hier jetzt ein Gesetz vor, das vorbildlich ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass es nachgefragt ist. Es ist eines der fortschrittlichsten Petitionsgesetze überhaupt in den Ländern, und insofern können wir darauf stolz sein, dass wir hier von Bremen aus auch einen Impuls in die anderen Bundesländer geben. Das Gesetz ist lesbarer geworden.

Auch Herr Dr. Steinbrück als Landesbehindertenbeauftragter hat dazu beigetragen, dass die Belange der Menschen mit Behinderungen dort berücksichtigt sind, es barrierefreier geworden ist. Moderne Technik ist berücksichtigt. Öffentliche Petitionen hatten wir schon, aber wir haben jetzt auch die Frage der Online-Petitionen insofern geklärt, als Diskussionsforen entstehen können und dergleichen. Da ist die Technik momentan noch nicht soweit, aber wir sind alle zuversichtlich, dass es bei der zweiten Lesung, wenn das Gesetz dann endgültig verabschiedet ist, auch funktioniert und der Startschuss für die moderne Technik gegeben werden kann.

(B) Ansonsten haben wir noch weitere Dinge geregelt, die auch wichtig sind für die Abarbeitung der Petitionen. Es gibt manchmal mehrere Menschen, die ein und dasselbe Anliegen haben, und darum haben wir uns dann auch um Massen- und Sammelpetitionen gekümmert. Als Letztes haben wir uns damit auseinandergesetzt, was es heißt, wenn wir als Parlament auch in der Arbeit des Petitionsausschusses transparenter werden wollen. Die Kollegen wissen, dass es häufig um persönliche Daten, um Lebensverhältnisse von Menschen geht, die nicht offengelegt werden sollen. Das will niemand, aber es geht eben auch manchmal um ganz allgemeine Interessen. Die Diskussion um Flugrouten ist vielleicht im Moment aktuell jedem im Ohr, die Besoldung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Ähnliches. Solche Fragen sind eben von allgemeinem Interesse, und da sind wir im Petitionsausschuss auch der Meinung, dass so etwas dann öffentlich beraten werden soll und Anhörungen dazu öffentlich durchgeführt werden können. Insofern wollen wir uns auch als Petitionsausschuss hier weiter öffnen. Dafür braucht es eine gesetzliche Grundlage, auch die wird hiermit geschaffen.

Daher freue ich mich, dass dies gelungen ist, und finde, es ist ein hervorragendes Beispiel des Bremer Parlamentarismus, dass wir hier gemeinsam dieses Bürgerrecht auf Petitionen weiter voranbringen, fortentwickeln zu einem der modernsten, vorbildlichen und fortschrittlichen Gesetze für die Bundesländer. Ich hoffe, andere werden vieles davon abschreiben, weil ich davon überzeugt bin, dass es uns wirklich gelungen ist, hier etwas richtig Gutes auf die Beine zu stellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Oppermann. (C)

Abg. **Oppermann** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Kollege Dr. Buhlert hat das Wesentliche hier schon vorgetragen, insofern kann ich darauf aufbauen und auch für uns als Sozialdemokraten sagen, wir haben hier einen Entwurf über alle Fraktionen hinweg gemeinsam erarbeitet, der wirklich vorbildhaft ist, und die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Länderparlamenten schauen teilweise heute auf uns nach Bremen, wie wir hier diesen Entwurf beraten. Es sind zwischenzeitlich Anfragen von den Länderparlamenten, von den Ausschüssen gekommen worden, die unsere Entwürfe als Grundlage für ihre Beratungen in ihren jeweiligen Länderparlamenten mit übernehmen wollen, weil sie sagen, das, was wir hier gemeinsam erarbeitet haben, darauf lege ich großen Wert, hat eine Chance, auch in anderen Länderparlamenten zu einem Recht zu kommen.

(Beifall)

Wir haben im Petitionsausschuss einen Unterausschuss gegründet, um dies zu beraten. Ich bin Herrn Dr. Buhlert dankbar, dass er meine Anregungen angenommen hat und den Entwurf, den die FDP erarbeitet hat, nicht einfach in dieses Parlament eingebracht hat, sondern dass wir intensiv im Fachausschuss, im Petitionsausschuss diesen Entwurf beraten und dann eben durch die Gründung eines Unterausschusses, in dem die Obleute der Fraktionen vertreten waren, eine sachgerechte und nutzerorientierte Beratung durchgeführt haben. (D)

Wir haben in über zehn Sitzungen mit zwei Außenterminen – einmal waren wir in Berlin beim Petitionsausschuss des Bundestages, und einmal waren wir in Bremerhaven beim Stadtverordnetenvorsteher und haben Gespräche geführt, wie es jeweils von dort aus gesehen wird – dann eben diesen Entwurf soweit geeint. Es hakte zum Schluss noch so ein bisschen, aber die Sommerpause lässt einem ja auch noch einmal die Möglichkeit, über das eine oder andere nachzudenken. Mein Petition war immer, dass wir hier einen über alle Fraktionen geeinten Gesetzentwurf in dieses Parlament einbringen. Das ist uns gelungen, darauf sind wir im Petitionsausschuss stolz.

(Beifall)

Ich sage ebenfalls, auch wenn nicht alle den Antrag unterzeichnet haben, das Interesse, hier gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger mit diesem Gesetz zu wirken, finde ich richtig und gut, und ich bedanke mich auch bei allen, die dazu beigetragen haben. Den Dank an die Verwaltung kann ich mir insofern ersparen, ich schließe mich den Worten von Herrn

(A) Dr. Buhlert an, denn allein hätten wir das nicht machen können. Wir haben diesen Gesetzentwurf mit dem Datenschutz abgesprochen und eine breite Beratungsmöglichkeit auch außerhalb des Ausschusses wahrgenommen, sodass wir hier mit Fug und Recht behaupten können, Bremen ist ein Vorbild, was das Petitionsgesetz angeht.

Ich bitte das Parlament, diesen Antrag heute in erster Lesung zu verabschieden und dann wieder an den Ausschuss zu überweisen, damit wir bis zur zweiten Lesung noch in der Zwischenzeit ein paar Überarbeitungen vornehmen können. Wir haben die Texte gegendert, wir haben die Belange des Behinderten-gleichstellungsgesetzes mit berücksichtigt.

Ich glaube, wir haben hier einen Entwurf gemacht, der seinesgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht. Noch einmal an meine Kolleginnen und Kollegen ein herzliches Dankeschön für die konstruktive Mitarbeit! – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

(B) Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe mich auch dem Dank meiner Vorredner und Kollegen, der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen an, dass wir es geschafft haben, gemeinsam solch einen Gesetzentwurf hier vorzulegen, aber ich möchte mich gern besonders bei Frau Schneider vom Wissenschaftlichen Dienst bedanken, die stets eine gute Vorbereitung für die Sitzungen getroffen und uns auch sehr gut betreut hat.

(Beifall)

Das Petitionsgesetz wird reformiert. Ich erlaube mir, das zum Anlass zu nehmen, mit Ihnen gedanklich einmal vielleicht zwei Schritte zurückzutreten. Worum geht es hier eigentlich? Es geht um die Beziehung zwischen Politik einerseits und den Menschen in diesem Land andererseits. Diese Beziehung ist, wie wir alle wissen, oft distanziert und von Missverständnissen geprägt. Politikverdrossenheit, mediale Parteien-, Politikerschelte und sinkende Wahlbeteiligung sind Ausdruck wachsender sozialer Distanz. Viele sprechen sogar von einer Krise der Politik. Was können und sollen wir dagegen tun? Allgemein gesprochen, wir sollten gesellschaftliche Veränderungen und Wünsche aufnehmen und unsere politischen Institutionen entsprechend umgestalten. Meiner Ansicht nach diskutieren wir aus diesem Grund heute die Reform des Petitionsgesetzes.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Zu den gesellschaftlichen Veränderungen sind zwei Entwicklungen in diesem Zusammenhang offensichtlich: Zum einen wollen die Menschen mehr Austausch mit der und mehr Einfluss auf die Politik haben. Schauen Sie sich allein die Ergebnisse des Bürgerbegehrens zur Änderung des Wahlrechts oder auch die Befragung der Wähler der Universität Bremen dazu an! Sehr aufschlussreich! Zum anderen wird Bremen vielfältiger und heterogener. In Bremen leben nicht nur mehr und mehr Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch die Unterschiede zwischen Jung und Alt, den verschiedenen Milieus in der Stadt werden größer. Mit der Vielfalt unserer Gesellschaft nehmen aber auch die Konflikte und Interessenunterschiede zu. Denken Sie nur an die neuerlichen Konflikte im Bereich der Stadtentwicklung! Ich erinnere an den Umbau des Weserufers, den Ringschluss der A 281, den Stadionausbau und das aktuelle Thema Flugroute, das der Kollege Buhlert genannt hatte.

Die Konsequenz daraus ist, wir brauchen politische Institutionen und Angebote, die zu zweierlei in der Lage sind, erstens, einen Dialog und Ausgleich über die unterschiedlichen Interessen und Probleme zwischen den Menschen und ihren politischen Vertretern und der Verwaltung zu ermöglichen, und zweitens, weitere politische Kanäle zu eröffnen und zeitgemäße und direktere Einflussmöglichkeiten auf die Politik und Verwaltung zu erlauben. Die Menschen sollen Politiker direkt erleben können und sich ihr Bild nicht nur über die Medien machen müssen. Mit der Reform des Petitionsgesetzes wollen wir genau das im Kleinen erreichen. Ich möchte daher zwei wichtige Veränderungen und Folgen hervorheben.

Erstens, die Hemmschwellen zur Beteiligung werden herabgesetzt, meine Vorredner haben das genannt. E-Petitionen und die Ausweitung des Internetangebots erleichtern es erheblich, Petitionen zu verfassen, jungen und wenig mobilen Menschen wird politisches Handeln näher gebracht. Die Einführung von Sammelpetitionen erlaubt die Solidarisierung der Menschen und fördert so gemeinsames Handeln. Darüber hinaus können Menschen mit Behinderung durch die Barrierefreiheit des Angebots besser ihre Beschwerden und Nöte mitteilen. Aus unserer Sicht ist das ein Schritt in die richtige Richtung, besonders für benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Land.

Zweitens, die Öffentlichkeit und die Akzeptanz des Petitionswesens werden erhöht. Die öffentliche Petition im Internet ist ein Meilenstein auf diesem Weg. Sie erlaubt aber auch, Beschwerden und Anliegen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Mitmenschen haben die Möglichkeit, ihre Beschwerden und Anliegen Politikern und Bürgern mitzuteilen, sich anzuschließen und die Beschwerden in Internetforen zu diskutieren. So schaffen wir gegenseitiges Verständnis für die Probleme und Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, auch wenn uns dies sicherlich nicht immer gelingt.

(D)

(A) Zum Schluss möchte ich noch zum Ausdruck bringen, dass wir Grünen dieses Gesetzvorhaben voll und ganz unterstützen. Wir hoffen, dass Sie das auch tun. Ich denke, mit der Überweisung an den Petitionsausschuss bekommen wir einmal mehr die Gelegenheit, noch mehr Einfluss bei dieser Reform zu nehmen. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit 1949 gewährt das Grundgesetz in seinem Artikel 17 jedem und jeder das Recht, Bitten und Beschwerden einzureichen. Jedem und jeder bedeutet – wie Herr Dr. Buhler es dankenswerterweise schon ausführte –, nicht nur Erwachsene, sondern auch Minderjährige, Ausländer, Staatenlose, auch Geschäftsunfähige und Inhaftierte können dieses Recht in Anspruch nehmen. Alle können sich in eigener Sache oder im Allgemeininteresse an den Petitionsausschuss wenden. Für DIE LINKE ist das Petitionsrecht ein wichtiges Instrument für die Demokratie. Es ist das Bindeglied zwischen dem Parlament, den Parlamentariern und dem Bürger.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Wie wirken die von uns beschlossenen Gesetze vor allem im Alltag der Menschen? Gerade in letzter Zeit wird das Mittel der elektronischen Petition verstärkt genutzt. Noch nicht so sehr in Bremen, aber zumindest auf Bundesebene wird doch dem Protest in verschiedenen Bereichen eindeutig Ausdruck verliehen. Ich nenne einige Beispiele, die uns allen aus den letzten Wochen und Monaten zumindest aus den Medien bekannt sein dürften, wenn es darum geht, GEMA-Gebühren zu überprüfen, ob sie denn noch rechtmäßig sind, wenn Überwachungskameras aufgestellt werden sollen, die Debatte um „Zensursula“ im Zusammenhang mit der unkontrollierten Sperrung von Internetseiten, aber auch die Debatten um Sanktionsparagrafen im Sozialgesetzbuch II. Auf Landesebene wurden schon einige Beispiele angeführt. Hier beschäftigen wir uns vor allem mit Aufenthaltsregelungen, Bauangelegenheiten, auch hier mit den Auswirkungen des Sozialgesetzbuchs II auf die Menschen und ihr Lebensumfeld, aber auch mit Lärm, in den letzten Tagen insbesondere mit Fluglärm.

Staatliches Handeln kann in der Praxis Mängel zeigen, das ist immer so, aber daher ist es umso wichtiger, dass wir als Parlamentarier davon erfahren. Wir haben sehr gern das Anliegen der FDP-Fraktion aufgegriffen, das Bremische Petitionsgesetz zu ändern, zu vereinfachen, und wir möchten uns an dieser Stelle auch dem Dank an alle anderen Fraktionen für die

konstruktive Zusammenarbeit anschließen, insbesondere dem Dank an die Verwaltung und hier namentlich genannt Frau Schneider.

(Beifall)

Das Interesse innerhalb der Bevölkerung für politische Themen ist allemal vorhanden. Mit diesem vorliegenden Gesetzentwurf schließen wir einige Regelungslücken. Ich hoffe, so viele wie möglich! Wir machen das Petitionsrecht in Bremen für alle Menschen leichter zugänglich, und wir verbessern sogar die Lesbarkeit durch eine ordentlichere, deutlichere Struktur und eine bürgernahe Sprache, denn die Bürgerinnen und Bürger sind es, die dieses Gesetz lesen und anwenden können und sollen. Massen- und Sammelpetitionen werden eingeführt. Das wurde bereits erwähnt. Öffentliche Petitionen sollen ermöglicht werden. Ende 2007 hatten wir uns ja schon darauf verständigt, Online-Petitionen einzuführen.

Insgesamt stärken wir mit diesem Gesetz die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger hier in Bremen. Kleine Ecken und Kanten wurden angesprochen, ich denke, wir können sie auch noch glätten. Insofern freue ich mich, wenn wir hier in diesem Hause diesem Gesetzentwurf in erster Lesung einstimmig zustimmen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Petitionsrecht ist sehr alt, es ist auch viel älter, als es 1949 ins Grundgesetz kam, das wissen wir auch alle. Schon im alten Rom nannte man Bitten an die Herrscher Supplikation, was vom Verb supplicare abgeleitet ist und heißt, vor jemandem auf die Knie fallen und flehentlich bitten. Der Kniefall ist zum Glück Geschichte, das flehentliche Bitten nicht, und der Weg vom Kniefall bis zur öffentlichen Petition, zur Online-Petition, zur E-Petition, ist weit. Das letzte Stück sind wir im Ausschuss gemeinsam gegangen. Ich möchte auch von meiner Seite sagen, es hat Spaß gemacht, vielen Dank dem Vorsitzenden, Herrn Oppermann, vielen Dank der FDP, die den Anstoß gegeben hat, Frau Nitz hat die Stellvertretung gemacht, und Frau Dr. Mohamadzadeh hat ebenfalls mitgemacht!

Wir haben ein Beispiel dafür abgegeben, wie einzig sich Fraktionen bei einem Thema auch sein können, und haben das modernste Petitionsgesetz geschaffen, das es in den Ländern gibt. Ich werde als Vorsitzende inzwischen immer häufiger in andere Bundesländer eingeladen, zuletzt auch vom Europäischen Ombudsmann-Institut, um unseren Weg und den Entwurf vorzutragen, andere wollen es nachma-

(C)

(D)

(A) chen. Der Bundestag hat ja schon etwas Entsprechendes gemacht.

Ich möchte noch einen einzigen Aspekt anfügen, der noch nicht genannt worden ist. Manche fragen, ob der normale geschriebene Brief damit ersetzt werden soll, wenn wir eine E-Petition haben oder wenn wir jetzt öffentliche Petitionen haben, Foren im Internet. Nein, der Brief bleibt bestehen! Den Brief halte ich auch nach wie vor für ein wichtiges Mittel, um seine Bitten vorzutragen, weil er eben doch auch sehr zur Konzentration zwingt. Wir alle wissen, dass man eine E-Mail viel schneller einmal schreibt als einen Brief, von daher möchte ich dieses Missverständnis, das manche haben, hier ausräumen. 20 Prozent unserer Petitionen kommen inzwischen per E-Mail, das ist eine ganze Menge, das wird auch mehr werden, aber der alte Brief soll damit nicht aufgehoben werden.

(Beifall)

Auch ich möchte mich bei der Ausschussassistentin bedanken. Frau Schneider hat uns mit einer großen Präzision, mit großer Verlässlichkeit und Kompetenz begleitet, und dafür können wir ihr nur sehr danken.

(Beifall)

(B) Die CDU stimmt dem Gesetzentwurf zu, und wir wollen ihm noch den letzten Schliff geben, um uns dann in zweiter Lesung wiederzutreffen, aber ich danke, bis hierhin haben wir gute Arbeit gemacht und können stolz darauf sein. Deshalb empfehle ich allen, sich das auch einmal selbst anzusehen, es lohnt sich. Bremen ist hier Vorreiter, hat die Nase vorn, ist ja auch einmal schön, wenn wir die Nase vorn haben und nicht das Schlusslicht sind. Insofern wünsche ich dem neuen Gesetz viel Erfolg, auch denjenigen, für die wir es gemacht haben, nämlich für die Menschen draußen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft, Drucksache 17/910, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

(C) Es ist nun Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Petitionsausschuss beantragt worden.

Wer der Überweisung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen, Drucksache 17/910, zur Beratung und Berichterstattung an den Petitionsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Petitionsausschuss.

(Einstimmig)

Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Oktober 2009
(Drucksache 17/969)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/977)

Wir verbinden hiermit:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert, die sich aber entschuldigt hat und etwas später kommen wird, sie ist unterwegs. Die Mitteilung haben wir gerade noch bekommen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir gestern hier im Parlament gemeinsam um die möglichen Einwirkungen auf den Sanierungskurs unseres Landes von außen gestritten haben, wollen wir heute auf Antrag der CDU-Fraktion darüber reden, was wir selbst unternehmen müssen, um den enormen Anforderungen an den öffentlichen Haushalt im Lande Bremen gemeinsam gerecht zu werden. Die CDU-Fraktion schlägt Ihnen heute hierzu die Einsetzung einer Enquetekommission vor. Es hat sich gelohnt, sich einmal anzuschauen, zu welchen Themen bereits in anderen Parlamenten Enquetekommissionen eingesetzt worden sind. Im Deutschen Bundestag sind seit 1971 insgesamt über 20 solcher Kommissionen eingesetzt worden, unter anderem zu solchen Themen wie Psy-

(D)

(A) chiatry, Frau und Gesellschaft, Schutz der Menschen und der Umwelt oder auch zur Kultur in Deutschland.

Die Grünen selbst haben auch im Deutschen Bundestag mehrfach solche Kommissionen beantragt oder zumindest mit beantragt, aber auch in anderen Landesparlamenten hat es bereits erfolgreich die Einsetzung von Enquetekommissionen gegeben. So wurde in Hamburg im Jahr 2006 auf Antrag der Oppositionsparteien von SPD und Grün-Alternativer Liste eine Enquetekommission zur Schulentwicklung eingesetzt, die zu einem übereinstimmenden Ergebnis zur Schulstruktur in Hamburg gekommen ist, das im Wesentlichen auch unter der schwarz-grünen Regierung bis heute trägt. In Berlin wurde im Jahr 2003 auf Antrag der Oppositionspartei CDU, aber mit den Stimmen aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen die Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ eingesetzt, die sich mit der Lösung der extremen Haushaltslage in diesem Bundesland beschäftigt und dazu auch Vorschläge entwickelt hat.

Man kann also zusammenfassend sagen, Enquetekommissionen haben Erfolg, und wir halten das jetzt vorliegende Thema, nämlich die Zukunft unseres Bundeslandes, für geeignet, die erste Enquetekommission hier in Bremen einzusetzen. Wir haben bereits einen Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission hier im Parlament gestellt, der von der rot-grünen Regierungsmehrheit abgelehnt worden ist. Damals ging es, wie in Hamburg auch, um die parteiübergreifende Entwicklung eines dauerhaften und tragfähigen Schulsystems für unser Bundesland. Die Enquetekommission hat es nicht gegeben, die parteiübergreifende Verständigung gleichwohl, im Übrigen mit zwischenzeitlich großer bundesweiter Anerkennung. Das heißt, es macht Sinn, sich auch über Parteigrenzen hinweg zu zentralen Fragestellungen unseres Bundeslandes zusammensetzen und zu versuchen, das übliche Spiel zwischen Regierung und Opposition zu vermeiden und sich auf einen gemeinsamen Weg für unser Bundesland zu verständigen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gestern bereits am Anfang darüber debattiert: Das Land Bremen steht fiskalisch vor enormen Herausforderungen. Der rot-grüne Senat hat einen Haushalt vorgelegt, in dem im Jahr 2010 eigene Einnahmen von 3,4 Milliarden Euro Ausgaben von 4,3 Milliarden Euro gegenüberstehen. Das heißt, dem Land fehlen 900 Millionen Euro, die durch zusätzliche Schuldenaufnahme, die die nachfolgenden Generationen belasten wird, aufgebracht werden müssen, und wir haben die Verständigung von Bund und Ländern in der Kommission der Föderalismusreform II und die daraus erwachsende Verpflichtung, dem Bund und den anderen Ländern zum Erhalt der Hilfe von immerhin 300 Millionen Euro pro Jahr nach-

zuweisen, dass Bremen den Rest dieses riesigen und gewaltigen Problems aus eigener Kraft lösen kann.

(C)

Nun haben wir gestern darüber geredet, wie der Weg zu solchen, ich glaube, insgesamt unumstrittenen Sparanstrengungen führen soll. Der Bürgermeister hat gestern gesagt, bevor über konkretes Sparen in Bremen geredet wird, möge man doch bitte die Verwaltungsvereinbarung zur Föderalismusreformkommission abwarten, die für den Juni nächsten Jahres erwartet wird. Für die CDU-Fraktion kann ich nur sagen, so viel Zeit hat Bremen nicht, wir müssen jetzt handeln, und bis Sommer 2010 müssen Vorschläge auf dem Tisch liegen, wie wir dem Bund nachweisen können, dass wir einen Großteil der Probleme unseres Bundeslandes aus eigener Kraft, mit eigenen Beschlüssen und mit eigenen Anstrengungen auch tatsächlich lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir schlagen Ihnen daher die Einsetzung einer Kommission vor, wie sie bereits im Jahr 2004 der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, vorgeschlagen hat. Damals ist es zur Einsetzung dieser Kommission aus welchen Gründen auch immer nicht gekommen.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Ich weiß, Sie werden gleich sagen, es habe an der CDU gelegen. Nun kann man lange darüber streiten, ob die Lage damals mit der heutigen vergleichbar ist oder nicht. Ich möchte nur an dieser Stelle daran erinnern, dass sich der Senat damals mit der Unterstützung des gesamten Parlaments auf den Weg gemacht hat, auf eine einmalige Entschuldungshilfe beim Bundesverfassungsgericht zu klagen, und ich möchte daran erinnern, dass zeitnah die Einsetzung der Föderalismusreformkommission diskutiert worden ist, über deren Ergebnisse wir heute miteinander reden wollen. Aber auch wenn ich Ihnen zugestehen will, um darüber nicht zu streiten, dass das Verhalten der CDU-Fraktion damals vielleicht nicht richtig war, frage ich Sie, Herr Dr. Güldner, ist das ein Grund, heute einen an sich richtigen Vorschlag mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD abzulehnen?

(D)

(Abg. W o l t e m a t h (FDP): Nein!)

Was damals richtig war, Herr Dr. Güldner, kann doch heute nicht falsch sein.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen möchte ich Sie bitten, sich einen Ruck zu geben und Ihre spontane Ablehnung unseres Vorstoßes noch einmal zu überdenken, denn dieser Vorstoß ist auch eine Reaktion auf das, was der ehe-

(A) malige SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Sieling im Frühjahr dieses Jahres in der Debatte über die Auswirkungen der Föderalismusreformkommission II hier im Parlament gesagt hat. Auf das Angebot der CDU-Fraktion, ähnlich wie beim Bildungskonsens einen parteiübergreifenden Konsens zur Notwendigkeit des Sparens in Bremen zu formulieren, hat Herr Dr. Sieling geantwortet, das wollen wir nicht außerhalb des Parlaments machen, das wollen wir innerhalb des Parlaments machen, und ich finde, Herr Dr. Sieling hat recht. Die Debatte, wie und wo wir in Bremen strukturell sparen, gehört in die Mitte dieses Parlaments, und deswegen schlagen wir Ihnen diesen Weg heute vor.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zitieren: „Es ist gut, wenn über Bremens Lage und Perspektive eine möglichst große Öffentlichkeit hergestellt wird. Dazu kann die vom Parlamentspräsidenten vorgeschlagene Enquetekommission einen wichtigen Beitrag leisten. Wir unterstützen daher diese Initiative.“ Meine Damen und Herren, was meinen Sie, von wem stammt dieses Zitat? Es stammt von dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Herrn Böhrnsen.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Sind Sie jetzt auch ein Fan von ihm geworden? Das freut uns!)

(B) Warum soll das, was damals Herr Böhrnsen als Fraktionsvorsitzender hier im Parlament gesagt hat, nicht heute für Herrn Böhrnsen gelten, nur weil er heute im Senat sitzt? Er hat recht, wir brauchen eine solche Enquetekommission hier für Bremen und Bremerhaven.

(Beifall bei der CDU)

Er war aber nicht der Einzige, der die Einsetzung einer solchen Kommission begrüßt hat. Ich möchte ein weiteres Zitat liefern: „Es wird Zeit, dass auch die politisch Verantwortlichen endlich den Tatsachen ins Auge sehen. Viel zu lange hat die Große Koalition die Lage schöngeredet und den Kanzlerbrief als Lösung aller Probleme dargestellt. Aufgabe der Enquetekommission wird es sein, schonungslos das Finanzdesaster zu offenbaren.“ Dieses Zitat stammt von der damaligen Vorsitzenden der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Linnert, und deswegen sage ich, was damals für die Fraktionsvorsitzende der Grünen gegolten hat, Herr Dr. Güldner, warum soll das heute eigentlich nicht für die Finanzsenatorin gelten?

(Beifall bei der CDU)

Frau Linnert hat recht, wir brauchen eine solche Kommission für unser Bundesland. Nun höre ich natürlich neben der spontanen Ablehnung auch Kritik an den von mir in diesem Zusammenhang geäußerten

Beispielen für mögliche Sparvorschläge. Ich will noch einmal ausdrücklich betonen, es handelt sich um Beispiele, weder um eine abschließende Aufzählung dessen, was Bremen und Bremerhaven leisten müssen, um der gewaltigen Haushaltsnotlage zu begegnen, noch sind alle darin enthaltenen Vorschläge für die CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits gesetzt. Sie können es auch daran erkennen, dass es einen lebhaften Widerspruch dagegen gegeben hat, nicht nur von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Bürgerschaftsfraktion, auch von meiner eigenen Fraktion bin ich teilweise für die von mir geäußerten Sparvorschläge kritisiert worden.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das war auch richtig so!)

Aber es soll nicht mehr sein als ein Anstoß zu einer Spardebatte!

Ich habe gestern aus dem Debattenbeitrag von Bürgermeister Böhrnsen den Eindruck gewonnen, dass es keine besonderen Sparanstrengungen geben soll, sondern dass man einfach so sparen will wie bisher. Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns doch alle einig, mit den bisher von allen Regierungen ergriffenen Sparmaßnahmen werden wir die gravierenden Probleme unseres Bundeslandes nicht lösen. Wir müssen an die Strukturen innerhalb unseres Bundeslandes gehen, um dieses gewaltige Sparvolumen tatsächlich auch gemeinsam zu schultern!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen möchte ich an Sie appellieren, geben Sie sich einen Ruck, und haben Sie Mut dazu, mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion über konkrete strukturelle Sparmaßnahmen zu reden, und haben Sie auch das Vertrauen in eine Enquetekommission, in der nicht die politischen Entscheidungsträger, sondern Sachverständige die Mehrheit haben, haben Sie den Mut dazu, auch solche Sparvorschläge entgegenzunehmen und sie zu debattieren, die unbequem und anstrengend sind! Ich persönlich und die CDU-Bürgerschaftsfraktion insgesamt glauben, dass die letzte große Chance, unsere überschuldeten Haushalte in den beiden Gemeinden unseres Landes und im Land aus eigener Kraft mit Gestaltungsmöglichkeiten in den Griff zu bekommen, eine solche überparteiliche Verständigung ist, und deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, stimmen Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU stellt den

(C)

(D)

(A) Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission, die FDP hat diesen Antrag durch die Ausweitung ihrer Aufgaben und die Forderung, die Ergebnisse sollten dazu bitte schön in einem halben Jahr vorliegen, noch schön zugespitzt. In diesem Grundsatzkatalog fehlt überhaupt gar kein Grundsatzthema, und, Herr Röwekamp, Sie haben das so zusammengefasst, man müsse über Strukturen nachdenken. Das ist ein Allerweltswort, das nichts belegt, nichts erklärt, sondern Sie bauen einen großen Popanz von Problemen, von Strukturfragen auf, die Sie dort angeblich behandeln und lösen wollen. Die eigentliche Agenda kommt, glaube ich, schon in Ihrer Rede vor der Handelskammer zustande, sowohl Ihre Begründungen als auch das, was Sie da aufgemacht haben, von A wie AWO bis Z wie Zuwendungen.

Ich habe in den letzten Tagen die Berichterstattblätter für die Haushaltsberatungen gelesen, und in der Tat, in keinem dieser Berichte habe ich vonseiten der CDU-Abgeordneten Forderungen nach weniger, sondern ganz allein nach mehr Ausgaben für den kommenden Haushalt gefunden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich interpretiere die Idee von Herrn Röwekamp deshalb als Angebot, eine Art geschützten Raum für Diskussionen zu schaffen, die er offensichtlich schon allein mit seinen eigenen Fachabgeordneten nicht führen mag, einen Raum, in dem er irgendwie mitregieren kann. Wir sehen gegenwärtig keinen Anlass, einen solchen Raum herzurichten, und ich werde das auch Schritt für Schritt begründen, will aber auch auf dieses Gesamtsetting, das wir auch gestern in der Debatte hatten, zurückkommen.

(B)

Sie haben gestern lang und breit erklärt, Herr Röwekamp, unsere bremische Haushaltsnotlage sei kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Ich möchte wirklich ganz herzlich darum bitten, dass wir von solch einem stupiden Entweder-oder und Schwarzer-Peter-Spiel wegkommen. Wer wollte denn ernsthaft leugnen, dass beides, Einnahmeverbesserung und Ausgabendisziplin, zusammengehört?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch die CDU hat es doch auf den Schriftsätzen nach Karlsruhe unterschrieben, die Auffassung, dass es zu Einnahmeverbesserungen und nicht noch zu Einnahmever schlechterungen kommen darf. Halten Sie die CDU-Ministerpräsidenten, die sich jetzt gegen die Steuerensenkungen aussprechen, allesamt für Drückeberger und Deppen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich glaube, in diesem Haus hätte vor einem halben Jahr niemand der Schuldenbremse zugestimmt ohne die Zusicherung von 300 Millionen Euro Zinshilfen jährlich. Drei Viertel davon würden uns aber an Einnahmen wieder wegfallen, wenn alle Steuerensenkungen kämen, sowohl die noch von der Großen Koalition beschlossenen als auch die jetzt versprochenen. Ich weiß nicht, ob sie kommen. Wir haben darüber gesprochen, und Sie stellen das ein bisschen anders dar. Egal worüber wir sonst streiten, meine Damen und Herren, wir sollten uns doch einig sein: Wir geben deshalb jetzt unser Konsolidierungsziel bis 2019 nicht auf, sondern wir suchen Bündnisse, um solche immensen Einnahmenverluste noch zu verhindern. Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, für diese politische Schlussfolgerung brauchen wir keine Enquetekommission.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Röwekamp hat behauptet, Rot-Grün in Bremen sei eine Ausgabenkoalition. Da reibe ich mir doch die Augen! Im Jahr 2008, für das wir erstmals die volle Verantwortung als Koalition tragen, sind die Primärausgaben um gerade 1,26 Prozent gestiegen.

(Zuruf des Abg. P e r s c h a u [CDU])

Nein, die Ausgaben sind vollkommen unabhängig! Ich spreche von den Ausgaben, Herr Perschau, hören Sie erst einmal zu! Die sind um 1,26 Prozent gestiegen, erheblich weniger als in allen anderen Ländern. Der Durchschnitt liegt bei 3,9 Prozent, und viele Länder liegen erheblich darüber, gerade die Stadtstaaten.

(D)

Wir setzen das immer schwieriger werdende Sparen auch mit dem nächsten Haushalt fort, zum Beispiel im Personalbereich, trotz verständlicher öffentlicher Kritik, die Beschäftigten kritisieren das natürlich, sie wehren sich dagegen. Bisher habe ich die CDU immer nur so erlebt, dass sie sich auf solche Proteste setzt und sie verstärkt, Meine Damen und Herren, so läuft es doch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In diesem Jahr 2009 werden allerdings die Ausgaben stärker steigen. Ja, wir geben mit dem Konjunkturprogramm mehr aus als alle anderen Länder und der Bund. Wir geben mehr aus für Gehälter im öffentlichen Dienst, Angestellte und Beamte. Ist das falsch, Herr Röwekamp? Ist das falsch, Herr Kollege Hinners? Wir werden diese höheren Tarife übrigens auch 2010 weiter bezahlen. Wir geben mehr Geld für Sozialleistungen aus, wie zum Beispiel für das Wohngeld. In Berlin rühmt sich die CDU für diesen sozialen Fortschritt. Wenn Bremen dann seinen Teil davon

(A) zahlt, ist das ein Skandal, Herr Röwekamp? Diese Darstellung kann doch nicht sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir geben 2009 mehr Geld aus, auf Pump, jawohl, wie der Bund und die anderen Länder, um die Krise zu mindern und die Konjunktur zu stützen, und wir werden das auch 2010 nicht abrupt ändern. Das ist eine ganz klare Ansage. Wir sollten das auch nicht tun. Frau Merkel hat am Montag den Kurs ihrer Regierung so erklärt: Wachstum, Wachstum, mit vollem Risiko. Ich darf zitieren: „Bei Sparen, Sparen, Sparen sehe ich keinerlei Chance, dass wir es schaffen!“ Darüber kann man angesichts der unsicheren Konjunkturlage durchaus diskutieren. Dass diese Berliner Regierung allerdings dann 2011, weil dann die Konjunktur anzieht, die Schulden durch Steuererhöhung drastisch erhöhen will, ist mit Sicherheit falsch. Nicht wir, Herr Röwekamp, sondern Berlin verabschiedet sich so von den Verabredungen der Föderalismuskommission und droht, sie zu einem wertlosen Stück Papier zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) DIE LINKE freut sich schon, ich höre das. Herr Seehofer und Herr Lafontaine unterscheiden sich da wirklich nur noch in Nuancen.

Ich komme zur Debatte um unseren bremischen Beitrag zur Konsolidierung und die Wortmeldung der CDU dazu. Ich möchte wiederholen, was der Bürgermeister hier gestern gesagt hat, dass es falsch und unverantwortlich ist, die bisherigen bremischen Anstrengungen kleinzureden, wie das die CDU gestern getan hat. Richtig ist aber natürlich auch in der Tat, dass es nicht ausreichend ist und alles auf den Prüfstand muss. Da haben Sie recht, aber offen gestanden ist das nicht so ganz neu. Sie haben jetzt einen bunten Haufen von Stichpunkten ausgestreut, von Vermögensverkäufen über die Öffnungszeiten von Polizeirevieren bis zur Abschaffung der hauptamtlichen Ortsamtsleiter. Viele dieser Stichpunkte kennen wir von früheren Prüflisten vieler früherer Senate. An einigen arbeitet die Regierung gerade unter heftigem Protest, wie das natürlich bei solchen Fragen ist, ich nenne einmal die Polizeireviere.

Ich möchte Ihnen für die Grünen grundsätzlich sagen: Sie haben Stichworte geliefert. Die Ideen und Vorschläge, die möglicherweise hinter diesen Stichworten stehen, sind für uns nicht deshalb falsch, weil sie schon früher einmal geprüft und verworfen wurden. Sie sind nicht schon deshalb falsch, weil Sie sie äußern, natürlich nicht. Sie werden selbst dadurch nicht falsch, dass Herr Röwekamp sie selbst noch vor Kurzem verhindert hat, wie zum Beispiel die Frage der einheitlichen Landespolizei. Ich muss allerdings

auch gestehen, Herr Röwekamp, ich finde es ein bisschen unglaublich, mit welcher anmaßenden Geste Sie dann Dinge für vollkommen unverzichtbar halten, die Sie gestern noch verhindert haben, wie etwa die weitergehende Verkleinerung des Parlaments. Das finde ich ein bisschen unangenehm und unangemessen in dieser Diskussion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es kann durchaus sein, dass Dinge, die gestern richtig waren, heute nicht mehr stimmen und umgekehrt. Von der Vorgeschichte sollten wir uns da gar nicht groß beeindrucken lassen. Sie können sicher sein, wir Grünen haben eine genaue Vorstellung von der Größe und Schwere der Aufgabe, die das kommende Jahrzehnt bringt. Wir bereiten uns darauf vor, wir prüfen jeden Vorschlag, ob der von uns kommt, von Fachleuten oder von Ihnen. Bei uns gibt es mit Sicherheit keine naturgemäße Ablehnung, um an die berühmte Formulierung aus Zeiten Großer Koalition zu erinnern.

(Abg. Günthner [SPD]: Das war Teiser, das waren nicht wir!)

Ja, natürlich, Sie waren es nie! Sie haben richtig gesagt, Herr Röwekamp, das gehört in die Mitte des Parlaments. Eine Enquetekommission ist immer der Versuch, die Dinge weg vom Parlament, weg von der Parteipolitik – –.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Parlamentarische Einrichtung!)

Ja, doch, das ist zwar eine parlamentarische Einrichtung, aber Sie haben es selbst gesagt, Sie suchen den Konsens. Das ist am Ende völlig richtig, der Weg dahin aber, ist nicht richtig, sich das so vorzustellen, dass es weg von Parteipolitik und weg von strittigen Auseinandersetzungen hier im Parlament und seinen Ausschüssen geht. Ich sehe dafür keinen Grund. Es gehört ins Zentrum des politischen Wettbewerbs der Parteien, und das ist hier der Ort, an dem wir gemeinsam und in den Ausschüssen sitzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte aber schon noch etwas über die Art und Weise dieser Prüfung sagen, die wir dann aus unserer Sicht gemeinsam machen werden. Wir werden vielleicht einige Vorschläge zügiger prüfen, weil wir nämlich schon drei oder vier Mal geprüft haben. Ich nenne als Beispiel die Gewoba. Es ist für die Stadt und für den Haushalt besser, sie zu behalten, als sie zu verkaufen. Das haben Sie selbst schon einmal mitgeprüft, das steht in dem Schriftsatz an Karlsruhe, dass

(C)

(D)

- (A) es die Auffassung des Senats ist. Wenn Sie neue Fakten haben, gern, dann müssen wir das gemeinsam machen. Eine Enquetekommission zur Prüfung der Geschäftslage der Gewoba? Ja, wie müssen wir uns das vorstellen? Was soll in dieser Kommission passieren? Sie nennen zum Beispiel neue Fakten über die Geschäftslage der Gewoba. Wollen Sie das in einer Enquetekommission diskutieren? Mit Sicherheit doch nicht!

Wir werden nicht so überprüfen, wie Sie das bei den Zuwendungen gemacht haben, einen „linken“ Jugendverband, die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitnehmerkammer zusammenrühren. Das soll wohl irgendwie suggerieren: alles rote Traditionsvereine! Ich weiß nicht! Und dann so zu tun, als würde da ein warmer Geldregen für lau und für nothing über sie herabgehen! Ich könnte Ihnen jetzt lange antworten mit Richtigstellungen im Einzelnen, mit der Aufklärung darüber, was die Verbände dafür für die Stadt leisten, mit der Liste von geförderten Jugendeinrichtungen und Organisationen, die so gar nicht rot sind. Ich muss das aber gar nicht tun, denn dieser Teil – und der bestimmt schon die Agenda und die Diskussion darüber, die wir heute führen – ist überhaupt kein seriöser Beitrag, sondern wirklich pure Stimmungsmache.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (B) Mit solchen Beiträgen, Herr Röwekamp, das muss ich Ihnen einfach vorhalten, vergiften Sie die Diskussion, die Sie seriöser machen wollen, wovon ich erst einmal ausgehe. Sie erschweren eine vorurteilsfreie Überprüfung, ob noch heute notwendig ist, was vorgestern oder gestern einmal beschlossen wurde. Natürlich müssen wir das machen, aber nicht mit solchen Sachen, dass wir einmal durchscannen, was nach rot aussieht. Dann prangern Sie das an und sagen in dem Gestus „Wussten Sie eigentlich, dass“. Das bringt der Sache keinen Fortschritt und keinen Nutzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Schlag- und Stichworte und Fragen allein kann man nicht prüfen. Deswegen beteiligen wir uns jetzt auch nicht an solchem Schlagwortabtausch. Es bringt zum Beispiel nichts, in den Parlamentsdebatten mehr Geld für die Hochschulen zu fordern und dann aus dem Handgelenk einmal diesen oder jenen Studiengang in Frage zu stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie ernsthafte Prüfung erwarten, müssen Sie schon Ihre Fragen auch mit Antworten versehen und aus Schlagworten begründete Vorschläge machen, die zum Beispiel in diesem Fall die Tatsache berück-

sichtigen, dass die Länder sich gerade im Hochschulpakt verpflichtet haben, die Anzahl der Studienplätze zu halten, wenn nicht sogar auszubauen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, über das Ausmaß und die Größe und die Fächerung des Studienangebots in Bremen nachzudenken, aber da muss man bitte auch einmal zu Ende denken, bevor man einen Vorschlag auf den Tisch legt.

Dann möchte ich Sie fragen: Wie soll die Behandlung solcher oder 30 anderer fachlicher Fragen, die mit viel Kenntnis und Fachlichkeit unterfüttert werden müssen, in einer einzigen Enquetekommission zusammengefasst werden? Dafür haben wir unsere Ausschüsse, dafür haben wir den Haushaltsausschuss, und dahin gehören die Fragen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich habe noch einen Gedankengang, ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Der Gestus des Tabubrechers bringt ein paar Tage Aufmerksamkeit, das wissen wir. Wir brauchen aber begründete und umsetzbare Vorschläge, um beraten und entscheiden zu können. Wenn Sie glauben, Herr Röwekamp, anders als Frau Merkel jetzt sofort, in der gegenwärtigen Konjunkturlage im nächsten Haushalt ab 2010 mit Sparen, Sparen, Sparen beginnen zu sollen, dann erwarte ich das allerdings in Form von klaren und begründeten Haushaltsanträgen. Bisher kenne ich nur das Gegenteil, nämlich die Forderung nach mehr Ausgaben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: Wir wollen die Frage, wie wir es unter den Bedingungen von Schuldenbremse, Zinshilfen und der neuen Regierungsverschuldungskonkordanz in Berlin die Konsolidierung unserer Haushalte schaffen wollen, nicht aus dem Parteienstreit und dem Parteienwettbewerb heraushalten und in einen Raum scheinbarer Unabhängigkeit schieben, sondern wir wollen das hier im Zentrum unserer Politik, im Parlament und seinen Ausschüssen haben. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission heute ab. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg **Tittmann** (parteilos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Röwekamp, Ihre vermeintlichen Sparanstrengungen in allen Ehren, ich aber glaube, dass Sie mit Ihren zum Teil unrealistischen Sparvorschlägen sehr,

(C)

(D)

(A) aber auch sehr über das eigentliche Ziel hinausgeschossen sind. Zum Beispiel im Bezug auf eine einheitliche Landespolizei: Eine geplante Landespolizei ist doch schon vor Jahren durch den massiven Widerstand von Gewerkschaften und politischen Parteien, auch Ihrer Bremerhavener CDU aus guten Gründen gescheitert. Einer der Gründe ist erwiesenermaßen, dass eine zusammengewürfelte Landespolizei keine Einsparungen einbringen würde, von den anderen organisatorischen und personellen Problemen und den effektiven Einsatzmöglichkeiten der Einsatzkräfte einer Landespolizei ganz zu schweigen.

Die gesamte Problematik einer Zusammenlegung der beiden Polizeibehörden von Bremen und Bremerhaven zu einer Landespolizei haben wir in der Stadtverordnetenversammlung wie auch im Landtag schon vor Jahren ausreichend diskutiert, sodass ich darauf heute nicht noch besonders eingehen muss. Das Thema Landespolizei ist bis jetzt eine unendliche Geschichte, die heute ein für alle Mal beendet werden sollte. Das Ergebnis kann also demnach nur heißen, sich endgültig von einer Landespolizei zu verabschieden.

Sicherlich könnte man mit sehr gutem Willen über den einen oder anderen Einsparungsvorschlag von Herrn Röwekamp ernsthaft diskutieren. Dafür aber braucht man ernsthafte Vorschläge, in denen einige wichtige Punkte nicht angetastet werden dürfen. Einer davon ist der Punkt Landespolizei, der auch von der Bremerhavener CDU schon lange beerdigt und ad acta gelegt worden ist.

(B)

Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Auch eine geplante Fusion der Theater mit zwei Spielstätten wird nicht den geplanten großartigen finanziellen Erfolg bringen können, ganz im Gegenteil! Wie denn auch? Hier erinnere ich Sie einmal an die dramatischen finanziellen Verluste und Desaster durch das Bremer Musicaltheater und so weiter. Ich könnte das noch fortführen. Meine Damen und Herren, eine Theaterfusion würde meines Erachtens keine Einsparungen erbringen, ganz im Gegenteil vielleicht sogar noch größere Löcher, die den Bremer Haushalt finanziell zusätzlich belasten!

Herr Röwekamp, Ihre Einsparvorschläge sind angesichts der desolaten Haushaltsnotlage des Landes vielleicht sogar gut gemeint, das will ich Ihnen auch nicht absprechen, aber zum Teil sind Ihre Vorschläge unrealistisch und nicht umsetzbar. Mit Sicherheit aber sind sie sehr populistisch und sollen überwiegend sogar auf Kosten und zulasten der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung rücksichtslos umgesetzt werden. Das mache ich als Bremerhavener Abgeordneter nicht mit! Ich nehme mit großer Sorge zu Kenntnis, wie ausgerechnet Sie als Bremerhavener CDU-Abgeordneter mit Ihren Aussagen, Ihrer politischen Arbeit und jetzigen Sparvorschlägen die Interessen und das Wohl der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung schädigen, grob vernachlässigen und missachten. Dafür habe ich als Bremerhavener

Abgeordneter überhaupt kein Verständnis. Es kommt bei mir der leise, ganz leise Verdacht auf, dass in Ihren Einsparvorschlägen vielleicht persönliche politische Machtinteressen stecken.

(C)

Als Bremerhavener Abgeordneter werde ich selbstverständlich aus meiner politischen Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung Ihre Einsparvorschläge ablehnen. Selbstverständlich sind bei der angespannten Haushaltsnotlage des Landes Einsparungen dringend erforderlich. Das ist ganz klar! Da aber, wo sie angebracht sind, wo sie verkraftbar sind, wo sie sozial sind und nicht um jeden Preis und schon gar nicht so weitgehend auf Kosten zulasten der Stadt Bremerhaven und ihrer Bevölkerung gehen, werden wir Bremerhavener – und das sage ich hier in aller Deutlichkeit – schon zu lange von Bremen finanziell benachteiligt und abgezockt.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Einsetzung einer Kommission wird bei der Stimmmehrheit von Rot-Grün mit Sicherheit, das wissen Sie ja selbst, nicht zustande kommen. Über eine realistische, vernünftige Einsparung mit vernünftigen Vorschlägen aber, wie zum Beispiel der Abschaffung eines zweiten Staatsrats, der meiner Meinung nach völlig überflüssig, aber dafür sehr teuer ist, habe ich leider nichts gelesen.

(D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Welcher denn?)

Darüber kann man auch noch diskutieren! Tatsache ist doch, Herr Röwekamp, dass ein Staatsrat parteibuchmäßig hineingehievt worden ist, um ihn finanziell noch günstig zu versorgen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Welcher denn?
– Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Mir würde ein Abgeordneter einfallen!)

Darauf kommen wir noch, wir haben das gestern auch schon gehabt. Tatsache ist doch: Bei jeder Regierung gab es mindestens einen oder zwei Staatsräte, und da können wir hier nehmen, wen wir wollen, die überflüssig waren.

(Zuruf des Abgeordneten R ö w e k a m p [CDU])

Herr Röwekamp, seien Sie doch ruhig! Das haben Sie doch gar nicht nötig, Herr Röwekamp, sich so aufzuregen! Ich rege mich auch nicht auf. Das haben Sie doch gar nicht nötig. Es gibt mit Sicherheit einige Einsparvorschläge, für deren vernünftige Umsetzung man mit Sicherheit keine Kommission braucht. Ich lehne den Antrag ab. – Ich danke Ihnen!

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin ja jetzt kurz versucht gewesen, die Staatsräte und Herrn Röwekamp gegen die Angriffe von Herrn Tittmann zu verteidigen, das lasse ich, das können sie selbst. Das tut jetzt nicht Not!

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [parteilos]
– Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es reicht das Stichwort Waschmaschine!)

Herr Röwekamp, Sie bieten hier einen breit getragenen Konsens, eine breit getragene gesellschaftliche Diskussion via Enquetekommission an. Ich höre die Botschaft wohl, Herr Röwekamp, allein, mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist ja grundsätzlich nichts gegen Enquetekommissionen einzuwenden, Sie haben ja eingangs die verschiedenen Kommissionen auf Landes- und Bundesebene erwähnt,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nur, dass wir
noch nie eine hatten!)

(B) aber eine solche Art Enquetekommission, wie sie die CDU-Fraktion und jetzt auch via Änderungsantrag die FDP-Fraktion – ja, Herr Woltemath, noch einmal schnell auf den Zug aufspringen! – vorschlägt, lehnen wir ab. Warum lehnen wir sie ab? Ich habe im Lexikon nachgeschaut, wie Enquetekommission definiert ist. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „In der Enquetekommission soll eine gemeinsame Position erarbeitet werden. Ziel ist es, bei Problemen zu einer Lösung zu kommen, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, auch von der Minderheit, die sich nicht durch die Mehrheitsfraktion vertreten fühlt, mitgetragen werden kann.“

Wie sieht nun Ihr Vorschlag aus, Herr Röwekamp? Sie kümmern sich einerseits überhaupt nicht um die Einnahmeseite, wir haben das gestern in der Aktuellen Stunde besprochen, und Sie servieren andererseits die von Ihnen gewünschten Ergebnisse auf der Ausgabenseite gleich mit. Beides übrigens im Gegensatz zu dem Vorschlag von Präsident Weber aus dem Jahr 2004! Damit, Herr Röwekamp, entziehen Sie dem gewünschten breit getragenen gesellschaftlichen Konsens, den wir brauchen und auch ohne Frage organisieren müssen, aber jegliche Grundlage!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Die Reaktionen der letzten Woche von der Angestelltenkammer bis zu den Wohlfahrtsverbänden haben das doch gezeigt: Ihre sogenannten Tabubrüche sind eingestaubte Ladenhüter, und sie sind sogar offensichtlich schlicht falsch! Das Beispiel mit dem Schuhpark im Kindergarten war dabei sehr erhellend. Was Sie wollen, ist eine Art Untersuchungsausschuss, wo Sie der rot-grünen Regierung zu jeder Sitzung Ihrer Enquetekommission vorrechnen, wie sie wieder 10 000 oder 100 000 Euro hätte sparen können. An diesem Nasenring werden wir uns nicht herumführen lassen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
An welchem denn?)

Was den gesellschaftlichen Konsens angeht, müssen Sie offensichtlich erst einmal Ihre eigene Fraktion mitnehmen. Der Fraktionsvorsitzende macht Vorschläge, Sie haben es selbst gesagt, die von seiner Fraktion nicht wirklich mitgetragen werden.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das ist eine
Frage der Demokratie!)

Das ist so ähnlich wie mit den Steuersenkungen, über die wir gestern diskutiert haben, zu denen Frau Merkel sagt: Ja, wissen wir auch noch nicht, ob das überhaupt klappt! Herr Dr. Kuhn hat das eben angesprochen. Ich zitiere Ihnen einfach einmal die Äußerungen der fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Fraktion aus der Berichterstattung für den Haushaltsausschuss. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Protokoll Wissenschaftsausschuss vom 23. September 2009: „Frau Dr. Spieß hat darauf hingewiesen, dass die Tarifsteigerungen ausgeglichen, die außeruniversitären Institute ausreichend finanziert werden müssen und die Sachausgaben der Hochschulen nicht gekürzt werden dürfen.“

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Wo ist da
jetzt ein Widerspruch?)

Die Berichterstattung des Kollegen Pflugradt zum Haushalt der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau: „Ich rege an, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit jeweils um 10 000 Euro im Jahr zu erhöhen.“ Herr Hinners kann dem Haushaltsentwurf des Innensenators nicht zustimmen, da er, ich zitiere, „die Einnahmen zu hoch ansetzt und sowohl die konsumtiven wie die investiven Ausgaben zu gering sind. Der Personalhaushalt von Polizei, Feuerwehr und Stadtamt reicht nicht aus, um das erforderliche Personal finanzieren zu können, und der Investitionshaushalt, insbesondere der Feuerwehr, weist eine erhebliche Lücke zum tatsächlichen Bedarf aus.“

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die
Grünen]: Auch kein Widerspruch!)

(C)

(D)

- (A) Frau Ahrens zum Sozialhaushalt, speziell zum Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige: „Der Ausbau der U3-Betreuung erreicht 2010 nicht die nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz vorgeschriebenen 20 Prozent. Insgesamt erfolgt der Ausbau zu langsam.“
- (Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das sind gesetzliche Vorschriften! – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])
- Deswegen kürzen wir erst einmal der AWO gemäß Ihrem Tabubruch die Zuwendung. Kluge Idee!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Zum Thema Kindeswohl zitiere ich ebenfalls Frau Ahrens:
- (Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Wollen Sie dazu aufrufen, dass ein Gesetz nicht eingehalten wird?)
- „Bei der vorgesehenen PEP-Einsparung von 92 Stellen sind aus Sicht der CDU-Fraktion die nachbewilligten Verstärkungskräfte selbstverständlich auszunehmen. Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass angesichts der Personalplanung längere Verfahrensdauern zu befürchten seien.“ „Sport: Die Sportförderung und damit der gesamte Sportbetrieb sind gefährdet.“
- (B) (Zuruf aus der CDU: Alles Folgen Ihrer Politik!)
- Dies auch für die Öffentlichkeit: Schauen Sie sich auf der Internetseite der CDU die verschiedenen Pressemitteilungen an, dort wechseln fröhlich Aufrufe zum tabulosen Sparen an die rot-grüne Koalition ab mit eigenen Forderungen nach mehr Geld und Personal!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Eines eint ja die Vorschläge Ihrer Fachkolleginnen und -kollegen, Herr Röwekamp: Sie machen sich Sorgen um unser Gemeinwesen, und Sie befürchten, dass die Aufgaben nicht mehr ordentlich erfüllt werden können. So weit, so gut! Sparen ist doch kein Selbstzweck, das ist doch kein Politikersatz. Wir gründen die Anstalt Immobilienaufgaben, um einerseits Effizienzgewinne zu erzielen und andererseits mit diesen Effizienzgewinnen für die Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte und für den Zustand der öffentlichen Gebäude zu sorgen. Wir machen Wirtschaftsförderung aus einer Hand, nicht nur um Personal einzusparen, sondern auch um die Kundenorientierung zu verbessern. Wir befürworten doch betreutes Wohnen, was erwiesenermaßen teurer ist, als jemanden in einer Anstalt zu kasernieren, nicht weil es teurer
- ist, sondern weil wir wollen, dass die Menschen besser leben.
- (C) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Der gemeinsam getragene Schulkonsens, Herr Röwekamp, der die Bildungschancen unserer Kinder verbessern soll, kostet natürlich Geld, und das ist nicht mit Ehrenämtern und Herdgeld zu erledigen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Wir sind erst einmal auf Ihre Vorschläge in diesen Haushaltsberatungen gespannt. Sie haben das gestern angekündigt! Beim letzten Mal war der einzige Vorschlag, den wir von der CDU oder der FDP gehört haben, ein Ausgaben- und kein Sparvorschlag, eine weitere Besoldungserhöhung, die hätte 25 Millionen Euro mehr gekostet als das, was die rot-grüne Koalition am Ende vorgeschlagen hat. Selbstverständlich hatte dieser Ausgabevorschlag keinem Deckungsvorschlag. Bringen Sie sich in die Gesetzesvorhaben ein! Wir haben aktuell das Beirätegesetz auf der Tagesordnung. Wenn Sie wollen, dass die Ortsamtleiter in Zukunft ehrenamtlich arbeiten sollen, dann bringen Sie dort eine Gesetzesänderung ein!
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Da bin ich einmal gespannt!)
- (D) Ihre Deckungsvorschläge sehe ich nicht. Es sind immer die anderen Kühe, die durch das Dorf getrieben werden, und nicht die, die im eigenen Stall stehen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Wissen Sie, wie mir Ihre möglichen Vorschläge vorkommen, Herr Röwekamp? Das ist wie beim Hütchenspiel, die Sparvorschläge verstecken sich immer gerade unter dem anderen Hütchen, und wie beim Hütchenspiel glauben Sie, damit selbst die größten Gewinne einzufahren. Das wird Ihnen nicht gelingen!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Wir werden uns auf den Weg machen, über die Zukunft Bremens zu reden,
- (Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Und wo und wann? – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Im Hinterzimmer!)
- aber nicht in einer solchen Art Kommission, Enquete mag ich das angesichts der eingangs von mir zitierten Definition, gar nicht nennen. Durch Ihre Vorschlä-

(A) ge haben Sie dem nötigen gemeinsamen Konsens für die schwere Aufgabe, die vor uns allen liegt, jegliche Grundlage entzogen. Wir lehnen die Anträge von CDU und FDP ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann ja verstehen, dass einige in diesem Hause mit einem – lieber Kollege Röwekamp, seien Sie mir jetzt nicht böse – manchmal etwas übertrieben forschenden Vorgehen ein Problem haben. Ich spreche das aber dem Kollegen Röwekamp nicht ab, und mir können Sie das nun ganz besonders glauben, als Bremer bin ich an der Bremer Zukunft interessiert. Was wir hier als Debatte gerade führen, ist so kurz gesprungen, das ist eine vorweggenommene Haushaltsdebatte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

(B) Wir stehen als Bundesland Bremen mit dem Rücken zur Wand! Wir hören von diesem Senat keinen einzigen vernünftigen Vorschlag, wie er diese Schuldenproblematik lösen will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das, was wir mit der Enquetekommission erreichen wollen, ist doch – und da kann man sich jetzt lang darüber streiten, wir können ja auch über andere Modelle reden, wir müssen ja keine Enquetekommission machen –, dies in die Mitte dieses Parlamentes zurückzuholen und das zu machen, was der Senat nicht macht: eine Strukturreform,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

eine Strukturdebatte über das Land Bremen! Was machen wir? Was macht die Koalition? Sie macht hier zwei Tage lang Schaugefechte

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und führt Debatten über Koalitionsverträge in Berlin. Ich habe gestern schon gesagt, wir stehen zum Bundesland Bremen, und wir werden es auch nicht zulassen, dass Sparerfolge im Bundesland Bremen konterkariert werden. Das haben wir gestern gesagt, und das werden wir auch nicht zulassen!

(Beifall bei der FDP)

(C) Nun, wir können hier in diesem Parlament nicht so tun und sagen, wir wollen uns gemeinsam auf den Weg machen, und dann kommen Frau Kummer, Herr Dr. Kuhn und die gestrige Debatte und vergiften die Atmosphäre total.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU –
Widerspruch bei der SPD)

Das ist allerbilligste Polemik und das, was hier mit der Haushaltsdebatte eben passiert ist, was eben mit den Vorschlägen aus den – –.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Nur Floskeln, eine Floskel nach der
anderen!)

Das ist überhaupt keine Floskel! Wir haben doch gesagt, wir wollen eine Enquetekommission einrichten, in der wir darüber diskutieren können. Wenn hier jemand einen Vorschlag macht und sagt, lassen Sie uns das so machen, dann sagen Sie: Nein, das ist genau der Vorschlag, den wir nicht haben wollen, das ist eine Floskel, das prüfen wir nicht! Ich habe noch nicht einmal Gewoba das Wort in den Mund genommen. Wir haben das bei uns auch gar nicht in den Antrag hineingeschrieben! Wir haben das überhaupt nicht hineingeschrieben, weil wir das Ganze nicht so debattieren wollen, dass wir erst einmal anfangen, alles Trennende in den Raum zu stellen.

(Abg. **Güntner** [SPD]: Bei Ihnen ersetzt Erregung heute auch Politik!)

(D) Ich kann das auch ruhig machen! Ich kann auch ganz ruhig darüber reden, dann müssen Sie aber nicht immer dazwischenreden!

(Beifall bei der FDP)

Dann hören Sie einfach zu, dann machen wir das freundlich, und dann ist die Sache erledigt. Ich errege mich, das gebe ich aber offen zu, wenn eine Regierungskoalition hier breit und bräsig antritt und keinen einzigen Vorschlag für die Zukunft Bremens hat.

(Abg. **Güntner** [SPD]: Wir sind in den
Haushaltsberatungen!)

Haushaltsberatungen! Wir haben das gestern gehabt, und ich wiederhole das noch einmal: Es gibt hier einige Ressorts, wo wir ganz locker und auch nicht nur locker, sondern wirklich ernsthaft darüber nachdenken müssen, ob wir diese Strukturen so brauchen, ob wir sie optimieren müssen, ob wir alle Staatsräte dazu brauchen. Damit ist doch überhaupt keiner persönlich gemeint! Ich habe das gestern schon gesagt, ich habe mit den Staatsräten persönlich gar kein Problem,

(A) aber über diese Strukturen kann man sich doch bitte schön einmal unterhalten!

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Damit retten wir Bremen!)

Ich meine, Ihr Bürgermeister hat gestern schon gesagt: Über solche Kleinigkeiten brauchen wir gar nicht zu diskutieren! Wo sind dann Ihre großen Vorschläge? Die haben Sie überhaupt nicht!

(Beifall bei der FDP)

Die Koalition hat überhaupt keinen einzigen Vorschlag zur Sache gemacht. Es wird nur zurückgewiesen, es wird aus irgendwelchen Papieren aus dem Zusammenhang gerissen zitiert, die in den Haushaltsberatungen so vorgelegt werden, und jeder Berichterstatter hat dort auch eine gewisse Pflicht, bestimmte Dinge zu erledigen. Damit wird versucht, den Eindruck zu erwecken, die Opposition will hier mit dem Füllhorn Ausgaben machen und nicht einsparen. Nein, mit dieser Diskussion kommen Sie nicht durch, und das wird sich auch draußen zeigen!

(B) Wir haben einen Vorschlag gemacht, und ich will auch noch einmal sagen, warum wir dort den 30. Juni 2010 hineingeschrieben haben, weil wir nämlich nicht wollen, dass wir hier einen riesigen Popanz aufbauen, dass wir jede Menge Papier produzieren, uns ein- einhalb Jahre beschäftigen und das Ganze dann zu den Akten legen, sondern hier müssen, und das ist unsere feste Überzeugung, vernünftige Vorschläge auf den Tisch. Dann legt die Regierungskoalition ihre Vorschläge vor, und wir legen unsere Vorschläge vor, und dann debattieren wir darüber, und am Schluss wird es ein Ergebnis geben. Ich habe das schon einmal gesagt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Enquetekommission ist etwas ganz anderes!)

Natürlich ist das etwas Anderes! Aber man kann sich ja auch über andere Zusammensetzungen unterhalten. Es ist ein Impuls, über die Zukunft dieses Landes zu reden, und den verweigert die Regierungskoalition, das muss man so eindeutig feststellen,

(Beifall bei der FDP)

indem sie nämlich aus Konzept- und Ideenlosigkeit das Ganze im Raum vernebeln lässt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(C) Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren! Die CDU hat zusammen mit der FDP eine Enquetekommission vorgeschlagen: „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“. Zunächst fand ich den Vorschlag, über diese Frage parteiübergreifend und möglicherweise mit anderen Expertinnen und Experten außerhalb des Parlaments noch einmal nachzudenken, charmant, so lange bis ich die Begründung gelesen habe, denn eine Kommission, die die Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland allein durch Kürzungen sicherstellen will, eine solche Kommission braucht man nicht, weil das eine Aufgabe ist, die sich von vornherein aufgrund der äußeren Bedingungen als unmöglich zu lösen erweisen wird. Auch die Debatte bisher hat ja gezeigt, dass ein Widerspruch vollständig deutlich geworden ist: Auf der einen Seite gibt es einen deutlichen Zwang zur Ausgabenkürzung, und auf der anderen Seite weiß man eigentlich nicht genau, wann, wo und bei wem man kürzen kann.

Die Zahlen dazu machen die Dimensionen der Unmöglichkeit noch einmal deutlich: Im Entwurf für das nächste Jahr stehen 928 Millionen Euro Haushaltsdefizit. Wir haben uns theoretisch verpflichtet, diese 928 Millionen Euro bis ins Jahr 2020 auszugleichen. Rechnerisch heißt das in den nächsten neun Jahren ungefähr 100 Millionen Euro jährlich. Wenn wir Glück haben und in den Verhandlungen mit dem Bund irgendeine Form von Erlass bekommen, sagen wir 300 Millionen Euro, dann brauchen wir nur 600 Millionen Euro Haushaltsdefizit auszugleichen. Dann müssen wir immer noch jedes Jahr zwischen 60 und 65 Millionen Euro Haushaltsdefizit ausgleichen. Wenn dann allein die Einnahmen, was in Bremen noch nicht so oft passiert ist, jedes Jahr um zwei Prozent steigen, heißt das, dass wir die Ausgaben einfrieren müssen, um dieses Sanierungsziel zu erreichen.

Klar ist auch, dass, wenn man es bei steigenden Zinsen so macht, 100 Millionen weniger für alle anderen konsumtiven Ausgaben vorhanden sind, und wir haben im Jahr 2020 einen Ausgabenstand von ungefähr 85 Prozent, selbst wenn diese positiven Voraussetzungen eintreten, 15 Prozent bei den Ausgaben, die nicht Zinsen sind, dann reden wir über eine notwendige Einsparung von circa 450 Millionen Euro! Ich sage, das ist eine Aufgabe, die wir nicht hinbekommen, selbst wenn wir alle Vorschläge von Herrn Röwekamp oder die Regierungsvorschläge zusammen tun und uns jetzt diesem Ziel so widmen, dass wir sagen, wir brauchen einfach nur einmal die Struktur zu ändern, und dann wird das alles schon klappen. Ich sage, das ist physikalisch nicht möglich. Deswegen ist eine Kommission, die dieses Problem ausschließlich über die Frage von Haushalts- und Ausgabenkürzungen angeht, von vornherein eine Kommission mit einem falschen Ansatz, und deswegen lehnen wir sie ab.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Die Frage ist: Wozu soll denn sonst diese Kommission sein? Meiner Meinung nach setzt sich fort, was wir bei Beginn der Debatte um diese sogenannte Schuldenbremse gesagt haben. Wir haben gesagt, diese Schuldenbremse leugnet, dass auf Bundesebene seit Gerhard Schröder und auch schon seit Helmut Kohl Länder und Kommunen ständig ausgetrocknet werden, und gibt ihnen das Problem in die Hand. Letztendlich gibt es dadurch einen Zwang zu schwarzgelber Politik, und diese macht sich im Wesentlichen an drei Dingen fest, und das macht auch dieser Vorschlag für eine Enquetekommission hier deutlich. Dieser Vorschlag besagt, wir können das Ausgabenproblem lösen, wenn wir im öffentlichen Dienst Massenentlassungen vornehmen. Wir reduzieren sozusagen, wenn wir real einsparen wollen, dann verbirgt sich hinter FDP- und CDU-Floskeln von schlankem Staat und Strukturreform und Ähnlichem im Endeffekt immer der Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, und das bedeutet Massenentlassungen.

Wenn man real von den 1,3 Milliarden Euro Personalausgaben 100, 200 oder 300 Millionen Euro sparen will, muss man Tausende von Menschen entlassen. Das ist einfach wahr! Tun Sie doch nicht so, und verpacken Sie das doch nicht in Ihren abgelutschten neoliberalen Floskeln von Strukturreform und Ähnlichem! Sagen Sie ganz einfach, dass die Situation so ist, Sie wollen einen öffentlichen Dienst, der im Jahr 2020 halb so groß ist wie der von heute! Das ist ehrlich!

(B) Als Zweites programmiert diese Form von Politik selbstverständlich Privatisierung. Natürlich stehen schon Interessenten parat, die gern die Gewoba kaufen möchten, sie möchten gern die Wasserwerke, die Eigenbetriebe, sie möchten möglicherweise die BLG. Selbstverständlich, weil es gesunde Betriebe sind, weil man damit Gewinne machen kann, weil auch die öffentliche Hand Gewinne macht! Wenn man das politisch nicht durchsetzen kann, weil es mittlerweile viele Menschen gibt, die erkannt haben, dass es blödes Zeug ist, dann muss man sich so etwas wie eine Schuldenbremse schaffen und solch eine Enquetekommission, eine Art von höherer Gewalt, die einen legitimiert, Dinge zu tun, die offensichtlich finanzpolitisch, auch haushaltspolitisch Unsinn sind!

(Beifall bei der LINKEN)

Der Kollege Dr. Kuhn hat es schon gesagt, die zweite Absicht ist meines Erachtens eine Form von stiller Regierungsbeteiligung. Ich habe mich allerdings immer gefragt, auch als ich den Antrag gelesen habe, was eigentlich in den letzten zwölf Jahren Großer Koalition passiert ist. Dieser Haushaltsnotstand ist nicht seit gestern da, und diese Vorschläge tun so, als wären es neue Vorschläge. Diese Vorschläge, die darin stehen, reden von Dingen, bei denen ich das Gefühl habe, als man gemeinsam in der Regierung war, wären sie möglich gewesen, hätte man sie längst machen müs-

sen. Das ist aber offensichtlich ausgeblieben. Jetzt soll es eine Enquetekommission schaffen, möglicherweise mit externen Sachverständigen. Mit externen Sachverständigen wie Herrn Riester und einem gewissen Herrn Hartz haben wir Erfahrungen gemacht, wir wissen, was das bedeutet.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Was mich auch deutlich stört: Wenn man von einer Enquetekommission spricht, und man will dort hineinschreiben, wir müssen den Haushalt sanieren, weil wir haushaltspolitische Probleme haben, die nicht zu leugnen sind, ist es wirklich so, dass sie sich um die Zukunft Bremens nur in diese Richtung Gedanken machen darf? Muss man sich nicht auch um die soziale und die ökologische Zukunft Gedanken machen? Darf eine solche Enquetekommission den Haushalt betrachten, ohne den Armuts- und Reichtumsbericht Bremens außer Acht zu lassen? Darf sie eigentlich Kürzungsvorschläge machen, ohne einmal deutlich hinzuschauen, wie man eigentlich Armut in Bremen bekämpfen muss?

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Ja!)

Ich meine nein, das darf sie nicht!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist genau der Irrtum, dem man unterliegt. Das ist eine Form von Politik, die man nicht machen darf. Wenn man über die Zukunft Bremens redet, dann muss man sorgfältig bilanzieren, in welcher Haushaltsituation wir stecken, in welcher wirtschaftlichen und auch in welcher sozialen Situation, und dann kann man möglicherweise Dinge entwickeln, die aus einer misslichen Lage heraushelfen. Ich sage, eine Kommission, die das ausblendet, brauchen wir nicht. Wir müssen uns deutlich intensiver dann mit der Frage beschäftigen, wie wir es denn schaffen, Generationengerechtigkeit herzustellen.

Sie sagen, Generationengerechtigkeit ist dann, wenn Bremen keine Schulden mehr hat. Das kann man herstellen, indem man jetzt gnadenlos kürzt. Ich sage, damit schaffen sie eine Form von Generationengerechtigkeit, denn, ich habe es oft genug gesagt, Schulden in Geld kann man bezahlen. Wir sagen, diese Form von Schulden kann man durch Einnahmeverbesserungen erreichen, und wir sind mit Nachdruck der Meinung, dass in diesem Land Menschen, die viel Geld haben, mehr Steuern bezahlen müssen, damit die Einnahmesituation verbessert wird, damit die Schulden abgebaut werden. Das ist Gerechtigkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Die andere Sache ist, wenn wir Ernst machen, wenn wir diese 400 Millionen Euro kürzen, dann haben wir eine Situation, in der unsere Schulen schlechter werden, in der die soziale Spaltung in Bremen stärker wird, und wir haben auch eine Situation, in der die öffentlichen Investitionen unterhalb der Abschreibungsgrenze fallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, den Zustand unserer Straßen, der Kanalisationen, der öffentlichen Gebäude, all das vernachlässigen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Weise, in der wir unseren Kindern eine Form von Schulden aufbürden, und das kann man mittlerweile rechnen, die sie dann nicht mehr bezahlen können, und dann müssen diese Menschen in einer Situation leben, die tatsächlich in einer Weise Generationenungerechtigkeit schafft.

Als letzte Bemerkung möchte ich darauf hinweisen, dass der Ruf nach solch einer Enquetekommission und anderen Sachverständigen auch immer einen Beigeschmack hat, nämlich den, dass man die eigene Politik, die eigene Situation und die eigene Kompetenz infrage stellt und selbst diese Stammtischvorwürfe, Staatsräte brauchen wir wenige, wir brauchen nur ein halb so großes Parlament, diese Form von Stammtischdebatte aufgreift, hier ins Parlament trägt und noch den Beweis dafür erbringt, dass wir offensichtlich unsere Aufgaben nicht bewältigen können. Ich warne noch einmal ausdrücklich davor. Meine persönliche Erfahrung ist, dass es im Gegenteil hier in diesem Raum eine ganze Reihe von kompetenten Menschen gibt. Auch wenn sie politisch nicht meiner Meinung sind, bin ich der Ansicht, dass dieses Gremium erhalten werden muss, dass es hier Kompetenz gibt, diese Probleme zu lösen. Wir brauchen dafür keine Enquetekommission, sondern ich glaube, das kann dieses Parlament allein. In diesem Sinne wundern Sie sich nicht, dass wir Ihren Antrag ablehnen! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne Herrn Dr. Rafael Karpel herzlich begrüßen. Er ist Berater des Oberbürgermeisters Yona Yahav unserer Partnerstadt Haifa.

(Beifall)

Viele von Ihnen kennen ihn ja. Er ist zu Besuch in Bremen, aber nicht nur in Bremen, sondern er besucht auch andere Partnerstädte von Haifa wie Erfurt und Mannheim. Herr Dr. Karpel, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle. (C)

Abg. **Möhle** (parteilos)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nur zum Verlauf der bisherigen Debatte sagen: Schade, richtiggehend schade!

(Beifall bei der FDP)

Reflexartig wird hier Schuldzuweisung betrieben, die einen sagen, die CDU hat Schuld, die Große Koalition hat Schuld, die CDU sagt, die SPD kann nicht sparen. Tatsache ist, es wurde höchststrichlerlich festgestellt, dass die Haushaltsprobleme Bremens nicht selbst gemacht sind. Was heißt das eigentlich? Das heißt ganz konkret, dass die Strukturen Bremens, eingebettet in Niedersachsen, aus eigener Kraft nicht lösbar sind. Wenn man das zugrunde legt, dann, glaube ich, ist ein offenes, ehrliches Nachdenken darüber, welche Anteile Bremen leisten kann, die Haushaltsnotlage zu verbessern, und welche Bremen nicht leisten kann, möglich. Darüber eine ehrliche Diskussion in diesem Hause zu führen, wäre an dieser Stelle aus meiner Sicht extrem wünschenswert gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Mich ärgert auch Ihre Einlassung darauf, Herr Röwekamp, weil Sie antreten und so tun, als wollten Sie das Staatsgebilde Bremen retten und außerdem den Haushalt sanieren, gleichzeitig aber nichts anderes machen, als eine Attacke gegen die Regierung einzuleiten, ohne Sinn und ohne Verstand! Ich sage nur einmal, wenn Sie öffentlich behaupten, dass die Gewoba mit Staatsmitteln, sozusagen mit staatlicher Unterstützung, Wohnungen außerhalb Bremens kauft, dann ist das nichts als ausgemachter Blödsinn! (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Denn die Gewoba als eigenständige Gesellschaft verbessert meiner Auffassung nach zu Recht ihr Geschäftsfeld, weil die Ergebnisse im Übrigen auch für die Stadt Bremen dadurch eher besser als schlechter werden und weil ich nie im Leben akzeptieren würde, dass man die Fehler, die man mit der Beamtenbaugesellschaft gemacht hat, mit der Gewoba ein weiteres Mal macht. Das halte ich für völlig absurd! Ihre Vorschläge sind sozusagen durchtränkt davon, der rot-grünen Regierung „eines auszuwischen“. Das ist keine ernsthafte Angelegenheit. Schade, kann ich nur sagen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Die andere Seite in diesem Hause, Frau Kummer hat gesagt, wir lassen uns nicht am Ring in der Nase von der CDU durch die Gemeinde ziehen oder so ähnlich.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Bei diesem Thema nicht!)

Ich glaube, auch das ist reflexhaft, auch das ist nicht wirklich hilfreich. Ich würde mir wünschen, im Bundesland Bremen würden wir in der Tat eine Diskussion darüber führen, was geht und was nicht geht. Dass der Senat spart, ehrlich gesagt, als Abgeordneter der Grünen ist mir das extrem auf die Nerven gegangen, dass wir eine Finanzsenatorin hatten, die noch nicht einmal mir zubilligen wollte, dass wir für die Verbraucherzentrale höhere Förderung bräuchten, dass wir für das Rat-und-Tat-Zentrum höhere Förderung bräuchten, dass wir für all das, was man vielleicht auch grünes Klientel nennen könnte, höhere Förderung bekommen. Nein, Frau Linnert hat sich dem verweigert. Ich fand es ärgerlich! Insgesamt war es aber wohl richtig, an jedem Punkt genau zu schauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen aber sorgfältig darauf achten, dass wir unser Bundesland nicht kaputtsparen. Ich bin der festen Auffassung, dass der Haushalt nicht mehr auskömmlich ist, nicht mehr auskömmlich in dem Sinne, dass die Aufgaben, die wir zu lösen haben, aus meiner Sicht mit diesem angesetzten Haushalt nicht mehr lösbar sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie man dazu kommt, die Aufgaben, die ordentlich umschrieben sind, finanziell abzusichern. Warum nutzt man in der Wirtschaftspolitik eigentlich nicht die Chancen des kleinsten Bundeslandes Bremen? Warum ist noch keiner auf die Idee gekommen zu sagen: Warum testen wir nicht einmal, was eine Freihandelszone an Innovationen möglich machen könnte? Warum machen wir solche Dinge nicht?

(B) Die Kleinheit Bremens, da wird immer gesagt Labor und politisches Experimentierfeld, wird meiner Auffassung nach in keiner Weise bisher ausreichend genutzt. Das finde ich ärgerlich! Darüber eine Debatte zu führen, dazu könnte, wenn alle es wirklich wollten, eine Enquetekommission hilfreich sein. Sie haben die eben allseitig zerschossen! Deswegen macht es wahrscheinlich tatsächlich keinen Sinn mehr, eine solche Diskussion im Bundesland Bremen zu führen. Ich glaube im Übrigen, dass die Aussage von Frau Merkel, Wachstum, Wachstum, Wachstum, dann werden die Probleme schon lösbar sein, genauso ein ökonomischer Blödsinn ist, als wenn man sparen, sparen, sparen sagen würde. Nur beides gemeinsam macht vielleicht in irgendeiner Weise Sinn.

Letzter Punkt: Ich habe heute Morgen ein bisschen Nachrichten gesehen, da wurde bei N 24 unten im Streifen „Deutsche Bank im letzten Quartal: 1,4 Milliarden Gewinn“ eingeblendet. Zum Verhältnis im

letzten Quartal, da ging es um mehr als 400 Millionen Euro Gewinn, ist das eine Steigerung um das Dreifache. Ich glaube, man muss einmal darüber nachdenken, ob es nicht Zusammenhänge zwischen dem Gewinn dieser Bank und der Krise unseres Staates gibt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(C) letzten Quartal, da ging es um mehr als 400 Millionen Euro Gewinn, ist das eine Steigerung um das Dreifache. Ich glaube, man muss einmal darüber nachdenken, ob es nicht Zusammenhänge zwischen dem Gewinn dieser Bank und der Krise unseres Staates gibt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin enttäuscht über die Debattenbeiträge der Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen und den Sozialdemokraten, nicht so sehr, weil sie mit einzelnen Sparvorschlägen, die ich gar nicht heute, sondern als Ideenreiz in einer Rede vor einer Woche gebraucht habe, nicht einverstanden sind – das ist das natürliche Recht von Parlamentariern, dass sie unterschiedliche Auffassungen zu unterschiedlichen Sachverhalten haben –, ich bin entsetzt und enttäuscht über die Rückwärtsgewandtheit dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben versucht, historisch zu belegen, warum die einen einmal dafür und die anderen einmal dagegen waren, welche Chancen die CDU verpasst und welche Chancen die Grünen genutzt und welche Chancen die Grünen verpasst und die CDU genutzt haben. Das ist alles Vergangenheitsbewältigung, die am Ende dazu geführt hat, dass wir 16 bis 17 Milliarden Euro Schulden mit steigender Tendenz haben. Um aus dieser Situation herauszukommen, müssen wir nach vorn denken und uns nicht Vorwürfe zur Vergangenheit machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen will ich ausdrücklich auch noch einmal sagen, dass die von mir gemachten Vorschläge nicht in dem Antrag, über den wir heute reden, enthalten sind, sondern sie sollten eine Debatte über die Frage anstoßen: Wie spart man in unserem Bundesland eigentlich richtig? Frau Kummer hat hier eine Vielzahl von Dingen genannt, bei denen das Sparen zu solchen Folgen führt, die nicht nur wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion, sondern Sie doch sicherlich auch, Frau Kummer für die SPD-Bürgerschaftsfraktion, für nicht mehr vertretbar halten. Mit den Sparmaßnahmen der Vergangenheit werden wir die enormen Herausforderungen der Zukunft eben nicht bewältigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist das Ergebnis dessen, was wir in den Ausschüssen beraten haben! Deswegen, Frau Kummer, ist die

- (A) Analyse doch völlig richtig: Wenn man feststellt, dass man in der Lehre an der Universität oder an den Hochschulen im Lande Bremen, teilweise in der sachlichen Ausstattung, oder bei der Frage, wie man eigentlich Tarifsteigerung auffangen kann, seit Jahren aufgrund von quotalen Kürzungen nicht mehr die richtigen Schwerpunkte setzt, dann muss man doch über strukturelle Maßnahmen nachdenken, und das kann doch nur heißen, sich auf das zu konzentrieren, worin man gut ist, und sich von dem zu trennen, was es vielleicht in näherer Umgebung an genauso Gutem gibt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, sage ich, müssen wir über Strukturen reden. Herr Dr. Kuhn, das ist nicht abstrakt! Strukturelles Sparen ist ganz konkret, und der Bürgermeister selbst hat gesagt, jawohl, die Summe, die Herr Röwekamp genannt hat – die ja von keinem von Ihnen wiederholt worden ist, dass wir um die 500 Millionen Euro in neun Jahren sparen müssen – ist richtig. Das geht nicht mehr mit den Sparmaßnahmen der Vergangenheit, das geht nicht mit PEP, und das geht nicht dadurch, dass man das Freibad Blumenthal baut, und das geht auch nicht, indem man jedem immer alles verspricht und den meisten auch alles gibt. Das geht nur, wenn man strukturell in unserem Bundesland spart.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Deswegen habe ich Vorschläge gemacht, zu denen Sie mir jetzt vorwerfen: Da haben die ja auch schon einmal anders geredet! Herr Dr. Kuhn, wenn wir alles immer nur so weitermachen, wie wir es in den letzten 30 Jahren in Bremen gemacht haben, dann hat unser Bundesland wirklich keine Zukunft mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da ist das Beispiel Gewoba ein gutes Beispiel! Ja, es stimmt, die CDU-Bürgerschaftsfraktion und die ehemaligen Mitglieder des Senats, mich eingeschlossen, haben an das Bundesverfassungsgericht gemeldet, wir halten an der Beteiligung an dieser Wohnungsbaugesellschaft fest. Es muss aber doch die Frage gestattet sein, ob das nach dem Ergebnis der Föderalismusreform-II-Kommission und in dem Bewusstsein, 450 bis 500 Millionen Euro plus/minus X sparen zu müssen, alles richtig gewesen ist, was wir in der Vergangenheit gemacht haben. Da sage ich für die CDU-Bürgerschaftsfraktion: Nein, es war auch nicht alles richtig, was wir als Bremer CDU vertreten haben, und es war auch nicht alles richtig, was ich als Thomas Röwekamp vertreten habe, Herr Dr. Kuhn! Diese Erkenntnis vermisse ich aber bei den Sozialdemokraten und bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe von Ihnen nicht einen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie das auffangen wollen, was wir par-

teübergreifend feststellen. In der Analyse sind wir uns einig: Wir müssen über 400 Millionen Euro in neun Jahren sparen! Ich habe einen Vorschlag für einen Weg gemacht, einen Vorschlag, zum Beispiel über Tabus zu reden, und ich habe einen Vorschlag über ein Verfahren gemacht. Das kann falsch sein! Die Vorschläge können falsch sein, und der Weg kann vielleicht an der einen oder anderen Gabelung in die falsche Richtung führen. Dann machen Sie aber doch einen anderen Vorschlag, Herr Dr. Kuhn, dann sagen Sie, wie es geht, und sagen Sie nicht immer nur, wie es nicht geht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu den Themenvorschlägen, die ich genannt habe, habe ich auch nur an der einen oder anderen Stelle etwas gehört. Bei Frau Kummer habe ich gehört, das wollen wir irgendwie so im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren machen. Im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren wollen Sie über die Aufgabenverteilung reden? Was können wir uns eigentlich an Aufgabenteilung zwischen Bremen und Bremerhaven vorstellen? Wer soll das eigentlich beraten? Der Haushalts- und Finanzausschuss, die Innendeputation oder die Bildungsdeputation, wenn es um die Frage von Lehrerinnen und Lehrer geht? Sie haben gesagt, wir wollen darüber reden, welches Studienangebot wir in Zukunft in Bremen und Bremerhaven anbieten möchten. Wo wollen Sie denn darüber reden? Im Haushalts- und Finanzausschuss? Im Wissenschaftsausschuss wollen Sie mit Vertretern der Universität Oldenburg und der Universität Hannover darüber reden, ob es sinnvoll ist, in drei unmittelbar benachbarten Universitäten das gleiche Studienangebot zu machen?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Wissenschaftsausschuss! – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wir haben da schon Kooperationen! Wissen Sie das nicht?)

Herr Dr. Kuhn, das Scheitern solcher Gespräche ist doch vorprogrammiert, wenn wir nicht einen Rahmen finden, in dem wir fernab unseres parlamentarischen Alltags darüber nachdenken, wie man eine solche immense Aufgabe bewältigen kann, dann haben Sie sich von der Bewältigung dieser Aufgabe von Anfang an verabschiedet!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben das Beispiel Landespolizei genannt. Der Kollege Dr. Güldner hat seine Bremer Kollegen in diesem Zusammenhang in der „Nordsee-Zeitung“ in Bremerhaven als „enthirnt“ bezeichnet. Die Wahrheit ist doch, Herr Dr. Kuhn, die Landespolizei ist ein lebhaftes Beispiel dafür – –.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ich nicht! Verwechseln Sie da nicht jemanden?)

(C)

(D)

(A) Herr Günthner! Entschuldigen Sie! Sie reden so oft das Gleiche, deswegen neige ich dazu, Sie zu wechseln. Sie wissen doch genau, woran die Einführung der Landespolizei bisher immer wieder gescheitert ist: an der ausschließlichen und alleinigen Verweigerungshaltung der Bremerhavener Sozialdemokraten! Wir hatten uns in der Koalitionsarbeitsgruppe 2003 mit Herrn Kleen als Innenpolitiker bereits verständigt, die Bremer Sozialdemokraten waren dafür, dann ging es in die große Runde, und Herr Breuer als Unterbezirksvorsitzender hat gesagt: Das ist mit mir nicht zu machen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir so weiter in Bremen Politik machen und uns wechselseitig blockieren, dann wird es keinen einzigen geeigneten Sparvorschlag zur Sanierung unseres Bundeslandes geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP – Abg. Günthner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Weber: Herr Röwekamp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Günthner?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Nein, jetzt nicht! Er kann sich ja zu Wort melden.

(B) Sie haben heute wieder das gleiche reflexartige Verhalten gezeigt, das uns in diese Krise geführt hat, nämlich die wechselseitigen Ideen zum Sparen als völlig haltlos, unbegründet, unsozial und unstrukturiert abzulehnen, Frau Kummer, ohne wirklich einen eigenen Beitrag zur Spardebatte zu leisten, Herr Dr. Kuhn. Ich habe nicht einen einzigen Vorschlag gehört!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man muss ehrlicherweise sagen, wir haben auf der Regierungsseite nicht den Sultan von Brunei sitzen, sondern den Bürgermeister von Bremen, und das bedeutet, dass man nicht jedem alles versprechen kann, sondern dass man schonungslos und offen darüber reden muss, was wir uns in Zukunft in Bremen und Bremerhaven eben nicht mehr leisten werden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Kummer, Sie haben gesagt: Sie können ja Haushaltsänderungsanträge stellen. Sie wissen doch genau, wie die Haushaltsänderungsanträge heißen, da steht dann „Haushaltsstelle X“ und „der Anschlag wird um Y gekürzt“. Meinen Sie, dass man so unser Bundesland retten kann, indem man Zahlen auf Papiere schreibt? Wir müssen über strukturelles Sparen reden!

(Beifall bei der CDU)

(C) Strukturell sparen kann man nur, indem man das, was einen in der Vergangenheit einmal behindert hat, über Bord wirft. Ich habe nicht ein Argument von Herrn Dr. Kuhn und Frau Kummer gehört, das sich eigentlich von 2004 bis 2009 geändert hat. Sie haben heute viele Vorschläge und Begründungen dafür geliefert, warum die Enquetekommission heute nicht der richtige Weg war. Warum, frage ich Sie dann, waren Sie denn eigentlich 2004 dafür, es so zu machen? Was hat sich eigentlich geändert? Das Einzige, was sich geändert hat, Herr Dr. Kuhn, ist, dass Sie jetzt in der Regierung sind und offensichtlich Angst vor der Verantwortung haben. Das ist das, was sich geändert hat!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bedaure sehr, dass Sie auch diesen Vorschlag der CDU-Bürgerschaftsfraktion jetzt wieder nur aus parteitaktischen Gründen ablehnen und nicht bereit sind, sich über den Weg einer Enquetekommission mit externem Sachverstand, den der Senat ja an vielen Stellen mit Millionen teuer einkauft, auf einen gemeinsamen Weg für unser Land zu verständigen. Ich habe immer gedacht, Sie meinen es ernst. Ich habe gedacht, als Herr Dr. Sieling gesagt hat, lassen Sie uns das nicht außerhalb des Parlaments machen, lassen Sie es uns im Parlament machen, er meinte es ernst. Dann lassen Sie uns eine parlamentarische Enquetekommission einsetzen!

(D) Als Sie gesagt haben, wir erwarten von der CDU Sparvorschläge, über die wir reden können, dann machen wir auch welche, habe ich gedacht, Sie meinen es ernst. Jetzt hat die CDU Sparvorschläge gemacht, aber die, die regieren, verweigern bis heute irgendwelche Sparvorschläge.

Am meisten enttäuscht mich, Herr Dr. Güldner, in diesem Fall Bündnis 90/Die Grünen. Ich habe immer gedacht, Sie würden nachhaltige Politik nicht nur als Politik im Zusammenhang mit Umwelt und Energie verstehen, sondern ich habe gedacht, dass Sie auch ein Interesse an nachhaltiger Finanzpolitik haben.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Mehr als Sie!)

Sie verkünden hier den schlichten Weg des „Weiter so“, und dieses „Weiter so“ führt dazu, dass sie die Finanzprobleme unseres Bundeslandes nicht lösen, sondern dass sie die Probleme unseres Bundeslandes verstärken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Einen letzten Satz, Herr Präsident, will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, weil es mich auch persönlich enttäuscht: Frau Kummer, Sie haben sinngemäß gesagt, die CDU meint das gar nicht ernst. Ich finde, die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat mit dem An-

(A) gebot für einen parteiübergreifenden Konsens in der jahrzehntelang umstrittenen Bildungsfrage gezeigt, dass sie es zum Wohl der Kinder unseres Landes mit der Idee der parteiübergreifenden Verständigung ernst meint. Deswegen habe ich Ihnen angeboten, dass wir auch über die so schwierige Frage der Finanzen unseres Landes zu einer ähnlichen parteiübergreifenden Verständigung kommen. Ich bedauere sehr, dass das Parlament, dass die Regierungsfraktion vom Bündnis 90/Die Grünen hierzu weder die Kraft noch den notwendigen Mut hat. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich im Wesentlichen noch einmal zu der Frage im engeren Sinne äußern, nämlich zu dieser Enquetekommission oder anderen Wegen, wie wir diese Diskussion führen. Ich möchte im Wesentlichen außen vor lassen, was sonst noch alles im Raum steht.

Herr Röwekamp, Sie haben darüber berichtet, wo es überall Enquetekommissionen gegeben hat, im Bundestag und anderen Ländern, das ist wohl wahr. Sie haben nichts darüber gesagt, was die Erfolge dieser Enquetekommissionen gewesen sind, und das hätte schon auch dazugehört.

(B)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch, habe ich! Hamburg, Bildungskonsens zum Beispiel!)

Ja, aber die Erfolge sind, gerade wenn man sie sich im Bund ansieht, durchaus gemischt. Die Bildung vieler solcher Kommissionen und Sachverständigengremien hat eine große, fundierte und bedeutende Kritik daran hervorgerufen, dass das Parlament an den Rand des politischen Geschehens gedrängt worden ist, gerade in Berlin, und da können wir doch nicht so tun, als gäbe es diese Frage nicht. Vorhin haben Sie dazwischengerufen, als ich gesagt habe, Sie wollten es vom Parlament weg haben. Da habe ich von Ihrer Seite gehört, nein, das soll in die Mitte. Jetzt haben Sie wörtlich – ich habe es mitgeschrieben – gesagt, es soll eine Kommission sein, die fernab vom Parlament tagt. Das haben Sie eben gesagt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, weg von den Gremien!)

Doch, Sie haben es eben noch einmal ausdrücklich gesagt, Herr Röwekamp, das können wir gern im Protokoll nachlesen.

(Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

Herr Röwekamp, lassen Sie mich doch jetzt einfach einmal weiterreden! Das ist der Geist Ihres Vorschlags, denn Sie sagen ausdrücklich, Sie wollen es von der Parteinauseinandersetzung weg haben.

(C)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja, von der Parteinauseinandersetzung!)

Das geht aber auch nicht, Herr Röwekamp! Sie können doch solche zentralen, existenziellen Fragen unseres Bundeslands nicht plötzlich von der Parteinauseinandersetzung weg haben wollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Unser parlamentarisches Leben beruht darauf, dass sich in Parteien politische Meinungen bilden, dass in Parteien und zwischen Parteien um Mehrheiten gerungen wird, da können Sie doch nicht so tun, als würde jetzt eine solche zentrale Frage am besten fernab vom Parteienstreit entwickelt und gelöst werden! Das Gegenteil ist der Fall, sie kann sich nur so entwickeln. Das Beispiel, das Sie genannt haben, zeigt ja, dass man in diesen Fragen um Mehrheiten kämpfen muss.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Warum wäre es 2004 gelungen?)

Weil Sie dafür keine Mehrheiten gefunden haben! Sie in der Koalition beziehungsweise die eine Fraktion – –.

(D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Warum wäre es 2004 gelungen, und warum kann es heute nicht gelingen? Was hat sich heute geändert?)

Ich komme zum zweiten Punkt, ich komme gleich dazu, denn erstens habe ich gerade nicht gesagt, was früher falsch war, muss heute auch falsch sein. Das gilt gerade für diese Fragen von früher einmal aufgelegten Sparvorschlägen, die dann verworfen worden sind, weil man es nicht durchbekommen hat, weil man nicht weitergekommen ist. Ich bin nicht der Meinung, dass man es deswegen ad acta legen soll, im Gegenteil! Auch wenn man zweimal gescheitert ist, muss man es neu angehen, der Meinung bin ich schon, aber es gibt auch Unterschiede in Situationen.

2004 waren wir noch in der offenen Auseinandersetzung, wie es in Karlsruhe und in der Föderalismuskommission weitergehen würde; heute sind wir das nicht, heute ist der Rahmen relativ klar abgesteckt. Wir müssen jetzt nicht eine Enquetekommission bilden, in der darüber nachgedacht wird, wie wir uns in Bremen gegenüber den anderen Bundesländern und dem Bund darstellen. Das ist jetzt nicht mehr die Frage, das wird im nächsten Frühjahr mit der Ver-

(A) waltungsvereinbarung zum Abschluss kommen. Es bleibt die Frage der politischen, auch parteipolitischen Auseinandersetzung über den besten Weg und die besten Vorschläge. Sie haben dreimal wieder gesagt, Strukturreform, ich habe keine Fantasie dazu, was das bedeuten soll.

(Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Das merkt man! Das merkt man deutlich!)

Verehrter Kollege Woltemath, Sie haben nicht den Hauch einer Andeutung gegeben, was das wirklich bedeuten soll. Wenn man anfängt zu diskutieren, löst es sich in eine Vielzahl von kleineren, größeren, mittleren politischen Fragen auf, die wir schon einmal angegangen sind, die wir neu angehen müssen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hochschulangebot zum Beispiel!)

Hochschulangebot ist doch keine Strukturfrage!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch!)

(B) Das ist eine ausgesprochen fachliche Frage, über die wir fachlich nachdenken und überlegen müssen, wie wir das machen. Die Kooperationswilligkeit mit Oldenburg und anderen Hochschulen predigen wir seit zwölf Jahren. Das ist nur sehr schwierig zu machen, das geht Schritt für Schritt, da sind wir doch an Ihrer Seite. Das ist aber etwas anderes, als einmal eben zu sagen, wir können doch in Bremen diesen oder jenen Studiengang einrichten oder eben schließen. Es gibt viele fachliche Fragen, ob es die Landespolizei ist, ob es die Frage der Größe dieses Hauses ist. Ich habe wirklich nicht die geringste Fantasie, wie wir dies alles unter dem nebulösen Begriff Strukturreform, der sich sehr bedeutend anhört, in eine Enquetekommission legen wollen.

(Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Was will uns der Redner damit sagen?)

Ich will Ihnen Folgendes sagen!

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Herr Schrörs, das ist ein Problem! Herr Röwekamp, das kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie mit einem Antragsentwurf nicht per Fax gekommen wären und gleichzeitig den Versuch gemacht hätten, durch die Handelskammer die ganze politische Agenda, den Ton, die Stimmung zu bestimmen – –.

(Unruhe bei der CDU – Abg. R o h m e y e r [CDU]: Sie sind beleidigt!)

Das hat nichts mit beleidigt zu tun, das hat mit der Beurteilung dessen zu tun, was die CDU-Fraktion damit will.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das ist unter Niveau bei Ihnen! Das ist unter Ihrem Niveau!)

Herr Röwekamp, ich beurteile das, was Sie tun.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein!)

Doch! Der Antrag ist die eine Sache, und Ihr Auftritt vor der Handelskammer ist die andere Sache. Das gehört bei Ihnen doch zusammen, und ich beurteile das, bitte schön, auch zusammen!

Wir haben in der Frage, wie man mit Vorschlägen umgeht, zwei Probleme: Erstens haben wir vielleicht eine Differenz, wie der Haushalt 2010 in Bremen aussehen soll.

Wenn wir in Berlin sagen, ausgeben, ausgeben, weil die Konjunktur es erfordert,

(Abg. D r . S c h r ö r s [CDU]: Wir sind hier in Bremen, nicht in Berlin!)

aber in Bremen sagen, sparen, sparen, da gibt es vielleicht einen inhaltlichen Dissens, darauf bin ich gespannt, das gehört in die Haushaltsberatungen. Wir haben eine Diskussion um weiter reichende Sparvorschläge, und da gibt es einen Unterschied: Sie als Opposition können einmal eben ihren Zettelkasten herausholen und das ausbreiten.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Sie haben es nicht verstanden!)

Wenn wir Grüne mit der SPD zusammen Sparvorschläge machen, heißt es, dass wir sie umsetzen wollen und dass wir wissen und uns auch überlegt haben, wie wir sie umsetzen können, und das ist der Unterschied! Wir werden deswegen nicht, wenn Sie in der einen Woche einen Zettelkasten ausbreiten, in der nächsten Woche unseren Zettelkasten öffnen,

(Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Darin ist auch nichts!)

denn das funktioniert so nicht. Von uns werden andere Dinge erwartet, und so werden wir das auch machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Dinge, die wir tun, begründen wir und bereiten sie vor, und dann tun wir sie, das ist der entscheidende Unterschied. Da haben Sie jetzt den Vorteil,

(C)

(D)

(A) den wir als Oppositionspartei leider viele Jahre gehabt haben, aber dafür werden wir die Dinge auch tun, die wir uns überlegt haben und dann vorschlagen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Sie fragen uns nach Vorschlägen, wo unsere Sparvorschläge sind. Es liegt ein Sparvorschlag auf dem Tisch, das ist der Entwurf des Haushalts 2010/2011, den wir Ende August 2009 gemeinsam in der ersten Lesung beschlossen haben.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber das reicht doch für 2011 nicht! Das wissen Sie doch, damit kommen Sie nicht hin!)

Hören Sie mir bitte weiter zu, Herr Röwekamp, ich werde es noch ausführen! Es ist ein Sparvorschlag, wie wir mit der Situation umgehen werden.

Sie haben ihn abgelehnt, wir beraten ihn jetzt, ich habe das ausgeführt. In der Föderalismuskommission wurde via verschiedene Experten, via Haushaltsanalyse, Stadtstaatenvergleich, Benchmarking festgestellt, Bremen ist unverschuldet in diese Haushaltsnotlage geraten, und Bremen bekommt Konsolidierungshilfen. Nun liegt ein Vorschlag der Regierungskoalition für 2010/2011 vor, den wir gemeinsam beraten und bewerten werden. Wir haben beispielsweise im letzten Haushaltsausschuss den Personalbericht 2007 miteinander besprochen, und dort ist aufgeführt, dass wir 5 000 Kräfte im Kernbereich der Verwaltung – das ist über ein Drittel – eingespart haben, insgesamt dann über 20 Prozent, das sind 4 000 Beschäftigte.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wann? In welchem Zeitraum?)

Wir haben die PEP-Quote nicht aufgehoben, das ist in dem Haushaltsentwurf enthalten. Wir werden weiterhin Grundstücke, Vermögen veräußern, und das häufig gegen den großen Widerstand der Bevölkerung vor Ort, auch das werden wir weiter tun! Wir werden weiterhin die Investitionen anschauen. Wir haben in den letzten Jahren mehrere 100 Millionen Euro an Investitionen eingespart, das werden wir weiter tun! Schauen Sie sich den Haushalt an, dort ist das aufgeführt! Wir werden weiterhin an der Verwaltungsmodernisierung arbeiten. Das geht aber nicht, wenn man so, wie Sie das tun, die Beschäftigten gleichzeitig zu Lohnverzicht auffordert, das ist im Üb-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

rigen in einer solchen Situation auch volkswirtschaftlicher Schwachsinn!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Warum lehnen wir diese Art der Enquetekommission ab? Weil sie gleich Vorschläge mitliefert, die den nötigen gesellschaftlichen Konsens für diese schwierige Aufgabe abbricht.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Haben Sie den Antrag gelesen? Verstanden haben Sie ihn nicht!)

Ich spiele jetzt nicht das Spielchen mit, wer wann seine Meinung ändern darf, offensichtlich darf die CDU das, wir dürfen das nicht, Herr Röwekamp, die Grenze zum Verlust der Glaubwürdigkeit ist da sehr schmal.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ich verstehe jetzt auch nicht mehr Ihre Sparvorschläge, unsere und Ihre Vorschläge sind ganz andere Vorschläge, das ist nicht nur Hütchenspielen, Herr Röwekamp, das ist Sankt-Florians-Prinzip. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir immer sicher gewesen, dass die FDP irgendwo eine Phrasendreschmaschine hat und daraus ihre Rede zusammenbaut. Auf die Bemerkung, ich hätte Textbausteine vergessen: Möglicherweise merken Sie auch daran, dass es manchmal nicht ganz so geschliffen daher kommt, dass das bei uns nicht der Fall ist. Selbst wenn wir eine solche Phrasendreschmaschine hätten, wäre jetzt Folgendes dabei herausgekommen, ich bin im Übrigen sehr dafür, dass wir diese Debatte möglicherweise genauso führen, wie der Kollege Röwekamp vorgeschlagen hat, lassen Sie uns einmal über Strukturreformen reden und was das genau bedeutet! Dazu muss man möglicherweise nicht unbedingt eine Enquetekommission einsetzen, sondern man kann auch als Partei sagen, wir sind für Strukturreformen, wir möchten gern viele Dinge ändern, und unserer Meinung nach müsste man dieses oder jenes tun, das würde so und so viel Geld einsparen. Wenn man diese Idee hat, bin ich auch, wie alle anderen, sicherlich bereit, das zu prüfen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich habe aber nur Zweifel daran, dass diese Floskel von der Strukturreform mehr ist als eine Floskel. Ich habe gelernt, dass 95 Prozent der Mittel, auch der Ausgaben, im Lande Bremen gesetzlich und vertraglich gebunden sind, vielleicht sind es 94 Prozent, vielleicht sind es 97 Prozent. Wir reden also über eine Spanne, die weit entfernt ist von den notwendigen 400 bis 500 Millionen Euro. Das heißt, wenn man über Strukturreform redet, muss man genau sagen, welche Verträge wir kündigen und welche gesetzlichen Vereinbarungen wir möglicherweise anders wollen. Wollen wir eventuell eine Sozialsonderzone haben, wo bestimmte Dinge aus dem Sozialgesetzbuch in Bremen nicht gelten, weil die Sozialausgaben so hoch sind? Über solche Formen von Struktur müsste man dann aber reden, wenn man es denn will.

(Bürgermeisterin L i n n e r t : Quatsch!)

Die Finanzsenatorin sagt gerade Quatsch. Ich sage nur, wenn man eine Strukturreform vorschlägt, muss man angesichts von 95 Prozent gebundenen Mitteln sagen, wie man diese Mittel entbinden will.

Wenn man sagt, wir wollen eine schlanke und moderne Verwaltung, dann muss man den Mut haben zu sagen, wo die Verwaltung in Bremen alt und fett ist! Wenn es keine alte und fette Verwaltung gibt, ist es nicht notwendig, über eine schlanke und moderne Verwaltung zu philosophieren. Nach meiner Kenntnis der Sachlage, so wie ich es in den letzten zwei Jahren kennengelernt habe, ist es so, dass wir an ganz vielen Stellen nicht nur eine schlanke und moderne Verwaltung haben, sondern wir haben eine Verwaltung, die ungeheuer große Probleme hat, den ihr übertragenen Aufgaben mit vorhandenem Personal nachzukommen. Das ist Realität in diesem Land, das schafft man auch nicht mit einer Strukturreform. Da muss man sagen, an welchen Stellen das nicht der Fall ist. Das führt sogar zu der absurden Situation, dass wir an einer Stelle, wo wir auch für Bremen Mehreinnahmen generieren könnten, nämlich bei der Großbetriebsprüfung, im Finanzamt deutlich unterbesetzt sind, damit andere laufende Abgaben überhaupt erledigt werden können. Wenn Sie also Strukturreformen sagen und moderne Verwaltung, müssen Sie sagen, wo sie nicht modern und wo sie fett ist.

Wenn Sie über Strukturen reden, müssen Sie auch sagen, wie Sie möglicherweise mit den investiven Mitteln im Lande Bremen umgehen wollen. Mir ist bekannt, dass die Mittel zum großen Teil schon durch Verträge gebunden sind, die Sie zur Zeit der Großen Koalition gemacht haben. Wenn wir da über Strukturreformen reden, wenn das Strukturen sind, die nicht zukunftsfähig sind und zum Erfolg der Haushaltssanierung beitragen können, muss man sagen, welche Verträge man kündigen muss und wie man möglicherweise frei werdende Mittel anders einsetzt oder einspart. Dann hat man Vorschläge für strukturelle Reformen gemacht.

Sie sagen, wir müssen Aufgaben abgeben und eine Aufgabenkritik vornehmen. In Ordnung, das können wir machen! Ich weiß, dass alle bisherigen Diskussionen, die ich in dieser Richtung geführt habe, dazu geführt haben, dass ein Teil der Aufgaben, nämlich meistens die, die man in irgendeiner Weise marktlich verkaufen konnte, in irgendeiner Weise privatisiert sind, meistens in eine Richtung, wo für weniger Geld mehr gearbeitet wird. Ein Großteil der anderen Aufgaben im Rahmen einer Strukturreform ist dann in ein Ehrenamt überführt worden. Das heißt, Aufgaben, die qualifizierte Menschen für die Sicherung ihres Lebensunterhalts gemacht haben, sind dann von ehrenamtlich tätigen Menschen gemacht worden. Wenn das die Strukturreform ist, die Sie wollen, müssen Sie das sagen, dann können wir gern darüber reden. Ich bin der Meinung, dass Sie es deswegen nicht tun, weil sich hinter Ihren Gedanken von Strukturreform genau diese Dinge verstecken, und Sie wollen über diese Ecke eine schwarz-gelbe Politik auch in diesem Land durchsetzen, wo Sie noch keine Mehrheit haben

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Noch!)

und wo es hoffentlich auch nicht so weit kommt. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zufrieden und enttäuscht zugleich, dass Frau Kummer ihren Bremen-Plan zur Haushaltskonsolidierung jetzt verkündet hat. Sie hat gesagt, wir haben unser Sparprogramm vorgelegt, das ist der Entwurf des Haushalts für das Jahr 2011. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Jahr 2011 ist das erste Jahr der Föderalismusreform-II-Sanierungshilfen des Bundes. Die 300 Millionen Euro sind noch nicht eingerechnet. Gut, man könnte sagen, das kann man schnell im Haushaltsgesetzgebungsverfahren machen, die Einnahmen kann man schnell einstellen. Was aber viel entscheidender ist: Im Jahr 2011 wird es nur dann die erste Rate geben, wenn es uns als Bremen insgesamt gelingt, gegenüber dem Stabilitätsrat nachzuweisen, dass wir einen Sanierungsplan für unser Bundesland haben.

Dieser Sanierungsplan, Frau Kummer, muss eben vorsehen, dass wir bis zum Jahr 2020 ohne neue Schulden auskommen. Ein Haushalt, Frau Kummer, in dem Sie vorschlagen, 900 Millionen Euro neue Schulden aufzunehmen, ist doch kein Fahrplan, dem Stabilitätsrat nachzuweisen, ohne Schulden auszukommen. Sie müssen im Jahr 2011 bereits die erste Rate für die Konsolidierungseigenanstrengung unseres Bundeslandes in die Haushalte einstellen. Dazu gibt es bis heute keinen einzigen Vorschlag dieser Regierung und dieser Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(C)

(D)

(A) Deswegen ist es Augenwischerei, was Sie hier betreiben. Wenn Sie den Eindruck vermitteln, als könne man mit einem schlichten „Weiter so“ unser Bundesland retten, ist es falsch. Mit einem schlichten „Weiter so“ gefährden Sie die Selbstständigkeit unseres Bundeslandes, das ist abstrakt, aber Sie gefährden damit eben gerade auch die vielen Vorteile, die wir als Bremerinnen und Bremer und als Bremerhaverinnen und Bremerhavener aus der Selbstständigkeit unseres Landes generieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Dr. Kuhn hat immer noch nicht gesagt, warum das, was er 2004 gut fand, 2009 schlecht sein soll, aber die Frage können wir auch so lassen. Ich habe übrigens nie gesagt, dass wir in einer Enquetekommission nicht streiten müssen um den richtigen Weg. Gerade das soll doch der Weg sein, sich auch fachkundig über Themen zu streiten, die wir im politischen Alltag eben nicht miteinander vertiefen. Wer aber glaubt, Herr Dr. Kuhn, dass man mit Parteipolemik unser Bundesland sanieren kann, der irrt!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(B) Wenn Sie nur das Interesse an parteipolitischen Auseinandersetzungen haben, fehlt Ihnen das Interesse daran, konstruktiv über die Zukunft unseres Bundeslandes nachzudenken. Ich bleibe dabei: Mit einem schlichten „Weiter so“ wird es nicht gehen. Wenn die einzige Antwort der rot-grünen Landesregierung dieses schlichte „Weiter so“ ist, werden wir um den besseren Weg in den übrigen parlamentarischen Verfahren miteinander streiten müssen. Ich sage nur, meine feste Überzeugung ist, Sie verpassen damit eine vielleicht einmalige Chance, zu einem Konsens zu kommen und Dinge umzusetzen, die wir im Alltag vielleicht nicht miteinander auf die Reihe bekommen,

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Sie sind schon einmalig!)

weil sich Regierung und Opposition – übrigens unabhängig davon, wer auf welcher Seite steht – beim strukturellen Sparen immer im Wege gestanden haben. Diese Enquetekommission sollte der Versuch sein, gerade dieses Sich-gegenseitig-im-Wege-Stehen tatsächlich zu überwinden. Wenn Sie die Enquetekommission heute ablehnen, bedeutet das für uns, dass Sie an einem Zusammenwirken bei den Sparanstrengungen mit der CDU und der FDP kein Interesse haben, sondern dass Sie den verbohrtten ideologischen Weg der Vergangenheit auch für die Zukunft beschreiten wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(C) Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Kleinigkeiten korrigieren: Nicht durch Parteipolemik werden wir die richtigen Wege und die Lösungen finden, das mag wohl sein, aber durch politische Meinungsbildung, die sich bei uns im Wesentlichen nun einmal auch in Parteien abspielt, weil sich da Gruppeninteressen, Strömungen, Kulturen konzentrieren und ihren Ort finden, durch parteipolitische Auseinandersetzung und parteipolitischen Wettbewerb werden wir allerdings zu diesen Lösungen kommen, dabei bleibe ich. Diesen kleinen Unterschied sollten Sie schon beachten.

Ich habe Ihren letzten Satz so verstanden, als wollten Sie schon einmal vorweg begründen, warum Sie in Zukunft jeden Vorschlag von uns ablehnen werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Wenn einmal einer käme!)

Wir hätten Ihnen die einmalige Chance verwehrt. Warten Sie einmal ab!

(D) Herr Röwekamp, Sie haben einen zweiten Fehler gemacht, das ist eine kleine, aber sehr wichtige Unterscheidung: Wir haben bei der Einbringung der beiden Haushalte 2010/2011 gesagt, wir legen Ihnen den Haushalt 2010 vor – die Finanzsenatorin hat das gesagt –, wir legen Ihnen auch den Haushalt für 2011 vor. Das ist zunächst einmal eine Weiterführung, eine Überrollung des Haushalts 2010, wir wissen aber, dass dies nicht das letzte Wort sein wird, weil wir im nächsten Frühjahr zu der Verwaltungsvereinbarung kommen und dann die genauen Rahmenbedingungen bestimmen. Das heißt, wir diskutieren jetzt im Dezember 2009 ganz hart, auch mit Beschlussfassung, den Haushalt 2010, und da warte ich auf Ihre Änderungen, wenn Sie da andere Auffassungen haben. Wir wissen gemeinsam, dass 2011 die Diskussion noch einmal aufgenommen werden muss, und das ist in der Tat der Zeitpunkt, zu dem wir hier die Karten auf den Tisch legen müssen, da haben Sie vollkommen recht. So ist die Situation, aber lassen Sie uns jetzt nicht sagen, wenn wir diese Chance nicht haben wollen, gibt es keinen Konsens! Ich lasse mich von Ihnen bei vernünftigen Dingen überzeugen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja?)

Gern, ja, bei vernünftigen Dingen gern!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Es gibt sie nur nicht!)

Doch! Nein, nein! Man kann über eine Reihe von Dingen, die Sie in Ihrem Vorschlag haben, gern diskutieren. Ich mache nur nicht den Fehler, dass ich sage, wir Grünen finden dies und jenes richtig, sondern wir müssen auch sagen können, wie wir es ma-

(A) chen. Bei den meisten Stichpunkten ist das nicht klar, wie man es machen kann, und viele dieser Dinge, die schon länger auf der Agenda sind, stehen nicht deswegen so lange darauf, weil die Leute alle so mutlos sind und Flaschen, sondern weil sie auch tatsächlich kompliziert und schwierig sind und man da neue Mehrheiten finden muss. Das ist unsere Aufgabe, wir können uns eben nicht – ich sage es noch einmal – damit bescheiden, unsere Zettel aus dem Kasten zu holen und hochzuhalten, sondern wir müssen Vorschläge machen, die tragen, und auch Mehrheiten dafür finden.

Das unterscheidet uns, und deswegen vertrauen wir auf das, was wir hier als Parlament mit seinen Instrumenten, auch mit den Möglichkeiten, externen Sachverstand zu holen, und die vielen Dinge, in einem ordentlichen Verfahren machen können. Mit Ihrem Zwischenruf haben Sie zwischendurch einmal gefragt, welchen Weg wir vorschlagen. Hier, das ist der Weg, dieses Parlament und seine Institutionen und die Kräfte, die dieses Parlament tragen, mit denen werden wir das schaffen. Das werden Sie sehen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kummer.

(B) Abg. Frau **Kummer** (SPD)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nur noch ein Satz: Ich glaube, das mit 2010/2011 hat Herr Dr. Kuhn ausreichend erklärt. Ich wollte nur noch einmal auf diese 900-Millionen-Euro-Frage zurückkommen, Herr Röwekamp. Herr Bürgermeister Böhrnsen hat es Ihnen in der gestrigen Debatte sehr klar und eindeutig gesagt: Die Kunst in der Verwaltungsvereinbarung, die nächstes Jahr zwischen uns und den anderen Ländern geschlossen werden muss, ist herauszufinden, was ein konjunkturelles und was ein strukturelles Defizit ist. Deswegen werden wir den Haushalt 2011 im Dezember noch nicht schlussendlich beschließen können, weil das noch feststehen muss.

Unter dem konjunkturellen Defizit leiden zurzeit alle Länder, Kommunen und der Bund auch, das ist völlig klar. Frau Dr. Merkel sagt es selbst immer wieder, wir können dem nicht entgegensparen, das ist sicherlich nicht richtig. Jetzt aber immer diese 900 Millionen Euro als das zu Sparende auf das Tapet zu bringen, ist nicht richtig, dagegen wende ich mich. Wir werden 2010 im Laufe des Jahres gemeinsam mit dem von uns beauftragten Gutachter Prof. Deubel versuchen, einen Weg herauszufinden. Das ist nicht nur eine einfache Formel, das ist ein ganz schwieriges Geschäft, über das sich ganz viele kluge Experten Gedanken machen müssen. Ich hoffe immer noch, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam – Sie haben

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

sich jetzt daraus verabschiedet – eine vernünftige Möglichkeit herausfinden, wie wir in diesem Land und in diesen beiden Städten vielleicht auf einen guten Weg gelangen können. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere die Debatte sehr, weil ich gedacht habe, wir würden es schaffen, uns heute aus diesen engen Parteigrenzen einmal ein Stück weit herauszubewegen und diesen Parteienstreit wegzulassen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. D r .
K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, regen Sie sich doch nicht so auf! Sie haben vorhin gesagt, Ihnen fehlt die Fantasie, ich habe eine ganze Menge Fantasie bei dieser ganzen Geschichte.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das glauben wir
gern!)

(D) Ich glaube, ich habe eine ganze Menge Fantasie dabei, und ich finde es auch fahrlässig, die ganze Debatte immer auf das Sparen zu verkürzen, immer zu sagen, tabuloses Sparen ist erforderlich. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir sind das kleinste Bundesland mit der höchsten Verschuldung. Unser Problem wird sein, dass sich am Schluss überhaupt keiner mehr um uns kümmert, wenn wir uns hier nicht auf den Weg machen und zumindest den Versuch unternehmen, uns an dem berühmten Schopf ein Stück weit aus dem Schlamassel herauszuziehen.

(Beifall bei der FDP)

Einfach zu sagen „Weiter so“, und das ist alles richtig, ist wirklich absolut enttäuschend. Der Parteienstreit soll ja gern geführt werden, aber der hat Bremen genau in diese Krise geführt, in der es steckt. Genau diese Situation ist dadurch hervorgerufen worden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss ich sagen, ich glaube auch, die Regierungskoalition hat sich von der Aufgabe, Bremen in die Zukunft zu führen, komplett verabschiedet. Sie haben sich komplett verabschiedet, weil Sie wirklich nur in dieser teilweise bornierten „Hier ist Freund, und da ist Feind“-Haltung operieren, und – Sie haben gesagt, mir fehlt da die Fantasie, da kann man

- (A) Ihnen leider auch nicht helfen – ich sehe jedenfalls ganz dunkle Wolken für Bremen heraufziehen, weil diese Regierungskoalition es nicht schaffen wird, Bremen aus der Krise zu führen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Enquetekommissionen sind eine Sache und ein Instrument der Legislative, deshalb möchte ich mich als Vertreterin des Senats zu dieser Debatte über die Enquetekommission nicht äußern, sondern nur ein bisschen zu dem Begleitszenario sagen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie könnten schon einmal sagen, warum Sie 2004 dafür waren!)

Ja, Herr Röwekamp! Vielleicht machen wir es einfach einmal so: Alle ein bisschen weniger Adrenalin, hören Sie doch auch einfach einmal zu! Ich sehe das, Sie platzen ja gleich, du lieber Himmel! Verstehen Sie, wir haben eine Aufgabe vor uns, die sehr lange sehr viel Kraft brauchen wird. Ich würde einmal sagen, sparen Sie doch ein bisschen, nicht alles gleich verpuffen, dann kommen wir vielleicht auch besser zurecht!

(B)

(Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Fangen Sie doch erst einmal an! Wir hören zu!)

Meine Güte!

Ich habe den Debatten entnommen, ist, dass es nach wie vor den Versuch gibt, Konsense zu suchen, das begrüßen wir, und dass es den Wunsch gibt, öffentliche Debatten zu führen. Da sagt der Senat auch wiederholt hier seine Unterstützung zu, aber diese öffentlichen Debatten müssen vorbereitet sein, sodass eine Debattenlage überhaupt erst hergestellt wird, das gilt für viele Punkte so, dass es nicht der Fall ist, und man muss sich auch darüber Gedanken machen, mit wem wir das eigentlich besprechen, zum Beispiel ist der Senat in regelmäßigen Gesprächen mit der Handelskammer. Wir werden auch Punkte haben, die wir in den nächsten zehn Jahren schultern müssen, die wir auf Stadtteilebene besprechen, die wir auf Fachebene besprechen und immer so weiter. Es gehört jeweils zum Sachverhalt, sich darüber auseinanderzusetzen, auf welchen Ebenen mit welchen Personen und in welchen Gremien Dinge sinnvollerweise besprochen werden sollen. Als Senat sage ich aber ausdrücklich Unterstützung zu, auch wenn es zum Beispiel darum geht, externen Sachverstand einzuholen und so weiter.

Die Architektur des Spargeschäfts, wenn man das einmal so sagen darf, vor dem Bremen steht, ist so, Frau Kummer hat es schon einmal gesagt: Wir müssen zunächst die Höhe des Betrags kennen, um den es geht. 900 Millionen Euro plus 163 Millionen Euro durch Steuergeschenke der Großen Koalition –.

(C)

(Zuruf von der FDP)

Schwarz-Gelb, Entschuldigung, so ist es!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Große Koalition war nur 100!)

Ja, sie hat auch Steuergeschenke gemacht. Das ist deutlich über eine Milliarde, und dieser Betrag, das ist in der Tat richtig, den werden wir, dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkte, den wird Bremen nicht einsparen können. Um diesen Betrag wird es aber auch nicht gehen.

Man kann, glaube ich, Folgendes nicht machen: Auf der einen Seite, auf der Bundesebene sagt Frau Merkel, dass in die Krise auf keinen Fall hineingepart werden darf, und dann werden solche Reden gehalten, als sollte man hier jetzt sofort und heute ein Blutbad – wurde hier gestern gesagt – veranstalten. Das machen wir nicht! Den Betrag werden wir erst am Ende der Verhandlungen kennen, und diese gestaltet der Senat, indem er zum Beispiel versucht herauszufinden, welche Bedeutung der Gedanke hat, den auch Herr Rupp hier eingebracht hat, nämlich welche Möglichkeiten es gibt, eine spezifische Betrachtung der Sozialleistung anzustellen. Sie sehen, dass auf Städtetageebene sehr viel in Bewegung gekommen ist. Darüber müssen und werden wir mit dem Bund sprechen, und wir werden als Gedanken im Hinterkopf haben und einbringen, dass wir bei den Primärausgaben mit fünf Prozentpunkten deutlich unter denen der anderen Stadtstaaten liegen. Wir werden nicht einfach nur jeden Betrag, den der Bund diktiert, akzeptieren, sondern wir werden darum kämpfen, dass ein Weg auf Bundesebene verabredet und verhandelt wird, der für uns realisierbar ist. Den kennen wir noch nicht, aber wir sind an der Arbeit.

(D)

Wenn wir dann den Betrag kennen, gibt es doch eine einmalige Chance, nämlich die Chance, das zu tun, was alle sagen, nämlich ein Spargeschäft, Einsparungen, Strukturveränderungen im Haushalt über mehrere Jahre hinweg anzulegen. Unsere Krux ist doch – das hat auch, ich sage einmal, die Köpfe verdorben –, dass man von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr hier und da noch einmal etwas herausgedreht hat und irgendwo noch einmal die Schraube an derselben Stelle angezogen hat. Dann kam es eben zu Vermögensveräußerungen, weil man damit schnell Geld einbringen kann, ohne dass man sich über die Folgen wirklich ausreichend Gedanken gemacht hat, und dann kam es zum Schließen von Einrichtungen

(A) zulasten von Menschen, die hier die Unterstützung des Staates besonders brauchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Art von Spargeschäft ist erstens nicht mehr Erfolg versprechend, weil man es hier über 20, 30 Jahre hinweg gemacht hat, und es ist am Ende, es ist ausgereizt. Auch wenn Sie es sich noch so sehr wünschen, dass es weiter so gehen soll, es ist nicht so, also geht nur ein anderer Weg. Ein anderer Weg heißt, wir gehen Wege und legen sie für zehn Jahre an. Dann können Sie hier auch mit den Füßen auftreten, Herr Röwekamp, das wird man hier nicht innerhalb von drei Tagen oder auch nicht drei Monaten zusammenbekommen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. S t r o h m a n n [CDU]:
Sie fangen ja gar nicht an!)

Anfangen, was wollen Sie denn anfangen? Da wollen Sie wieder mit dem anfangen, was in den letzten 20 Jahren immer im Gespräch war.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Nein! Genau das, was Sie gerade sagen!)

(B) Okay, anfangen heißt, ich suche mir einzelne Sachen heraus, und das wird dann gemacht.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Nein!)

Hören Sie doch einfach einmal zu, Herr Strohmann!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das fällt so schwer!)

Das werden wir nicht tun, weil am Ende des Sparwegs und des Vorschlags, den der Senat machen muss, müssen die Öffentlichkeit und das Parlament instand gesetzt werden –

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Instand?)

hören Sie doch einfach einmal zu! –, in den Stand versetzt werden zu beurteilen, ob das, was wir vorlegen, fair und korrekt, akzeptabel und umsetzbar ist. Wir werden diesen Konsens, den wir hier brauchen, nicht herstellen können, wenn wir Einzelmaßnahmen herauspicken, mit großem Getöse als Sparvorschläge in die Öffentlichkeit tragen, ohne zu schauen, ob die Sparpolitik eigentlich eine Architektur hat, die wir der Bevölkerung, aber auch eben dem Bund und den anderen Bundesländern gegenüber vertreten können. Auf gut Deutsch, in einem Satz, legen

wir etwas vor, das praktikabel und gerecht ist, und dafür muss man ein bisschen mehr kennen als einen Anfang.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das vorzulegen braucht Zeit. Sie können hier machen, was Sie wollen, wir werden uns diese Zeit nehmen. In welche Lage man gerät, wenn man es gar nicht mehr aushalten kann, damit endlich wieder großer Qualm in der Öffentlichkeit ist über das, was gespart oder angeblich gespart werden soll, das können Sie doch als Reaktion auf Ihre Vorschläge sehen. Sie haben doch noch nicht einmal in Ihren eigenen Reihen Mehrheiten dafür. Wie soll das denn gehen?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Strukturreform ist hier als Stichwort gefallen, das ist richtig, wobei das, was dann genannt wurde, eigentlich eher Kürzungen im herkömmlichen Sinne sind. Strukturreform bedeutet, dass wir uns Aufwand und Qualität genauer ansehen, und zwar auf allen Ebenen. Wenn wir feststellen, dass wir in Bremen – und da sind wir auch nicht schlechter als alle anderen Gebietskörperschaften in Deutschland – 30 Prozent unserer Personalkapazitäten für die innere Verwaltung aufwenden, dann sieht man, dass man da noch besser werden kann. Da wird niemand gekündigt, aber ein Abbau von Personal im öffentlichen Dienst ist unausweichlich, Herr Rupp, und es ist auch nichts Schlechtes, wenn wir mit den Ressourcen, die uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen, sparsam umgehen.

Da wird es selbstverständlich zu einem weiteren Abbau von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommen. Aber können wir es so gestalten, dass die Arbeit noch gut gemacht werden kann? Das ist die Herausforderung, und wenn man sagt, 30 Prozent der Personalkapazitäten brauchen wir für die innere Verwaltung, dann ist sicher, dass es da besser werden kann. Über die 115, Herr Röwekamp, haben Sie ja schon öffentlich Hohn und Spott ausgegossen. Aber zum Beispiel auch bei der Wetttiteldebatte gestern: Ist Ihnen da eigentlich gar nicht klar gewesen, dass es auch darum ging – nicht nur, aber auch – Verwaltungsaufwand einzusparen, und zwar massiv? Das interessiert dann offensichtlich hier einfach gar nicht, wenn es darum geht, den Sportvereinen zu gefallen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Solche Vorschläge, das ist jedenfalls sicher, müssen von der Exekutive kommen, sozusagen von ihrem Wesen her.

(C)

(D)

(A) Wir müssen bei den Angeboten des Staates vor Ort besser kooperieren, das hat auch etwas mit Strukturveränderungen zu tun. Wir halten sehr viele Räumlichkeiten in den Stadtteilen bereit, Dienstleistungszentren, Schulen, Kindertagesstätten, Bibliotheken, Ortsämter, und wir werden uns auf einen Weg machen müssen, das stadtteilbezogen gebündelt zu betrachten und zu schauen, ob da nicht vielleicht Verwaltungshandeln überflüssig ist beziehungsweise wie wir wenigstens dafür sorgen können, dass die vorhandenen Räume besser genutzt werden. Auch das ist wirtschaftlich. Schauen Sie sich einmal das Interview von Herrn Kaulvers an, das heute im „Weser-Kurier“ erschienen ist, einem Mann, der sich zu den Mühen der Ebene bekennt, das hat mir gefallen! Er macht jedenfalls nichts, weil es so schrill ist. Übrigens, für Verwaltungshandeln und Reform von Verwaltungshandeln braucht man Staatsräte und noch für vieles mehr.

Wir werden auch die sozialen Hilfen stadtteilvernetzt umbauen. Es existiert zu viel nebeneinander, zu wenig gebündelt, zu wenig übersichtlich, auch das ist ein ganz weiter Weg, der sehr viel mit Kooperation unterschiedlicher Institutionen und Ressorts zu tun hat. Strukturreform heißt auch Kooperation in der Metropolregion. Schauen Sie sich an, was zum Beispiel mit den Berufsschulangeboten ist, auch da ist noch vieles möglich, wo man besser werden zu können!

(B) Zur Gewoba! Natürlich ist es möglich, gestern etwas richtig zu finden und heute falsch oder umgekehrt. In der Öffentlichkeit aber einen falschen Eindruck zu erwecken von einem von Ihnen im Aufsichtsrat mit beschlossenen Konzept der Gewoba, nämlich zu versuchen, zugunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gute Geschäfte bei der Gewoba zu machen,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, zugunsten des Unternehmens!)

damit ordentlich an den Haushalt abgeführt werden kann, das halte ich für unredlich. Es wurde suggeriert, dass dort auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gute Geschäfte gemacht werden. Das Gegenteil ist der Fall!

Wenn man hier schon sagt, ja, ich habe mich geirrt, heute sehe ich das anders, dann würde ich einmal sagen: Dazu gehört auch eine innere Haltung bei der Bearbeitung von Problemen, die widerspiegelt, dass man selbst auch nur ein Mensch ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir bieten Ihnen bei allen den Punkten, die Ihnen wichtig sind, die Sie ansprechen wollen in den Deputationen und Ausschüssen, begleitenden Sachverständigen, aus Bordmitteln oder, wenn es nötig ist, auch

von außen. Wir bieten Benchmark-Berichte, die Anhaltspunkte für alle fachlichen Auseinandersetzungen bieten, wo man sehen kann, dass Bremen aus welchen Gründen auch immer vielleicht eine Spitzenstellung bei den Ausgaben hat, und wir werden auch Vorschläge machen, wie man über Beachtung von best practice hier weitere Vorschläge für die Zukunft Bremens gewinnen kann.

Herr Rupp, Phrasendreschmaschine, so etwas würde ich nie sagen, aber Ihre erste Rede war wirklich so wie immer. Man kann es auch auf drei Worte kulminieren: Es geht nicht, es geht nicht, es geht nicht! Das ist der bequemste Weg, denn wenn man das sagt, dann muss man sich einfach nicht anstrengen. Ob Bremen nun vorher hätte Nein sagen können, wie Sie es immer gern behaupten, das bestreite ich. Eine Lage in Deutschland, die letztendlich dazu geführt hätte, dass wir auf 300 Millionen Euro im Jahr verzichten, halte ich für völlig illusorisch. Wer hier so eine Politik macht, verspielt die Chancen unseres Bundeslandes, und Sie unterschlagen, dass bei all Ihrem politischen Agieren letztendlich ein Druck auf die Währung gemacht wird, der letztendlich dazu führen wird, dass wir über steigende Inflation versuchen, auf die Staatsverschuldung zu reagieren. Opfer werden Arme sein, das ist ganz sicher.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D) Warum ist es hier so wütend, warum ist es so aufgeladen? Ich habe gedacht, da geht es um ein Weltbild. Da soll ein Weltbild gerettet werden, es muss krachen, es muss qualmen, und wenn ihr das nicht macht, dann sind wir ganz böse. Ich möchte auch ein Weltbild retten, nämlich dass wir mit Klugheit, Diskursfähigkeit und Nachhaltigkeit weiterkommen und nicht diese alte Politikform, die sich als überlebt erwiesen hat, weitermachen. Ein Angebot der Zusammenarbeit – das habe ich hier heute gelernt – kann nicht damit aufgekündigt werden, wenn man sowieso schon immer nur mit der Haltung „wenn ihr nicht macht, was ich will, dann mache ich nicht mehr mit“ dort herangeht. Das ist nämlich das Gegenteil von einem Angebot der Zusammenarbeit: „Wenn ihr nicht macht, was ich will, dann mache ich nicht mehr mit.“ Das ist hier heute dabei herausgekommen. – Schade!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um nicht alle Türen zuzuschlagen, und da wir als FDP-Fraktion ja nun relativ neu dabei sind und uns auch nicht unbedingt an dem Spiel Große Koalition contra Rot-Grün beteiligen müssen, schla-

(A) ge ich vor, ob wir nicht die Möglichkeit sehen, den Vorschlag über die Enquetekommission an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss der Bremischen Bürgerschaft zu überweisen, um ihn dort weiter zu diskutieren oder zu überlegen, wie wir die von uns allen als notwendig erachtete Zusammenarbeit im Sinne unseres Bundeslandes gestalten können. Das ist der Vorschlag der FDP-Fraktion. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür eine breite Unterstützung im Parlament bekommen würden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Von der FDP-Fraktion ist die Überweisung des Antrags mit der Drucksachen-Nummer 17/969 sowie des Änderungsantrags mit der Drucksachen-Nummer 17/977 an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP und Abg. T i m k e [BIW])

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. M ö h l e [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur Abstimmung in der Sache.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 17/977, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/977 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. M ö h l e [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

(C) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag selbst abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/969 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. M ö h l e [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Damit ist der Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“, als erledigt anzusehen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch eine halbe Stunde bis zur Mittagspause. Es war gerade interfraktionell vereinbart worden, die Punkte 6 und 7 noch vor der Mittagspause abzuarbeiten. Ich stelle fest, das schaffen wir nicht mehr. Wenn Sie damit einverstanden sind, rufe ich den Tagesordnungspunkt 6 auf. Den werden wir aber nicht bis zur Mittagspause abarbeiten können, sodass wir ihn unterbrechen und dann nach der Mittagspause wieder aufrufen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. August 2009
(Drucksache 17/872)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. September 2009

(Drucksache 17/926)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich stelle fest, Frau Senatorin Rosenkötter, dass Sie darauf verzichten möchten, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

(D)

(A) Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema „Ausbau der der Betreuung der unter Dreijährigen“ mit unserer Großen Anfrage erneut auf die Tagesordnung gesetzt, weil das Tempo, das die rot-grüne Koalition vorlegt, trotz diverser Bundeszuschüsse völlig unzureichend ist. Die gebetsmühlenartig wiederholte falsche Aussage der Sozialsenatorin, erst mit Rot-Grün sei der Ausbau endlich in Fahrt gekommen, möchte ich ein für alle Mal klarstellen. Bis 2013 muss für 35 Prozent aller unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot vorgehalten werden. Die Plätze müssen also pro Jahr exponentiell, also mehr als im Vorjahr, steigen.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Die Große Koalition hat in den ersten beiden Ausbaustufen allein in der Stadt Bremen für 4,5 Millionen Euro 455 Plätze geschaffen. Rot-Grün hat nach dem Regierungswechsel die schon feststehende dritte Ausbaustufe, die die Große Koalition noch vorgesehen und auch hinterlegt hatte, erst um ein Jahr verschoben und dann nur mit mehreren Rechnungstricks 117 neue echte Plätze für 700 000 Euro geschaffen.

(B) Der erste Rechenrick: In der ersten Version, die auch die Verwaltung erreichte, waren sogar nur 78 Plätze mit einer 40-stündigen Betreuung geplant. Erst nach diversen Protesten wurden diese dann in 117 Plätze, allerdings nur noch mit einem 30-stündigen Betreuungsumfang umgewandelt.

Der zweite Rechenrick: Die rechtswidrige Einberechnung der sozialpädagogischen Spielkreise, die nur einen Betreuungsumfang von zehn bis zwölf Stunden haben, um überhaupt die Zielquote von 35 Prozent zu erreichen! Das Tagesbetreuungsbaugesetz, damals von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen, und das Kinderförderungsgesetz stellen fest, dass nur ein mindestens 20-stündiges Betreuungsangebot auch in die 35-Prozent-Quote eingerechnet werden darf. Bremerhaven macht das aus diesen Gründen auch explizit nicht, andere Angebote, die eine unter 20-stündige Betreuung beinhalten, mit einzubeziehen.

Der dritte Rechenrick: Das Tagesbetreuungsbaugesetz und das Kinderförderungsgesetz – beide Bestandteil des SGB VIII – schreiben jährliche Bedarfserhebungen vor. Das schreibt und bestätigt selbst die Sozialsenatorin, zuletzt in der Sozialdeputationsvorlage vom 16. April 2009. Trotzdem verstößt sie dagegen. Warum?

Prof. Blandow hat 2007 für das Land Bremen den Bedarf mit 44 Prozent festgestellt. Jetzt wird unter

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

den fadenscheinigsten Gründen eine weitere Bedarfserhebung verweigert und soll erst nachgelagert ab 2013 wieder aufgenommen werden. Durch die Bedarfserhebung auch stadtteilweise könnten die tatsächlichen Bedürfnisse pro Stadtteil besser festgestellt werden, zum Beispiel in der Neustadt, wo sehr viele Alleinerziehende leben, dort ist der Bedarf sicherlich höher als in anderen Stadtteilen. Der Koalitionsvertrag sieht allerdings vor, besonders benachteiligte Gebiete zu bevorzugen. Das hätte gegebenenfalls an der einen oder anderen Stelle zur Konsequenz, dass man etwas verändern müsste, deswegen möchte man vielleicht die Bedarfe gar nicht feststellen.

Das führt übrigens dazu, dass Eltern, die auf Betreuung der unter Dreijährigen angewiesen sind, weite Wege in Kauf nehmen müssen, um tatsächlich einen Platz zu erhalten. So wurden Eltern im Viertel, die keine wohnortnahe Betreuung finden konnten, Plätze der Betreuung der unter Dreijährigen in Osterholztenever angeboten. Das, meine Damen und Herren, kann es nicht sein! Wir haben im Bereich der Kindergärten und auch der Grundschule den Grundsatz der wohnortnahen Versorgung. Im Bereich der unter Dreijährigen muss dies meiner Meinung nach mit einem etwas größeren Radius, aber auch dennoch gelten.

Der vierte Rechenrick ist uns in der Deputationsvorlage am 17. September 2009 vorgelegt worden, wo man feststellt, dass wir mit Stand vom 1. Januar 2009 insgesamt 1 938 Plätze haben, wobei ich jetzt die sozialpädagogischen Spielkreise, die ich persönlich nicht in die Quote einbeziehen würde, einmal mit einbezogen habe, um überhaupt auf die absoluten Zahlen zu kommen. Bei 13 362 Kindern unter drei Jahren, die wir zurzeit haben, und einer 35-prozentigen Betreuungsquote, die erreicht werden muss, müssen wir insgesamt auf knapp 4 600 Plätze kommen, es fehlen also 2 600 Plätze. Diese 2 600 Plätze sollen in Höhe von ungefähr 800 Plätzen in den Jahren 2009 bis 2011 geschaffen werden.

Im Jahr 2012 kommt dann der nächste Rechenrick, man sagt, dass man 850 Plätze schaffen wird, indem man für die vierten Quartalskinder – das sind Kinder, die erst im vierten Quartal ihr drittes Lebensjahr vollenden – die Kindergartenaufnahme auf den 1. August vorzieht, was bisher nicht der Fall ist. Das sind fünf Monate und sorgt dafür, dass die zweieinhalb bis fast drei Jahre alten Kinder versorgt werden.

Den Rechtsanspruch, der ab 1. August 2013 ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gilt, erfüllt man damit aber nicht. Vom Verband der Kindergruppen ist auch ganz klar gesagt worden, dass gerade die Krabbelgruppen und auch die Kleinkindgruppen Kinder im Alter zwischen einem Jahr und anderthalb Jahren aufnehmen, weil sie diese nach 45 Monaten abgeben müssen, so sieht es das Gesetz vor. Damit für die Kinder noch eine Eingewöhnung und eine vernünftige Zeitspanne gesetzt werden kann, wird an dieser Stelle kein älteres Kind aufgenommen. Das heißt,

(C)

(D)

(A) wir werden gerade im Bereich der Zwei- bis Zweieinhalbjährigen eine Betreuungslücke bekommen, und da muss man sich aus unserer Sicht doch noch andere Gedanken machen. Herr Frehe hat dort schon Entgegenkommen signalisiert und im letzten Jugendhilfeausschuss gesagt, das ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss, auch Sie wünschen sich da Verbesserungen. Ich kann nur wünschen, dass sich da die Grünen weiterhin durchsetzen und dass wir doch noch zu einer etwas anders gearteten Aufstellung kommen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Und schon sind wir wieder in der Realität angekommen!

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Soweit zu den Sparvorschlägen!)

Ganz genau, so ist es! Ich möchte das jetzt gar nicht weiter kommentieren.

Nach unserer Auffassung sind wir auf einem guten Weg, und das trotz vieler Kritik von außen und allen Unkenrufen zum Trotz.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist jetzt absehbar, dass die Anforderungen an den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren gut zu erfüllen sind. Unsere erreichten Ziele bis jetzt sind: Erstens, wir schaffen Angebote dort, wo es bisher wenige Angebote gab. Das werden wir weiterhin tun, besonders in den Stadtteilen, die besondere Hilfe und Unterstützung brauchen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Insgesamt sind das zwei Drittel der neuen Angebote.

Zweitens, wir werden gesamtstädtisch eine Versorgungsquote von 25,5 Prozent erreichen und fast überall mindestens 20 Prozent bis 2011. Drittens, von dem Ausbau profitieren alle, von den Elternvereinen bis zu den städtischen Kitas. Viertens, es werden bis zum Ende des Jahres 2011 600 neue Plätze geschaffen, das sind 70 neue Gruppen, die eingerichtet werden. Es werden bis zur Zielerreichung weitere 1 144 neue Plätze in Einrichtungen und circa 130 Plätze in der Tagespflege zu realisieren sein. Die Ausbauplanung 2012/2013 wird bis zum vierten Quartal 2010 vorge-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

legt. Für den Ausbau 2010 gibt es einen Investitionsbedarf von circa 3,6 Millionen Euro, und für 2011 sind es 3,4 Millionen Euro. Durch die Mittel aus dem Konjunkturprogramm und die Mittel des Bundes ist die Finanzierung ausreichend.

(C)

Bei der Umsetzung liegt der Fokus darauf, vorhandene Strukturen zu nutzen durch zum Beispiel nicht mehr benötigte Horträume, durch ein neues Ganztagschulangebot. Es werden Standorte genutzt, die mit einfachen An- oder Umbauten genutzt werden können. Im gesamten Ausbauprozess müssen wir auch flexibel und schnell auf mögliche Bedarfe bei einfacher Umsetzung reagieren können.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass uns allen der Ausbau der Plätze für die Kleinsten sehr am Herzen liegt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es geht natürlich dabei um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, damit Frauen dazu in die Lage versetzt werden können, eine eigene berufliche Biografie aufzubauen. Es geht aber auch um Teilhabe und eine möglichst frühe Förderung von Kindern, um soziale Nachteile auszugleichen und für den Schuleintritt gewappnet zu sein mit den erforderlichen Sprachkenntnissen zur Teilhabe an Bildung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Studien zeigen, dass Kinder von einem frühen Besuch guter Kindertageseinrichtungen für ihre Bildungsbiografie profitieren. Alle Kinder brauchen von Anfang an eine bessere Integration, einen besseren Spracherwerb und eine bessere Bildung, die unabhängig ist vom Geldbeutel der Eltern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber nun, das kann ich leider nicht unerwähnt lassen, kommt die schwarz-gelbe Koalition mit der Einführung eines Betreuungsgelds, auch Herdprämie genannt. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Damit konterkarieren Sie all unsere Bemühungen, die doch einer tiefen Erkenntnis entstammen. Durch das Betreuungsgeld werden vor allem Kinder aus benachteiligten Familien schlechtere Bildungschancen erhalten, das können Sie nicht ernsthaft wollen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) Hier werden fatale Fehlanreize gesetzt. Anstatt den Ausbau der Kinderbetreuung schneller voranzutreiben und den Kommunen zu helfen, fallen Sie ins überholte Gestern zurück mit einer Rückwärtsrolle in der Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zurück in die Zukunft, kann man da nur sagen! Die Herdprämie setzt völlig falsche Anreize für Frauen. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, nach den Erziehungszeiten wieder in das Erwerbsleben einzu- steigen. Weniger Rente und Altersarmut werden so vorprogrammiert. Diese Milliarden sollen wirklich sinnvoller in die frühkindliche Bildung investiert werden. Ich appelliere ernsthaft an Sie von der CDU und der FDP: Setzen Sie sich in Ihren Parteien auf Bundesebene dafür ein, dass diese Herdprämie niemals Realität wird! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Öztürk.

(B) Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Frau Garling hat inhaltlich, was den Ausbau betrifft, ziemlich viel gesagt. Ich möchte es nicht wiederholen, ich möchte mich an der Stelle bedanken. Ich möchte drei inhaltliche Zielsetzungen dieser rot-grünen Koalition in dem Bereich noch einmal kurz festhalten, es sind nur drei zentrale Punkte: Erstens, der Ausbau soll das Angebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, das war ein Konsens. Zweitens, die frühe Förderung der Kinder soll ihre Entwicklungsmöglichkeiten verbessern, damit auch jedes Kind gefördert wird. Gerade Kinder, die in sozial benachteiligten Familienverhältnissen aufwachsen, müssen davon ganz besonders profitieren. Drittens, der Ausbau der Betreuungsangebote ist letztlich auch eine verbesserte Unterstützung von Familien mit einem präventiven Charakter der Erziehungshilfen.

Die schwarz-gelbe Koalition im Bund hat mit all diesen drei zentralen Zielsetzungen, die wir uns hier im Land gestellt haben, massiv gebrochen. Ich bin mehr als enttäuscht, ich bin so dermaßen wütend. Wir versuchen, hier im Land Kita-Plätze auszubauen.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Sie hört gerade nicht zu! Es interessiert sie nicht so sehr!)

Frau Ahrens, hören Sie lieber zu! Wir versuchen, Kita-Plätze auszubauen, und Sie wissen ganz genau wie wir auch, wie schwierig das ist. Kita-Plätze werden am Bedarf orientiert ausgebaut. Man schaut sich die Geburtsjahrgänge an, man muss nachrechnen, und

wenn wir ab 2013 den gesetzlich zugesicherten Rechtsanspruch für einjährige Kinder haben, heißt das, wir müssen für jedes Kind einen Platz anbieten. Dieser Bedarf muss gedeckt werden, das ist für uns als Grüne immer ganz wichtig. Was Schwarz-Gelb macht, ist die Ausbaubremsen, völlig klar, Sie schenken den Eltern 150 Euro, damit sie ihre Kinder nicht in die Kitas schicken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Kein Satz ist da vorhin gefallen, nichts anderes!

Jetzt schauen wir uns noch einmal Bremen mit Ihren tollen Sozialdaten an, von denen Sie auch immer erzählen, wie das in einigen Stadtteilen hier aussieht, wo Menschen in Hartz-IV-Familien leben, Frau Ahrens, Sprachbarrieren haben, nicht gewillt sind, deutsch zu lernen, die Kinder so oder so nicht in die Kitas schicken! Diesen Eltern sagen Sie – toller Anreiz –, kommt her, holt euch die 150 Euro Betreuungsgeld ab, dafür braucht ihr eure Kinder nicht in die Kitas zu schicken! Ist das der Ansatz, mit dem wir hier im Land regieren sollen? Ist das der Ansatz, Frau Ahrens, wie wir hier Betreuungsplätze bedarfsgerecht ausbauen wollen mit dem Rechtsanspruch ab 2013 für alle einjährigen Kinder, damit die Eltern und vor allem die Kinder davon profitieren können? Nein, davon haben Sie sich verabschiedet. Sie jetzt hier hinzustellen und Zahlen zu nennen, auf die es in der Großen Anfrage Antworten gibt – –.

(Zuruf der Abg. Frau **A h r e n s** [CDU])

Frau Ahrens, ich gebe Ihnen jetzt einen Ratschlag: Die Antworten des Senats auf die Anfrage, die Sie gestellt haben, sind jetzt in dem Moment passé und nichtig. Normalerweise sollten Sie diese Anfrage noch einmal stellen, nachdem der Bund angefangen hat, diese 150 Euro zu verteilen. Dann wird der Senat nämlich antworten, wir müssen 500 Plätze pro Jahr weniger ausbauen, weil weniger Eltern ihre Kinder anmelden, weil Sie die 150 Euro kassieren. Wollen Sie das?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD – Abg. Frau **B u s c h** [SPD]:
Ja, genau! – Zuruf der Abg. Frau **A h r e n s**
[CDU])

Über den Bedarf sprechen Sie den ganzen Tag, aber den Eltern sagen Sie: Nehmen Sie die 150 Euro, dafür brauchen Sie die Kinder nicht in die Kindertagesstätte zu schicken! Was machen wir dann später, wenn die Kinder mit einem Jahr nicht in die Kindertagesstätte kommen und nicht gefördert werden? Wissen Sie, was das ist?

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Es gibt auch Eltern, die können das!)

(C)

(D)

(A) Ja, einige Eltern können das, aber die Mehrheit kann das nicht, Herr Strohmann, so sieht die Realität aus! Wir reißen uns hier auf gut Deutsch – entschuldigen Sie den Ausdruck! – den Hintern auf, auch die letzten Eltern in den Stadtteilen zu erreichen, damit sie ihre Kinder in die Kindertagesstätte schicken. Kinder lernen voneinander, sie müssen gemeinsam gefördert werden, in einer Einrichtung fernab der Familie mit einem kostenlosen Mittagessen. Dafür stellt dieser Senat Geld bereit, das wir uns mühsam aus jeder Ecke zusammenkratzen, und wird immer angeprangert, weil Ihrer Meinung nach nicht genug angebaut wird, und jetzt erwähnen Sie nicht einmal dieses Betreuungsgeld, was per se ein Verbrechen an den Kindern ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU])

Damit nehmen Sie den Kindern die Chance, gleichberechtigt, Frau Motschmann, mit anderen Kindern ab einem Jahr zusammen in einer Einrichtung lernend, spielend aufzuwachsen. Sie nehmen den Eltern die Möglichkeit. Frau Ahrens, Sie sprechen ja immer von den Tagesmüttern. Ist das vielleicht die billige Version, um Kindertagesstättenplätze einzusparen? Das habe ich mich auch schon gefragt.

(B) (Zuruf des Abg. D r . B u h l e r t [FDP])

Wenn man den Eltern 150 Euro im Monat gibt, Herr Dr. Buhlert, stellen Sie sich auf den Marktplatz, halten Sie die Scheine hoch, die Leute werden sich anstellen und Ihnen das Geld aus der Hand reißen, erstens.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau A h r e n s [CDU])

Ein Kindertagesstättenplatz im U3-Bereich, Frau Ahrens, kostet mindestens ab 800 Euro pro Monat aufwärts, bis zu 1 500 Euro, da schwankt es in den Bundesländern. Sind diese 150 Euro Betreuungsgeld vielleicht ein Sparvorschlag seitens der CDU, um uns hier im Land entgegenzukommen und zu sagen, baut weniger aus, hier kann man noch sparen, gebt den Eltern das Geld? Gestern haben Sie von Brotkrümeln gesprochen, 70 000 Euro für die Kindertagesstätten. Was sind bitte 150 Euro oder die 20 Euro, die noch beim Kindergeld hinzukommen oder der Kinderfreibetrag, von dem ohnehin nur die Gutverdienenden profitieren werden? Ich finde es schade, dass man hier diese Chance verpasst, hier aber nicht, Frau Ahrens –

(Glocke)

ich komme schon zum Schluss in der ersten Runde! – das mit einem Wort bedauert, kritisiert, infrage stellt,

weil es alle Anstrengungen, die wir hier unternehmen, völlig in den Schatten stellt und uns ungläubig macht, vor allem Sie ungläubig macht! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Cakici.

Abg. Frau **Cakici** (DIE LINKE *): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, es ist ziemlich schizophren, heute hier vorn zu diesem Thema zu stehen, wenn man einmal betrachtet, was Herr Öztürk gerade zur Herdprämie gesagt hat. Ich weiß nicht, ob das Thema Sie wirklich interessiert, ich habe bei der CDU nicht so den Eindruck.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Ja!)

Nein, das Niveau, auf dem wir hier seit Tagen über Ihre Themenfelder diskutieren, gefällt mir persönlich gar nicht! Ich würde mich einfach gern an den Fakten orientieren. Es ist folgendermaßen: 2,8 Millionen Euro sind bisher vom Bund abgerufen worden, das heißt, das ist eine halbe Million weniger, als eigentlich erwartet und vorgesehen ist. Die Mittel sind ursprünglich für 2009 geplant. Es ist zwar möglich, sie erst im Jahr 2010 abzurufen, wenn man mit dem Tempo aber so weitermacht – da muss ich natürlich auch deutlich Kritik üben –, wird es 2013 sicherlich schwierig.

Ich muss aber auch sagen, dass wir es sicherlich noch weiter im Jugendhilfeausschuss und in der Sozialdeputation verfolgen werden. Uns werden auch regelmäßig Berichte darüber gegeben, und ich finde auch, dass wir dort noch einmal schauen können, wie wir das Ganze vorantreiben können. Das ist sehr wichtig an dieser Stelle.

Ich muss auch sagen, diese Aufschiebementalität gefällt unserer Fraktion auch nicht wirklich besonders gut. Da müssten wir sicherlich auch noch einmal zu gewissen Lösungen kommen und können uns bestimmt darüber noch unterhalten, aber dann eben in den entsprechenden Fachgremien, Frau Ahrens. Sie haben auch die Möglichkeit, in diesen Fachgremien mitzusprechen, aber Sie nutzen immer einfach die anderen Wege über die Medien, das ist das Einzige.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde gern noch einmal etwas zu dieser Schönrederei der Statistik sagen! Es ist so, dass Anfang des

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Monats Frau Senatorin Rosenkötter die Zahlen der Ausbauplanung nach unten korrigiert hat. Sie hatte angekündigt, in den kommenden zwei Jahren 600 neue Betreuungsplätze zu schaffen. In der Ausbauplanung gestaltet sich das Ganze ein bisschen schwierig, und außerdem ist es auch so, dass diese zehn Prozent sozialpädagogischen Spielkreise da auch mit einberechnet werden. Das ist ein rechnerischer Trick, Frau Garling nickt auch. Das ist ein bisschen schade, denn sie umfassen eine wöchentliche Betreuungszeit von elf und zwölf Stunden, zudem gibt es noch Selbsthilfespielkreise, die eine sechsstündige wöchentliche Betreuungszeit haben.

(Zuruf der Abg. Frau A h r e n s [CDU])

Beide Formen dürfen nur als Ergänzung gehandhabt werden zu Betreuungsangeboten, die mindestens fünf Stunden am Tag umfassen, denn sie leisten keinen großen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ich betone großen Beitrag.

Ich möchte auch noch einmal sagen, Tempo ist an dieser Stelle sicherlich gefragt. Ich bin leider in der zweiten Runde nicht anwesend, Frau Ahrens, ich bitte, dies zu entschuldigen. Ich verpasse zurzeit ein Seminar an der Universität, wo es um Stressbewältigungsstrategien geht.

(Heiterkeit)

(B) Ich muss sagen, wenn ich Ihren Reden zuhöre und sie die letzten Tage verfolge, muss ich wirklich dringend dorthin, ich bitte Sie, das zu entschuldigen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, Sie nehmen es mir nicht übel, dass wir dieses Thema noch einmal in der Sozialdeputation und im Jugendhilfeausschuss besprechen werden. Ansonsten ist meine Kollegin und Vertreterin Frau Nitz da, die sich dann auch noch einmal äußern kann. Ich wünsche Ihnen allen dann später eine stressfreie Zeit mit Frau Ahrens. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir wieder zum Thema zurückgefunden haben, denn phasenweise habe ich mir gedacht: Worüber sprechen wir hier eigentlich? Sprechen wir über den Ausbau in Bremen, oder sprechen wir weiter über die Debatte vom gestrigen Morgen? Ich fühlte mich sehr bei der Aktuellen Stunde.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Aber das gehört doch zusammen! – Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Das hat doch Auswirkungen!)

Jetzt hören Sie doch einmal zu! Wenn Sie den nächsten Satz abwarten würden, würden Sie Ihre Zwischenrufe vielleicht sogar lassen!

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, dass diese Aussagen zum Betreuungsgeld nicht im Programm der FDP standen, und Sie wissen auch, wenn Sie mich kennen, dass es nicht meine tiefste Überzeugung ist.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Dann müssen Sie Herrn Westerwelle überzeugen!)

Dann muss man in der Tat doch überlegen, wie man damit umgeht und wie man in Bremen darauf reagiert! Wenn man dann eine Antwort dazu möchte, muss man sich doch überlegen: Wenn ich diese Befürchtung habe, die ich auch habe und die die Koalition hier deutlich gemacht hat, dann muss ich doch alles dafür tun, so schnell wie möglich auszubauen, damit das Betreuungsgeld nicht in Anspruch genommen wird, sondern jeder überzeugt wird, dass es ein gutes Angebot ist, und dort muss man dann entsprechend hingehen.

(Abg. Ö z t ü r k [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, Herr Kollege Öztürk, auf Sie komme ich jetzt auch noch einmal zu sprechen, und zwar wegen der Frage, die wir hier an der einen oder anderen Stelle diskutieren müssen, nämlich: Welches Gesellschaftsbild haben wir hier? Ich will das Betreuungsgeld nicht verteidigen, aber mir gibt es schon zu denken, wenn gesagt wird, die Mehrheit der Eltern kann es nicht. Ich hoffe, dass es noch nicht so weit ist. Ich hoffe, dass die Erziehungskompetenz der Eltern weiter gesteigert werden kann, dass ihr Verantwortungsbewusstsein weiter gesteigert werden kann.

(Zurufe von der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt viele Eltern, die es können, und das muss auch anerkannt werden. Auch wenn ich kein Freund davon bin, ihnen ein Betreuungsgeld zu zahlen, ist es eine Entscheidung, die Eltern freiwillig treffen, wie sie ihre Kinder erziehen wollen, und es ist nicht so, wie es in den Papieren der hiesigen Koalition manchmal heißt, dass die Kinder aus der Anonymität der Familie herausgeholt werden müssen. Es gibt für Kinder nichts Besseres als intakte Familien. Da müssen sie nicht den ganzen Tag sein,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das ist ja die Frage!)

(C)

(D)

(A) sondern es ist gut, wenn sie in anderen Bereichen dann auch gefördert und unterstützt werden.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Welche Familien nehmen denn das Geld? Die intakten nicht!)

Deswegen werben wir doch auch so dafür, dass der Ausbau schneller vorangeht.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin Frau Cakici dankbar, dass sie sich dafür eingesetzt hat und das Thema wieder darauf zurückkommt, denn eines ist doch klar: Es gibt den gesetzlichen Anspruch, es gibt die Zahl – die ist da im Bundesgesetz gegriffen – von 35 Prozent, und es gibt in Bremen Bedarfsanalysen, die von 44 Prozent sprechen. Wenn wir wissen, wo wir heute sind, wissen wir, dass die Ausbaugeschwindigkeit zu gering ist. Frau Garling, Herr Öztürk, ich gebe zu, die Koalition geht in die richtige Richtung, sie baut aus, aber sie baut leider nicht genug aus, und ich wünsche mir einfach, dass es schneller und stärker ginge und wir auch die Erzieher dafür hätten. Dann bin ich auch gern bereit, dafür zu streiten, dass dafür entsprechend die Prioritäten im Haushalt gesetzt werden, denn bei allen Sparnotwendigkeiten, die wir heute Morgen diskutiert haben, wäre das auch ein Versündigen an der Zukunft, wenn wir da nicht die Startchancen für Kinder und Jugendliche geben.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Unsere gemeinsame Aufgabe!)

Das ist in der Tat unsere gemeinsame Aufgabe!

Deswegen sehe ich es aber auch als Aufgabe der Opposition an, zu drängeln und auch Sie damit zu unterstützen, dass wir sagen, es ist nicht genug, es muss schneller gehen. Das erleichtert auch den Koalitionspolitikern vielleicht an der einen oder anderen Stelle die Durchsetzung, denn sie können immer sagen, wir sind unter Druck der Opposition, damit es schneller geht und der Ausbau auch stattfindet und sie sich so auch bei den anderen Fachpolitikern in ihrer Partei und ihrer Fraktion jeweils durchsetzen können.

Insofern, glaube ich, haben wir hier alle unsere Rollen begriffen und sorgen dafür –

(Zuruf des Abg. Ö z t ü r k [Bündnis 90/Die Grünen])

das mögen Sie bewerten! –, dass das Geld dann entsprechend eingesetzt wird, das dankenswerterweise von Bund kommt und das die Koalition auch im Bund weiter zahlen wird.

Es ist doch wichtig, dass hier die Möglichkeit gegeben wird, dass jeder entscheiden kann, was meine persönliche Notwendigkeit ist, was meine Sicht ist, was meine Familie ist, und wie ich meinem Erziehungsauftrag als Elternteil gerecht werden will, und damit dann aus pädagogischen Notwendigkeiten, aus familiären Notwendigkeiten – Arbeit oder alleinerziehend oder was auch immer – entschieden werden kann, dass dieses gute Angebot genutzt werden kann.

(C)

Eines sei noch einmal zu den Spielkreisen gesagt: Ich finde es auch nicht gut, dass sie eingerechnet sind, und finde, dass das falsch ist, aber ich finde es gut – und das darf jetzt nicht ganz unter den Tisch gekehrt werden –, dass wir sie momentan haben, denn hätten wir sie nicht, wäre auch etwas schief. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu, denn da wird, auch wenn es nur zwölf Stunden sind, heute gute Arbeit geleistet. Auch das darf nicht unter den Tisch fallen und sollte nicht unerwähnt bleiben, denn das ist immerhin besser als nichts, auch wenn wir wissen, dass es mehr sein müsste. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Frau **Senatorin Rosenkötter:** Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Die rot-grüne Regierung hat in den letzten beiden Kindergartenjahren einen zweistelligen Millionenbetrag in die Hand genommen und damit einen deutlichen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung der Kleinsten in unserer Gesellschaft und damit auch zur Unterstützung der Familien gelegt. Dabei wurden das kostenlose Mittagessen und die Erweiterung der Betreuungszeiten für Kinder aus Hartz IV und gering verdienenden Familien ermöglicht, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort verbessert und diese Maßnahmen verstetigt, und dies wird auch in den zukünftigen Jahren der Fall sein. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung und mehr Geld für Einrichtungen in sozial benachteiligten Quartieren sind und bleiben Schwerpunkte der rot-grünen Regierung hier in Bremen.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Rechenkünste und auch die Interpretationen, Frau Ahrens, will ich hier gar nicht kommentieren. Ich setze mich aber natürlich mit der Botschaft auseinander, die Sie hier gesandt haben oder eben nicht gesandt haben.

Naturgegeben wissen wir heute nicht, wo welche Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen entstehen werden. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier eine sicherlich vorausschauende, aber nicht auf den letz-

(A) ten Platz festliegende Planung bis zum Jahr 2013 und folgende machen können. Wir haben in den entsprechenden Gremien des Jugendhilfeausschusses und der Sozialdeputation dazu auch ganz wesentliche Eckpunkte vorgelegt, gemeinsam darüber beraten und für die nächsten Jahre abgestimmt. Das bedeutet, dass wir in den nächsten zwei Jahren für die Kinder unter drei Jahren 600 neue Betreuungsplätze und weitere Betreuungsplätze haben werden. Das bedeutet 70 neue Gruppen in allen Stadtteilen. Das bedeutet eine über die Stadt gelegte durchschnittliche Betreuungsquote von 25 Prozent. Das bedeutet, dass wir 2011 einen Prozentsatz von 20 Prozent in allen Stadtteilen, in allen Bereichen erreichen werden. Das ist eine gemeinsame Anstrengung, die wir hier unter schwierigen Haushaltsbedingungen auf den Weg gebracht haben. Ich stehe dazu, dass dies hier auch so getan worden ist.

Ich freue mich, Herr Dr. Buhler, über Ihre Ankündigung, dass Sie sich für mehr Geld in den Haushaltsberatungen für die Betreuung der Kinder und insbesondere der unter Dreijährigen einsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Das muss natürlich einfach in diesem Zusammenhang gesagt werden, wenn wir hier heute über die U3-Betreuung sprechen, so ist das ein gemeinsamer langer Weg auch auf der Bundesebene gewesen. Eine Ankündigung der Bundesfamilienministerin ging zunächst voraus, ohne dass sie sich Gedanken darüber gemacht hat, wie eine Finanzierung in den Ländern und den Kommunen erfolgen kann.

Es ist sozusagen der rote Faden, der jetzt in der Koalitionsvereinbarung der schwarz-gelben Regierung auch wieder sehr deutlich zu sehen ist. Dort finden wir eine Vielzahl von Absichtserklärungen, in denen darauf gesetzt wird, dass es eine Einigung und einen Weg zwischen Bund, Ländern und Kommunen gibt. Das heißt in den allermeisten Fällen, die Bundesministerin macht an dieser Stelle die Öffentlichkeitsarbeit und die Public Relations, und die Länder und Kommunen sollen die Ressourcen zur Verfügung stellen. Da sind wir natürlich das letzte Glied. Wir wollen die Betreuung in unserer Stadt, aber man muss auch wissen, dass dazu die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Da ist natürlich ganz besonders, wenn jetzt ein Betreuungsgeld eingeführt wird, was in der Koalitionsvereinbarung und auch in der Außendarstellung eine sehr große Rolle gespielt hat, dieses neue, ich will sagen, dieses neue alte Instrument ist ein Salto rückwärts in der Entwicklung der frühkindlichen Bildung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn ebenfalls an diesem Punkt der Koalitionsvereinbarung der schwarz-

gelben Regierung von Gutscheinen die Rede ist, so ist das eine pauschale Zuschreibung von Unfähigkeit an Eltern in schwierigen Lebenslagen. Das teile ich nicht, und das halte ich für einen vollkommen falschen Weg, der hier gegangen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir brauchen es, und daran werden wir weiter festhalten, dass auch die unter Dreijährigen in die Kindertageseinrichtungen gehen. Ich unterstütze sehr und freue mich darüber, dass wir auch in der schwierigen Phase des Übergangs weiter ganz engagierte Tagesmütter haben, die hier in der Betreuung eine wichtige Aufgabe leisten, dieser bunte Strauß, auch die Spielkreise sind für manche Familien und manche Kinder zunächst ein geeigneter und wichtiger Einstieg. Insofern ist der hier von uns aufgelegte Plan und der auch weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung der richtige und gute Weg, und ich hoffe, dass wir diesen Weg auch gemeinsam unterstützen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich empfehle, dass wir diesen Tagesordnungspunkt zu Ende führen. Wir haben noch eine Wortmeldung.

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen, weil ich finde, dass die hier nicht so unwidersprochen stehen bleiben dürfen. Wer das Betreuungsgeld einfach pauschal als Herdprämie diffamiert, verkennt, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Platz für unter Dreijährige ab 2013 gibt, aber keine Pflicht, dort sein Kind abzugeben. Wenn man an der Stelle feststellt, dass es Plätze für 35 Prozent gibt und wir im Jahr 2007 für 44 Prozent eine entsprechende Information hatten, dass Eltern sich einen solchen Platz wünschen, stellt man fest, dass es dazwischen noch eine Spanne gibt. Diese 150 Euro können also auch von Eltern benutzt werden, um zum Beispiel eine Tagesmutter zu bezahlen, weil eben noch kein entsprechender Platz da ist.

(Abg. Frau **G a r l i n g** [SPD]: Frau Ahrens,
Sie verkennen die Realität!)

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen, weil Sie den zweiten Bereich angesprochen haben. Ich möchte Herrn Dr. Buhler da deutlich unterstützen. Die meisten Eltern gehen verantwortlich

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) mit ihren Kindern um, und das, was Sie hier aufbauen, ist ein Popanz!

(Beifall bei der CDU)

Den weise ich im Namen aller Eltern, die vernünftig mit ihren Kindern in dieser Stadt und in diesem Land umgehen, wirklich zurück!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Was maßen Sie sich eigentlich an!)

Was maßen Sie sich eigentlich an, wenn Herr Tschöpe sagt, das wäre das Letzte und sagt, man müsste sein Kind mehr oder weniger abgeben! Sie können es ja im Protokoll nachlesen. Wir waren jedenfalls gestern auch ganz schön verblüfft von der Aussage, wie er sie getroffen hat.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: So ist es manchmal!)

Ich muss auch ganz deutlich sagen, im Koalitionsvertrag steht auch eine Absichtserklärung. Warten wir doch erst einmal die genaue Ausgestaltung ab! Wir haben auf Bundesebene viele, auch innerhalb der CDU, die ganz deutlich sagen, dass für die Fälle, wo es aus sozialen Gründen notwendig ist, dass dieses Kind einen Kindergarten besucht, man da schon sehr genau überlegt, Handlungsmöglichkeiten für das Jugendamt zu schaffen, damit dann auch diese Kinder tatsächlich in den Genuss eines Kindergartenbesuches kommen.

Ich möchte noch etwas loswerden. Sie führen hier einerseits zu Recht eine Debatte, dass die Hartz-IV-Regelsätze nicht ausreichend seien. Für diese Familien wollen Sie mehr Geld.

(Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Kinderregelsätze!)

Gleichzeitig sagen Sie, wenn man ihnen mehr Geld gibt, ich zitiere einmal den Neuköllner SPD-Bürgermeister aus Berlin, dann versaufen die das oder machen sonst irgendwas mit dem Geld. Das, meine Damen und Herren, kann es auch nicht sein, denn es ist eine pauschale Verunglimpfung von Sozialhilfempfängern.

Ansonsten möchte ich an dieser Stelle, liebe Frau Cakici, sagen, ich fand Ihren Beitrag eben sehr spannend! Ich kann verstehen, dass Sie während der laufenden Bürgerschaftssitzung zu einem Seminar zum Thema Stressbewältigung müssen. Ich kann das sehr gut verstehen, aber nicht meinerwegen, sondern ich kann sehr gut verstehen, weil wir in der Vergangenheit sehr oft mitbekommen haben, was für einen Stress es doch immer wieder in der Fraktion DIE LINKE gibt. Insofern wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viel Spaß

an dieser Stelle bei dem Seminar, und kommen Sie mit guten Ergebnissen wieder! Wir werden dann an der Stelle vielleicht auch Entsprechendes sehen.

(C)

Um es aber auch ganz deutlich zu sagen, Sie haben das Thema vorhin einmal so ein bisschen als Kleinkramthema bezeichnet. Das ist kein Kleinkramthema, und dass hier von Ihrer Seite und auch vonseiten von Herrn Öztürk mit Nebelkerzen geworfen wurde und man den Fokus in der Rede auf das Betreuungsgeld gelegt hat, spricht doch Bände. Sie haben sich mit der Anfrage gar nicht auseinandergesetzt. Frau Cakici hat es wenigsten noch gemacht, sie hat in mehreren Nebensätzen erwähnt, es ist viel zu langsam, es geht nicht schnell genug, es ist Aufgabe der Opposition, den Finger in die Wunde zu legen, und Ihre Wunde ist an dieser Stelle riesengroß. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, es besteht doch der Wunsch, die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt zu unterbrechen. Ich komme dem gern nach.

Dann treten wir jetzt bis 14.45 Uhr in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung der Sitzung 13.08 Uhr)

★

(B)

(D)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir setzen die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6, Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, fort. Es wird festgestellt, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sodass wir die Aussprache schließen können.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/926, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Fragwürdiges und undurchsichtiges Auftragsvergabeverfahren des Innenressorts für das neue Löschboot der Bremer Feuerwehr

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Oktober 2009
(Drucksache 17/968)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Buse.

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus Mitteln des Konjunkturpaketes II soll für die Bremer Feuerwehr bei kalkulierten Kosten von etwa drei Millionen Euro ein neues Löschboot angeschafft werden. Im regulären Ausschreibungsverfahren wurden kaum Angebote eingereicht. Daraufhin wurde eine zweite Runde eingeläutet. In dieser zweiten Runde wurden nur noch „Gespräche mit drei Werften in einem geschlossenen Verfahren“ geführt, auf der ersten Seite mit Abeking & Rasmussen, auf der zweiten Seite mit Fassmer und auf der dritten Seite mit Dahm aus Holland.

Als Ergebnis dieser beschränkten Ausschreibung haben wir nun das Angebot der holländischen Werft in Höhe von 4,8 Millionen Euro vorliegen, ein Angebot, welches mehr als die Hälfte des ursprünglichen Preises an Mehrkosten für den bremischen Landeshaushalt verursacht. Bis heute hat aber das Innenressort nicht erklärt, wie diese Mehrkosten aufgebracht werden sollen, und vor allem, an welcher Stelle dafür Kürzungen erfolgen. Als ob dieser Umstand an sich schon nicht skandalös genug wäre, nein, an dieser Stelle wirft DIE LINKE dem Senat auch gezielte Augenwischerei vor, denn in jeder Debatte stehen Sie achselzuckend hier vorn und verweisen auf Sachzwänge im Haushalt, anstatt die Armutsbekämpfung in unseren Städten gezielter in den Mittelpunkt Ihrer politischen Handlungen zu stellen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

In der beschränkten Ausschreibung ist eine Werft, die für Straßburg das favorisierte Boot für etwa 2,5 Millionen Euro gebaut hat, zur Angebotsabgabe gar nicht aufgefördert worden. Ich sage hier ganz deutlich, DIE LINKE missbilligt genau diese Vorgehensweise.

(Beifall bei der LINKEN)

Der neu gewählte SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Kollege Tschöpe, hat vor seiner Wahl in dieses Amt auch öffentlich erklärt, er werde den Auftrag für 4,8 Millionen Euro nicht mittragen. Wir, die Fraktion DIE LINKE, sind hinsichtlich dieser Äußerung besonders auf Ihr Abstimmungsverhalten und natürlich das Ihrer Fraktion, gespannt und hoffen, dass wir mehr als nur heiße Luft von Ihnen erwarten können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Nitz, ich nehme das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion einmal vorweg: Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Die Begründung dafür ist relativ einfach. Wenn man während eines laufenden Ausschreibungsverfahrens den Abbruch eines solchen Verfahrens ohne Grund fordert, dann setzt man diese Stadtgemeinde tatsächlich Schadensersatzforderungen aus. So verantwortungslos kann eigentlich nur eine Fraktion in diesem Haus vorgehen, wir machen das nicht!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Fachpolitisch war die Anschaffung des Bootes nie umstritten. Dafür haben wir alle gemeinsam in der Innendeputation unsere Hände gehoben, übrigens auch der Vertreter der Fraktion DIE LINKE. Als Haushaltsgesetzgeber geht unsere Verantwortung aber weiter. Wir können uns ein solches Boot als Fachdeputierte nicht einfach nur wünschen, sondern wir müssen auch seriös beantworten, wie wir es bezahlen wollen. Wenn laut Presseinformationen aus drei Millionen Euro über Nacht 4,8 Millionen Euro werden, gibt es offene Fragen.

Diese offenen Fragen sind: Woher kommt diese Lücke eigentlich? Wie wirkt sich eine Beschaffung für 4,8 Millionen Euro eigentlich auf die anderen notwendigen Investitionen bei der Feuerwehr und der Polizei in den nächsten fünf Jahren aus? Wie beurteilt die Feuerwehr eine solche Investition in Bezug auf andere notwendige Bedarfe? Wenn ein solches Boot dann auch noch mit Mitteln des Konjunkturpakets zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft bezahlt werden soll und wir feststellen, dass keine deutsche, sondern nur eine holländische Werft in der Lage ist, ein solches Boot zu bauen, dann muss man sich schon die Frage stellen, ob eine Finanzierung aus dem K-II-Programm geht, oder nicht ein anderer Weg zur Finanzierung gefunden werden muss.

(D)

Am Ende des Tages stellt sich auch die Frage, und vielleicht hätte man damit den Antrag vermeiden können, Frau Nitz: Wo stehen wir im Vergabeverfahren eigentlich, und welche rechtlichen Spielräume haben wir überhaupt noch?

Abschließend meine ich, der Innensenator muss diese und auch noch ein paar weitere Fragen, wenn er aus Kreta zurückgekommen ist, in der Innendeputation schon beantworten. Dann, und erst auf dieser Grundlage, Frau Nitz, werden wir eine abschließende Entscheidung treffen. Aus diesem Grund werden wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE auch heute hier ablehnen. Wir haben keine Zweifel, Herr Kollege Woltemath, dass er wiederkommen wird. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Nitz, ich habe gestern ganz lange überlegt, was ich zu Ihrem Antrag sagen soll.

(Abg. Frau **Troedel** [DIE LINKE]: Etwas Nettos!)

Herr Rupp hat heute in der Debatte zur Enquetekommission die Formulierung „Stammtischbeitrag“ gewählt. Ich glaube, er hat da die richtige Form gefunden, um zu beschreiben, was Sie hier heute beantragt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Allein die Überschrift, wenn man sich das einmal anschaut, „Fragwürdiges und undurchsichtiges Auftragsvergabeverfahren des Innenressorts“, da fehlt eigentlich noch das Wort nebulös! Ich glaube, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, das hat Stil, nämlich einen ziemlich lächerlichen Stil, den Sie hier pflegen. Wenn man sich das weiter anschaut, ja, eine deutsche Firma darf für Straßburg bauen, selbstverständlich, aber unser Geld geht an eine niederländische Firma, das ist ja auch der Duktus der Sprache, den Sie da pflegen. Ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Sie fischen da in ganz trüben Gewässern, und das sind Gewässer, bei denen wir als Grüne ganz klar Nein sagen.

(B)

Sie bleiben natürlich in der Tradition von Oskar Lafontaine, unvergessen sowohl der Begriff des „Fremdarbeiters“ als aber auch sein Auftritt hier in Bremen. Ich kann Ihnen nur ganz dringend raten, sich nicht auf die falsche Seite dieses Parlaments zu stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind in einer Weltwirtschaftskrise, und bremische Firmen profitieren unter anderem auch ganz massiv vom japanischen Konjunkturpaket oder von anderen europäischen Ländern. Herr Kollege Dr. Kuhn hat das gestern hier in der Fragestunde auch schon angesprochen, insgesamt werden wir diese Wirtschaftskrise nur gemeinsam mit allen Nationen dieser Welt lösen können und nicht als Insellösung nur in Deutschland.

Ich hatte eigentlich gehofft, dass Sie Ihren Antrag zwischendurch zurückziehen, nämlich nach der gestrigen Fragestunde. Da hat Frau Staatsrätin Buse auf Nachfrage der Kollegen von der FDP-Fraktion den Stand des Verfahrens relativ deutlich erklärt. Man kann dann, wenn man den Auftrag aufrechterhält,

sich gern hier hinstellen, aber ich hätte dann für ein ordentliches parlamentarisches Verfahren erwartet, dass man gestern versucht, noch Informationen zu sammeln. Sie haben gestern geschwiegen, die Ausführungen so zur Kenntnis genommen und keinen einzigen Beitrag und keine einzige Nachfrage gestellt. Ich finde das ziemlich einfach, meine Damen und Herren von der LINKEN.

(C)

Wenn man sich dann erstens die Beschlussvorschläge anschaut, die Sie hier macht haben: Sie möchten, dass wir unserem Innensenator eine Missbilligung aussprechen. Herr Senator Mäurer macht eine gute Arbeit, deswegen kommt eine Missbilligung sowohl für die grüne Fraktion als auch für die SPD-Fraktion in keiner Form infrage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Zweite ist das Vergabeverfahren, mein Kollege Herr Tschöpe hat soeben schon darauf hingewiesen: Die Frage, ob das System der Vergabe von Ihnen grundsätzlich verstanden worden ist, stelle ich jetzt einmal in den Raum. Die andere Frage wäre, wohin wollen Sie eigentlich? Das Einzige, was es zu kritisieren gab, das hat Herr Tschöpe eben auch klar gemacht, ist die Frage, die vor dem Vergabeverfahren stand, nämlich wie man eigentlich zu der Annahme kommt, wie es zu dieser Kalkulation kommt? Ich glaube, da hat das Ressort, und das ist gestern auch schon angeklungen, deutlich gemacht, dass das ein Fehler war und dass dieser Fehler aber durchaus nachvollziehbar war, weil so viele Feuerlöschboote eigentlich in dieser Republik auch nicht ständig gebaut und gekauft werden. Das ist kein Produkt, das man von der Stange erwirbt, und auch im Übrigen kein Produkt, das überall gleich ist.

(D)

Natürlich sind die Voraussetzungen im Süden Deutschlands oder auf Binnengewässern andere, als wir sie hier in der Konsequenz mit Bremerhaven und Bremen haben, deswegen kann es da nachher durchaus auch zu Unterschieden kommen. Ich glaube, dass diejenigen, die das kalkuliert haben, unter anderem der Leiter der Bremer Feuerwehr, sich sehr wohl sehr viele Gedanken gemacht haben, wie sie dieses kombinierte Polizeiboot mit Feuerlöschrüstung kalkulieren müssen. Ich bin auch gespannt auf die Aussagen des Ressorts, ob es dabei bleiben soll oder nicht. Ich bin aber dafür, dass wir diese Debatte wesentlich sachlicher und vor allem fundierter führen sollten, als es DIE LINKE mit ihrem Antrag hier tut. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinner.

(A) Abg. **Hinners** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE offenbart einen erheblichen Mangel an Sachkenntnis und wird deshalb von der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Offensichtlich hat dieser auf Halbwissen beruhende Antrag einen rein populistischen Charakter und ist als Unterstützung der Position des neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD gedacht, der seinerseits bisher dem eigenen Innensenator Mäurer eine konstruktive Beteiligung bei der Beschaffung des Bootes verweigert hatte. So oberflächlich darf aus unserer Sicht nicht mit der erforderlichen Neuanschaffung eines kombinierten Einsatzbootes für die Wasserschutzpolizei und die Feuerwehr umgegangen werden.

(Beifall bei der CDU)

(B) Aber schauen wir uns den Vorgang kurz der Reihe nach an! Wie bekannt, wurden im Rahmen des Konjunkturprogramms drei Millionen Euro für die Anschaffung eines Kombibootes für die Wasserschutzpolizei und die Feuerwehr Bremen bereitgestellt. Die Beschaffung dieses Bootes ist aus Sicht der CDU-Fraktion dringend geboten, denn das vorhandene Feuerlöschboot ist völlig veraltet und erfordert permanent einen großen Erhaltungsaufwand. Der Großbrand am Kraftwerk in Hastedt konnte ebenso wie der Großbrand in dieser Woche im Hafen nur mithilfe des alten Feuerlöschbootes bekämpft werden, wobei auf dem Boot von drei vorhandenen Pumpen zwei während der Brandlöschung am Kraftwerk Hastedt wegen technischer Probleme ausgefallen sind.

Die von Fachleuten der Feuerwehr aufgestellte Preiskalkulation orientiert sich an einem vor drei Jahren in den Dienst gestellten Feuerlöschboot. Offensichtlich wurden bei dieser Preisschätzung nicht ausreichend die speziellen Anforderungen für den Betrieb des Bootes auf der Weser und eventuelle Preissteigerungen berücksichtigt, denn das nach europäischem Recht zwingend vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren, einschließlich einer Vorankündigung im europäischen Amtsblatt, erbrachte kein Angebot einer Werft zu dieser Preiskalkulation. Während das von einer Werft in Baden-Württemberg konzipierte Boot ein Boot für Binnengewässer ist, muss das für Bremen zu beschaffende Boot seewassertauglich sein und eine Zulassung und eine entsprechende Klassifizierung für Seeschiffahrtsstraßen haben. Das ist sinnvoll.

Weiterhin muss das hiesige Boot einen anderen Antrieb bekommen, da es von der Wasserschutzpolizei auch für normale Streifenfahrten benutzt werden soll.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Aus Sicht der CDU-Fraktion muss der Senator für Inneres natürlich dafür kritisiert werden, dass seine im Konjunkturpaket festgelegten Preisvorstellungen für die Beschaffung des Bootes viel zu niedrig sind und offensichtlich nicht die tatsächlich gegebenen Anforderungen zur Seewassertauglichkeit und Klassifizierung berücksichtigt worden sind.

Die Durchführung eines gesetzlich vorgeschriebenen europäischen Ausschreibungsverfahrens zu kritisieren, wie es die Fraktion DIE LINKE in dem vorliegenden Antrag macht, entbehrt aber aus unserer Sicht jeglicher Grundlage. Das europäische Ausschreibungsrecht sieht für den Fall, dass kein Angebot eingeht, vor, dass der Auftraggeber in ein sogenanntes Verhandlungsverfahren eintreten kann. In diesem Verfahren können vorher festgelegte Auftragnehmer direkt angesprochen werden.

Dies wurde vom Innensenator mit drei Werften gemacht, zwei davon befinden sich an der Weser, die dritte Werft befindet sich in Holland. Weswegen der Innensenator die Werft in Baden-Württemberg nicht in dieses Verhandlungsverfahren einbezogen hat, ist für uns allerdings nicht nachvollziehbar. Dazu und auch zu der Frage, wie es jetzt weitergehen soll mit der für uns wichtigen Beschaffung und Finanzierung des Bootes für die Feuerwehr und Wasserschutzpolizei Bremen, erwarten wir heute vom Innensenator entsprechende Erklärungen.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnen wir aus den genannten Gründen ab. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

(D) Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde den Fall damit überschreiben, dass sich hier das Innenressort in wirklich klassischer Weise verkalkuliert hat. Man ist von Kosten ausgegangen, die sich nachher in diesem Ausschreibungsverfahren offensichtlich nicht realisieren ließen. Daher ist das auch ein Stück weit eine kleine Blamage für diejenigen, die das konzipiert und ausgeschrieben haben.

Wir lehnen den Antrag aber dennoch ab, weil ich nicht glaube, dass es ein fragwürdiges und undurchsichtiges Verfahren ist, es ist einfach nur ein ziemlich blamables Verfahren. Man hat sich etwas vorgestellt, das man hinterher nicht realisieren konnte. Natürlich muss auch die Frage geklärt werden, wenn man sich ein Referenzboot anschaut, das eine bestimmte Werft gebaut hat, und von diesen Kosten ausgeht, würde ich normalerweise sagen, dass man diese Werft dann auch fragt, ob sie denn dieses Boot bauen könnte oder ob zumindest eine andere Werft eventuell zu ähnlichen Kosten bauen kann. Das alles ist aber nicht fragwürdig und undurchsichtig, das ist einfach nur ein aus der Bahn geratenes Verfahren. Deshalb lehnen wir den Antrag auch ab.

(A) Ich will eindeutig klarstellen, weil das gestern und heute hier durchklang: Unsere Anfrage in der Fragestunde zielte darauf ab, ob bestimmte Teile des Konjunkturpaketes nicht falsch konzipiert sind. Wir sind ein Welthandelsstandort, und wir sind eine offene Hansestadt. Wir profitieren davon, dass Menschen in Japan unsere deutschen Produkte kaufen und dass wir bestimmte deutsche Produkte dorthin exportieren können und umgekehrt. Deshalb sind wir völlig offen und frei bei dieser Geschichte. Wenn man aber ein Programm konzipiert und ausdrücklich sagt, wir wollen bestimmte Dinge hier in Deutschland fördern, und dann hinterher feststellt, man hat dieses Programm nicht so konzipiert, weil es dann durchaus Möglichkeiten gibt, dass das bald woanders hin abfließen kann, muss man einfach sagen, das war falsch. Nur einzig und allein darauf zielte unsere Frage ab und nicht auf irgendwelche Theorien, dass man jetzt hier Schutzzäune aufbauen wollte.

Ich muss ganz deutlich sagen, das hat diese Debatte heute Morgen auch gemacht, nämlich um die Ecke zu denken: Lesen Sie doch bitte einfach das, was in dem Antrag steht! Dort steht es schwarz auf weiß, das kann man getrost nach Hause tragen, wie wir wissen, und nicht um die Ecke denken in der Art, der Antragsteller hat dort etwas hingeschrieben, aber er meint etwas ganz anderes. Dann würden wir das auch sagen. Wir haben es gar nicht nötig, mit unseren Ideen und Vorschlägen hinter dem Berg zu halten und um die Ecke zu denken.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie hier in diesem Parlament aus den vergangenen Jahren irgendetwas anderes gewohnt sind, dann mag das sein, machen Sie das bitte untereinander aus, aber für die FDP trifft das nicht zu!

(Beifall bei der FDP)

Wir sagen das, was wir meinen, und wir halten uns auch an das, was wir sagen, und das halten wir auch durch.

Noch einmal zum Schluss für alle zum Mitschreiben und Merken: Wir lehnen den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tschöpe, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich weigern, das Vergabeverfahren auch nur ansatzweise überprüfen zu wollen. Sie wollen erst einmal schauen in dem Sinne nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, um dann hinterher zu sagen, wir wollen einmal sehen, welche Kosten jetzt auf uns zukommen wer-

den. Im Antrag steht unter Punkt zwei deutlich, wir fordern auf, dieses Vergabeverfahren zu überprüfen und, wenn möglich – der Einschub ist deutlich hervorgehoben! –, neu auszuschreiben.

(C)

Herr Fecker, Sie haben uns vorgeworfen, in sehr trüben Gewässern zu fischen. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion DIE LINKE deutlich von dieser Äußerung distanzieren, und ich fordere Sie auch auf, derartig konstruierte Zusammenhänge zukünftig zu unterlassen!

(Beifall bei der LINKEN)

Herrn Hinners habe ich jetzt so verstanden, dass er einfach nur Erklärungen vom Senat fordert. Herr Woltemath sagt, das Innenressort hat sich verkalkuliert, aber wir schauen auch erst einmal, was passiert. Wir wollen hier Antworten haben, bevor das Kind in den Brunnen fällt. Insofern möchte ich Sie noch einmal bitten, sich diesen Antrag genau durchzulesen und Ihre Entscheidung zu überdenken. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Nitz, ich weise noch einmal darauf hin, in welchem Stadium wir uns in diesem Vergabeverfahren befinden. Ab dem Moment, in dem der Haushaltsgesetzgeber einen Haushaltstitel freigibt und die Verwaltung auffordert, eine Beschaffung vorzunehmen, richtet sich das Vergabeverfahren nach der VOL. Dies ist ein vom politischen Raum freizuhaltendes Verfahren.

(D)

Nach meinem Kenntnisstand, die Staatsrätin kann dazu gleich noch etwas sagen, ist dieses Verfahren nicht abgeschlossen. Wenn das Ergebnis dieses Verfahrens vorliegt, haben wir es zu bewerten. Ich habe soeben dazu diverse Fragen gestellt. Welches Auswirkungen hat der durch die Presse kommunizierte vermutliche Ausgang dieses Verfahrens eigentlich auf den Haushalt? Womit sollen die überschüssigen Kosten finanziert werden? Was ist denn im Moment mittelfristig bei der Investitionsplanung überhaupt zu beachten? Der dritte Aspekt ist, wenn das Vergabeverfahren abgeschlossen ist und wir die Entscheidung darüber getroffen haben, ob wir es wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit, schlicht weil wir es nicht bezahlen können, abbrechen, müssen wir uns natürlich auch darüber unterhalten, wie dieses Verfahren gelaufen ist. Jetzt aber in ein laufendes Vergabeverfahren hineinzugrätschen und als Parlament zu sagen, wir brechen dieses Vergabeverfahren ab, halte ich schlicht für unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Herr Hinners, noch einmal eine Geschichte! Wie ist es denn nun? Habe ich dem Innensenator vor das Schienbein getreten, oder haben Sie ihn unterstützt, oder was ist eigentlich Aufgabe von allen, die hier sitzen? Hier kommt die Presse und sagt, wir haben gehört, das Boot kostet nicht drei Millionen Euro, sondern das Boot kostet 4,8 Millionen Euro. Wir sind Haushaltsnotlageland. Während wir hier lange überlegen, Mensch, was machen wir eigentlich damit, müsste man doch auch die Frage stellen können, wie das eigentlich sein kann. Dann muss man als Haushaltsgesetzgeber auch sagen, für diese Entscheidung muss der Innensenator schlicht und ergreifend nachlegen, und fragen: Woher kommt das Geld, haben wir das Geld, wie notwendig ist das eigentlich, oder überlege ich mir innerhalb dieser Rahmenbedingungen, ob ich das Ganze nicht abrechnen will?

(Abg. I m h o f f [CDU]: So war es ja nun nicht! – Abg. H i n n e r s [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Herr Hinners, sobald ich gefragt werde, lasse ich die Zwischenfrage natürlich zu!

Vizepräsident Ravens: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hinners?

Abg. **Tschöpe** (SPD): Ja, bitte!

(B) **Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Tschöpe, Sie haben mich direkt angesprochen. Habe ich Sie seinerzeit richtig verstanden, dass Sie das Ausschreibungsverfahren des Senators für Inneres kritisiert haben oder nicht?

Abg. **Tschöpe** (SPD): Ich habe das Ausschreibungsverfahren auf Grundlage meines damaligen Kenntnisstandes bewertet, dass es nämlich statt drei Millionen Euro plötzlich 4,8 Millionen Euro kosten sollte, und aufgrund der Informationen, die wir ja alle in der Innendeputation vorher bekommen haben, dass das Referenzboot, welches in Straßburg liegt, 2,5 Millionen Euro kostet. Dann haben wir alle zusammen gesagt, das sollten wir einmal für drei Millionen Euro ausschreiben. Da habe ich dann kritisiert und wundere mich in der Tat, wie aus drei Millionen Euro 4,8 Millionen Euro werden. Da habe ich mich gewundert, und ich finde, das ist in unserer Funktion als Haushaltsgesetzgeber ein sehr verantwortungsvoller Umgang damit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Tschöpe** (SPD): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Eine noch! Das hat ja aber zunächst nichts mit der Ausschreibung zu tun. Sie haben auch bezweifelt, dass nach dem europäischem Recht, soweit ich das zur Kenntnis bekommen habe, das Boot überhaupt ausgeschrieben werden muss. Sie wollten das an nahe liegende deutsche Werften vergeben!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Hinners, um die Frage zu beantworten, ich habe nicht abgestritten, dass es europäisch ausgeschrieben werden muss. Ich habe nur die Frage gestellt, ob in Anbetracht dieses Ergebnisses dieses Verfahren so sinnvoll ist oder ob man das Boot nicht anders finanzieren muss. Das ist eine ganz andere Geschichte. Ich habe nicht gesagt, der Senat hätte das nicht europäisch ausschreiben dürfen, das muss er.

Machen wir einmal einen Strich darunter, Frau Nitz! Sie hätten uns ja vielleicht in Anbetracht der Vorgeschichte irgendwie in politische Bedrängnis bringen können, wenn Sie die richtigen Fragen gestellt hätten. Sie aber machen es anders, Sie stellen keine Fragen, sondern Sie legen uns einen Beschluss nahe, ohne dass es überhaupt Antworten geben soll. Das, finde ich, ist eine verantwortungslose Politik!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Staatsrätin Buse.

Staatsrätin Buse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich auf das verweisen, was hier von Herrn Hinners, Herrn Tschöpe und Herrn Fecker zum Verfahren schon referiert wurde. Es ist zutreffend, und insbesondere die Daten, die Herr Hinners Ihnen hier dargelegt hat, hätte ich jetzt hier auch noch einmal vortragen können. Das, denke ich, ist dann nicht mehr erforderlich. Ich möchte eingangs ein Statement dazu abgeben!

Der Senator für Inneres hat gemeinsam mit der Innendeputation beabsichtigt, mit dieser dringend notwendigen Anschaffung Geld zu sparen, denn wir haben in Bremen zwei Boote, die beide sehr alt sind, nämlich ein 34 Jahre altes Feuerlöschboot der Feuerwehr und ein 28 Jahre altes Dienstboot, Bremen 12, der Polizei Bremen. Beide sind stark anfällig für Reparaturen. Wir haben auch Probleme, Ersatzteile zu bekommen, und haben dann überlegt, wie wir als Haushaltsnotlageland diese beiden für unsere Sicherheit ganz wichtigen Boote trotzdem beschaffen können. Da ist man auf die meiner Ansicht nach nach wie vor sehr gute Idee gekommen, ein Boot anzuschaffen, welches beide Eigenschaften in sich vereint, das man nämlich als Feuerlöschboot und als Polizeiboot nutzen kann, um Anschaffungs-, Wartungs- und Betriebskosten zu senken.

Problematisch ist sicherlich die Kalkulation eines solchen Bootes. Das gibt es bisher nicht, und das ist einmalig in der Bundesrepublik. Möglicherweise sind

(C)

(D)

(A) wir dann Vorbild für andere Länder oder Kommunen, die sich Derartiges beschaffen wollen. Es gab jedenfalls für die Mitarbeiter der Feuerwehr und unseres Hauses dann eigentlich nur die Möglichkeit, sich an den Anschaffungskosten des sogenannten Europa-bootes der Firma Neckar-Bootsbau zu beteiligen, über die heute schon gesprochen wurde. Dieses Boot ist vor drei Jahren für 2,5 Millionen Euro hergestellt worden.

Dann haben die Fachleute bei der Feuerwehr und in unserem Haus auf der Grundlage der Erkenntnisse und der Daten und Zahlen zu diesem Boot versucht herauszubekommen, welche Zusatzkosten wohl für das von uns geplante und auszuschreibende kombinierte Feuerwehrlöschboot und Polizeiboot entstehen würden. Das Ergebnis ist Ihnen bekannt. Man ist bei uns der Auffassung gewesen, dass ein Betrag von drei Millionen Euro ausreichen würde. Ob dies so eintrifft, das habe ich schon gestern erwähnt, kann ich Ihnen hier und heute nicht sagen, weil das Vergabeverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Es ist deswegen rechtlich noch nicht möglich, dazu irgendwelche Erklärungen abzugeben.

Man kann natürlich, das haben Sie getan, und das halte ich auch nicht für unzulässig, aus dem Umstand, dass im ordentlichen offenen Vergabeverfahren keine Angebote gemacht wurden und hier keine Angebote eingegangen sind, schließen – und das haben Sie auch getan –, dies sei darauf zurückzuführen, dass der Preis und die Kosten, die wir veranschlagt haben, möglicherweise nicht auskömmlich waren und deswegen Werften von der Abgabe eines Angebotes abgesehen haben. Das könnte eine Erklärung sein. Ob dies so ist, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt, der allerdings nicht in allzu ferner Zukunft liegt, berichten können.

(B)

(Abg. R u p p meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Frau Staatsrätin, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp anzunehmen?

Staatsrätin Buse: Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Ich möchte nur wissen, ob ich einen Umstand richtig verstanden habe. In meinem beruflichen Umfeld habe ich es auch mit öffentlichen Ausschreibungen und mit normalen Ausschreibungen nicht öffentlichen Charakters zu tun. Wenn man eine Ausschreibung macht und dann feststellt, dass sie entweder technische Mängel hat oder die Angebote, die man hineinbekommt, in keiner Weise den Preisvorstellungen entsprechen, die man hat, ist man, so wie ich es kenne, immer in der Lage zu sagen, dann brechen wir das Ausschreibungsver-

fahren an dieser Stelle ab. Wir definieren es möglicherweise neu, wir erweitern möglicherweise den Kreis derjenigen, die ich anfrage und so weiter. Ich habe zumindest theoretisch die Möglichkeit, das zu tun.

Jetzt habe ich Sie und auch Herrn Tschöpe so verstanden, die öffentliche Hand kann das nicht, sie muss jetzt so lange warten, bis das Problem noch größer ist. Sie kann jetzt auch theoretisch in Kenntnis dessen, dass möglicherweise die Angebote nicht taugen, die Ausschreibung nicht hinreichend war, um vernünftige Angebote zu bekommen, was auch immer, nicht sagen, nein, wir hören jetzt auf damit, wir fangen noch einmal von vorn an. Habe ich das richtig verstanden?

Staatsrätin Buse: Nein, das ist so nicht richtig. Ich habe gesagt, dass zu dem Zeitpunkt, als die Fristen abliefen, keine Angebote eingegangen waren. In diesem Fall wird dann das Verfahren aufgehoben und im Verhandlungsverfahren mit beschränktem Teilnehmerkreis eine neue Bietmöglichkeit eröffnet. Von dieser Maßnahme ist Gebrauch gemacht worden. Dazu, ob und wie dieses Verfahren beendet wird, kann ich aus den geschilderten rechtlichen Gründen nichts sagen. Das ist jetzt also der Stand, in dem wir uns befinden, das hatte Herr Hinners, glaube ich, im Einzelnen und unter Benennung der beteiligten Werften, die auch hier von Ihrer Seite schon eingeführt wurden, auch so berichtet.

Es ist jetzt aus Ihrer Sicht vielleicht noch eine Frage zu beantworten: Warum ist diese Werft aus der Gegend vom Neckar bei diesen drei Werften, die hier mit dem beschränkten Teilnehmerkreis angesprochen wurden, nicht enthalten? Das ist verhältnismäßig einfach zu sagen. Diese Werft kannte – das darf ich hier noch einmal betonen – die Ausschreibung, es wurde auch mit ihr gesprochen. Diese Werft hat darauf hingewiesen, dass sie einen Auftrag hat, nämlich ein zweites Feuerlöschboot von der gleichen Klasse wie dieses Europa-boot zu bauen. Diese Werft ist sehr klein, und es war klar, dass sie in der Zeit, in der das Konjunkturprogramm II mit seinen Zahlungen abgewickelt werden muss, nicht in der Lage sein würde, dieses Boot zu bauen. Das ist der Hintergrund, soweit ich ihn hier ohne das noch laufende Vergabeverfahren zu gefährden, sagen kann.

Ich kann Ihnen für den weiteren Fortgang zusagen, dass die Innendeputation in etwa zwei Wochen, also Mitte November 2009, detailliert über das ganze Verfahren informiert wird. Sie werden dann von uns hören, in welcher Höhe ein Angebot vorliegt, und mit uns zusammen erörtern, ob dieses Angebot angenommen werden kann und ob und wie es finanziert werden kann. All diese Dinge möchte ich unbedingt und möglichst bald mit Ihnen in allen Einzelheiten einvernehmlich besprechen. Ich muss aber zum wiederholten Male sagen, ich kann es hier leider heute nicht tun, zwei Wochen später hätte die Antwort hier sicherlich erschöpfender und möglicherweise und

(C)

(D)

(A) gegebenenfalls auch befriedigender für Sie ausfallen können. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/968 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. M ö h l e [parteilos] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(B) **Recht auf Rückkehr für zwangsverheiratete Frauen und Mädchen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 10. August 2009
(Drucksache 17/874)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. September 2009**

(Drucksache 17/929)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Buse.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Mahnke.

Abg. Frau **Mahnke** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren wird in Deutschland und auf EU-Ebene über das Thema Zwangsehe und deren Bekämpfung diskutiert. Auch Ihnen sind sicher zahlreiche Berichte von Zwangsheirat bekannt, die Sie sicherlich mit Betroffenheit gelesen haben. So titelte erst jüngst der „Weser-Kurier“ zu diesem Thema: „Die Jüngsten sind erst 13!“

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Wir müssen an dieser Stelle aber ganz deutlich zwischen arrangierten Ehen und Zwangsehen unterscheiden. Arrangierte Ehen sind keine Zwangsehen. Sie erfolgen im Kontext eines anderen Eheverständnisses, beruhen auf dem freien Willen der Partner. Sie sind zu respektieren. Eine Debatte über Zwangsheirat, die dieser Unterscheidung nicht Rechnung trägt, pauschalisiert und stigmatisiert mit der Folge, dass sich nicht wenige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch solche Verallgemeinerungen ausgegrenzt fühlen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Zwangsehe ist dadurch gekennzeichnet, dass sie durch physische und psychische Gewalt zustande gekommen ist. Die Zwangsehe widerspricht dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und verhindert dadurch die Integration. Zudem verstößt eine Zwangsehe eindeutig gegen die Grund- und Menschenrechte und stellt außerdem einen Straftatbestand dar.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Ein freiheitlicher Staat darf keine Gewalt dulden, auch dann nicht, wenn sie im privaten Raum stattfindet.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Betroffene Frauen berichten, dass sie das erzwungene Eheleben als eine Serie von Vergewaltigungen und damit eine Verletzung ihres Rechts auf körperliche und seelische Integrität erlebt haben. In der Folge kommt es zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen des Rechts auf Gesundheit. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, dass die Bildungsrechte von zwangsverheirateten Frauen zu kurz kommen oder ganz auf der Strecke bleiben. Opfer von Zwangsverheiratungen sind vor allem junge Frauen und Mädchen, die aus patriarchalisch geprägten Familien unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft stammen. Zwangsverheiratungen sind oft das Ergebnis überkommener Traditionen und Ehrbegriffe mit gravierenden Folgen für die jungen Frauen und Mädchen. Sie müssen in den meisten Fällen die Schul- und Berufsausbildung abbrechen, und nach dem massiven Druck der eigenen Familie folgt die Abhängigkeit von Ehemann und Schwiegerfamilie.

Wenn wir dieses Thema ernst nehmen, können wir Frauen, die ins Ausland verschleppt, möglicherweise im Urlaub zwangsverheiratet, beispielsweise von ihren Schwiegereltern festgehalten werden und daher länger als sechs Monate nicht in Deutschland sind, doch nicht einfach sagen: Tja, da hast du Pech gehabt, jetzt musst du dort bleiben! Wir setzen uns daher mit unserem Antrag für eine dringende und nötige Verbes-

(C)

(D)

(A) serung der gesetzlichen Regelungen aus dem Aufenthaltsgesetz ein. Dort heißt es, wenn der Ausländer ausgereist und nicht innerhalb von sechs Monaten oder einer von der Ausländerbehörde bestimmten längeren Frist wieder eingereist ist, erlischt sein Aufenthaltstitel. Dies ist in den Fällen von Zwangsehen ein unhaltbarer Zustand,

(Beifall bei der SPD, bei der CDU,
beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der LINKEN)

zumal viele dieser Mädchen und Frauen in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Dieser Zustand ist auch nur durch gesetzliche Regelungen zu beheben, und es reicht nicht aus, nur die Verwaltungsvorschriften dahingehend zu modifizieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir leisten damit einen großen Beitrag, um all diejenigen zu unterstützen, die es schaffen, sich aus den Situationen der Zwangsehe zu befreien, und eröffnen all denjenigen eine Perspektive, die es bisher nicht geschafft haben beziehungsweise gar nicht erst versucht haben, sich zu lösen. Wir unterstützen den Beschluss der Familienministerkonferenz vom Juni, die sich ebenfalls ausführlich mit dem Thema beschäftigt hat und für eine Novellierung des Aufenthaltsgesetzes plädiert. Dies würde ich mir von allen Landesparlamenten wünschen, damit nicht nur mitleidvolle Reden gehalten, sondern die Rechte der betroffenen Mädchen und Frauen gestärkt werden.

(B)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Gehen Sie mit gutem Beispiel voran, und unterstützen Sie unseren Antrag! Den Änderungsantrag der LINKEN werden wir jedoch ablehnen, da die Anforderungen zum einen in unserem Antrag bereits enthalten sind, und zum anderen geht es uns in unserem Antrag nicht darum, irgendwelche Eventualitäten, die irgendwann einmal eintreten, zu bearbeiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich für unsere Fraktion

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

feststellen, dass wir jegliche Gewalt an Frauen und Mädchen, jegliche Form von Gewalt ablehnen und verurteilen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei
der SPD und bei der LINKEN)

Dabei ist es aber im ersten Schritt unwesentlich, ob es sich um Frauen mit oder ohne Migrationshintergrund handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei
der SPD und bei der LINKEN)

Im zweiten Schritt aber lohnt sich ein differenzierter Blick auf das Thema zwangsverheiratete Menschen – wir haben in Einzelfällen auch Jungen mit Migrationshintergrund –, der verschärft die weiterführenden Fragen beleuchtet, zum Beispiel welche besonderen sozialen Erscheinungsformen und -faktoren in ihrem Fall zur Wirkung kommen. Für uns steht außer Frage, Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Zuwanderungshintergrund muss noch nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört auch das Thema Zwangsverheiratungen. Seit 2005 gibt es einen Gesetzentwurf des Bundesrats, Zwangsverheiratungen nicht mehr nur als schwere Nötigung zu verfolgen, sondern als eigenen Straftatbestand einzuführen. Es ist unverständlich, dass die Beratungen bis heute blockiert werden.

(D)

Vor etwa anderthalb Jahren haben wir uns an dieser Stelle mit den Aspekten der Prävention und des Opferschutzes beschäftigt. Wir waren uns damals schon einig, dass Opferschutz unerlässlich ist. Das ist aus mehreren Gründen ein zentraler Punkt: Zum einen ist die Menschenrechtsverletzung der Zwangsverheirateten unweigerlich mit anderen Straftaten und Übergriffen auf das Opfer verbunden. Verschleppung, Freiheitsberaubung, Menschenhandel, Körperverletzung und Vergewaltigung gehen damit oftmals einher. Zum anderen werden weitere Straftaten immer dann ausgelöst, wenn sich ein Opfer gegen sein Schicksal wehrt. Es folgt eine Eskalation, in der der Anspruch auf Selbstbestimmung des Opfers mit der familiären Hierarchie kollidiert. Der Konflikt weitet sich dann aus zum Zusammenstoß mit den Machtstrukturen in der Familie, und dann sehen sich häufig – wie wir immer wieder erleben – die männlichen Familienmitglieder so sehr infrage gestellt, dass sie mit Gewalt reagieren. Für uns heißt das, dass Mädchen und Frauen beim Ausbruch aus dieser Unterdrückung und Gewaltspirale besser unterstützt werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei
der SPD und bei der LINKEN)

Deshalb muss ein verbessertes Rückkehrrecht für Opfer von Zwangsverheiratungen umgesetzt werden,

(A) wenn man es mit dem Bekenntnis zum Opferschutz ernst meint.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Unser Ziel muss es sein, dass Frauen, die gegen ihren Willen ins Ausland gebracht wurden, auch nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach Deutschland zurückkommen können. Was mit Frauen und Mädchen, die in eine Zwangsehe gepresst wurden, geschehen ist, kommt einem Trauma gleich. Wir wissen von traumatisierten Opfern aus anderen Gewaltzusammenhängen, dass es fast immer eine ganze Zeit dauert, vielleicht auch für immer, bis diese Betroffenen in der Lage sind, ihre Situation einzuschätzen und rational zu reagieren. Diese Zeit haben diese Frauen und Mädchen aber nicht. Wenn die Uhr der befristeten Aufenthaltserlaubnis, dieses Rückkehrrechts tickt, ehe sie sich über die Möglichkeit einer Flucht klar werden, ehe sie den Mut gefunden haben, aus ihrer Zwangsehe auszubrechen, ist ihnen der Weg nach Deutschland durch das geltende Aufenthaltsrecht verbaut. Bei vielen von ihnen ist dieser Weg der Weg in ihr Geburtsland, meine Kollegin Frau Mahnke hat es erwähnt, sie sind hier geboren, das muss uns klar sein.

(B) Über die Voraussetzungen ihrer Wiederkehr müssen wir uns ebenfalls Gedanken machen. Ist es aus humanitären Gründen zu rechtfertigen, dass wir von den Betroffenen verlangen, auch im Falle von Minderjährigen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, oder dass die Familie dafür aufkommt, und zwar genau die Familie, die für ihr Schicksal verantwortlich ist? Über diese Gesichtspunkte des Problems müssen wir nachdenken, aber nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, und eine konsensfähige Lösung finden, die dem Opfer dient. Beinahe vier Jahre sind zu lange für dieses Nachdenken.

Bremen kann einen Beitrag leisten, um dieses Gesetzgebungsverfahren, das ja zurzeit auf Eis gelegt ist, vielleicht wieder in Gang zu bringen, eine Debatte zu eröffnen. Wir bitten deshalb den Senat erneut, dass er darauf drängt, diese Gesetzesänderung herbeizuführen, die einen verbesserten Aufenthaltsstatus, sozusagen ein Rückkehrrecht, das länger als sechs Monate besteht, garantiert. Ich meine, es ist an der Zeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vielleicht zwei Sätze zum Änderungsantrag der LINKEN! Wir werden diesen Änderungsantrag ablehnen. Eine automatische Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für jugendliche Migranten oder auch eines eigenständigen Aufenthaltstitels für Opfer der Zwangsverheiratung, finde ich, hat keine po-

litische Realisierungschance und ist überzogen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Koalition zwischen SPD und CDU hatte das Aufenthaltsgesetz verschärft unter dem Vorwand, Zwangsverheiratungen zu vermeiden beziehungsweise zu verhindern. Deutsche Sprachkenntnisse wurden zum Beispiel als Voraussetzung des Ehegattennachzugs eingeführt. Diese völlig sinnlose Hürde erschwert vielen Paaren die Zusammenführung erheblich und kann Zwangsverheiratungen auch nicht effektiv verhindern. Es gibt wenige gesetzliche Initiativen, die von Zwangsverheiratung Betroffenen und Bedrohten tatsächlich helfen. Aus diesem Grund freuen wir uns sehr, dass sich nun die Bremer SPD und die Grünen des Themas angenommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings muss ich sagen, dass wir etwas enttäuscht waren. Ihr Vorschlag ist zwar sinnvoll, aber er geht längst nicht weit genug. Der Antrag betrifft nur einen Teilbereich des Gebiets der interfamiliären Gewalt und Nötigung. Deswegen war unser Änderungsantrag notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gegensatz zu dem vorliegenden Antrag beinhaltet unser Änderungsantrag wichtige Ergänzungen. Ihr Antrag geht zwar im Einleitungstext auch auf Verschleppung ein, in den Antragspunkten ist dann aber keine Rede mehr davon. Es sollten auch Menschen, die gegen ihren Willen und ohne eigenes Verschulden im Ausland festgehalten werden, das gleiche Rückkehrrecht bekommen wie Zwangsverheiratete. Es geht darum, dass von familiärem, staatlichem oder sonstigem Zwang Betroffene nicht auch noch vom deutschen Staat bestraft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Antrag beinhaltet auch den Tatbestand der Verschleppung, sodass das Aufenthaltsrecht für alle bestehen bleibt, die gegen ihren Willen im Ausland sind oder dort festgehalten werden. In Ihrem Antrag sind nur Zwangsverheiratete mit ausländischem Pass berücksichtigt, die in Deutschland lebten und ins Ausland verheiratet werden. Deren Situation ist zurzeit so, dass ihr Aufenthaltstitel erlischt, wenn sie länger

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) als sechs Monate im Ausland sind. Das gilt sogar bei einer Niederlassungserlaubnis, also einem unbefristeten Aufenthaltsrecht. Das muss natürlich geändert und ein fristloses Rückkehrrecht im Gesetz festgeschrieben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag von SPD und Grünen lässt aber ausländische Opfer, die im Rahmen einer Zwangsverheiratung nach Deutschland kommen, völlig außen vor. Sie haben das Problem, dass ihr Aufenthaltsrecht mindestens zwei Jahre an den Ehepartner gebunden ist, wenn sie im Rahmen des Ehegattennachzugs nach Deutschland kommen. Wenn sie sich trennen, erlischt ihr Aufenthaltsrecht, und sie müssen ausreisen. Um diese Zwangslage zu verhindern, ist es nötig, diesem Personenkreis ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu geben, nur so können sie sich aus einer Zwangsehe lösen, ohne sofort in ihr Heimatland zurückkehren zu müssen, wo die Familie auf sie wartet, die sie erst in diese Ehe gedrängt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Das Gleiche gilt für Papierlose, die wir im Punkt d berücksichtigt haben. Auch sie brauchen einen wirksamen Schutz vor Zwangsverheiratungen. Das geht nur dann, wenn man ihr durch die Ehe erhaltenes Aufenthaltsrecht nicht an das des Partners bindet. Wer es mit der Unterstützung von Zwangsverheirateten ernst meint, muss auch diese Personengruppe im Blick haben. Unser Änderungsvorschlag zielt im Gegensatz zu dem Antrag von SPD und Grünen, bei denen diese Menschen gar nicht auftauchen, darauf ab. Auch präventive Maßnahmen wie die automatische Erteilung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis für Minderjährige mit ausländischem Pass würde Zwangsverheiratungen erschweren. Dann würden die oder der Jugendliche ein eigenständiges Aufenthaltsrecht besitzen, das nicht nur von den Eltern abhängig ist. Auch melderechtliche, erbrechtliche und weitere aufenthaltsrechtliche Änderungen sollten in diesem Zusammenhang in Erwägung gezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer Kritikpunkt ist die geschlechtsspezifische Einseitigkeit des rot-grünen Antrags. Gewalt gegen Frauen ist zwar mit großem Abstand häufiger innerfamiliärer Zwang, aber auch Gewalt gegen Jungen und Männer ist existent. In einer Studie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2007 zu Zwangsverheiratungen ist von circa 200 bis 300 Betroffenen pro Jahr und Stadt die Rede. Hierbei geht es jedoch nur um die registrierten Fälle von Beratungseinrichtungen in Berlin. Dort waren circa zehn Prozent der Betroffenen männlich. Diese Zahlen sind keine belastbaren Daten, da sie nur ein Ausschnitt sind. Leider

wissen wir in diesem Bereich viel zu wenig, weil auch das Dunkelfeld sehr groß ist. Gerade deswegen brauchen die Betroffenen aber verlässliche Regelungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie einen effektiveren und umfassenderen Schutz für von Zwangsverheiratung Betroffene oder Bedrohte befürworten, sollten Sie unserem Änderungsantrag zustimmen! Er geht inhaltlich weiter und berücksichtigt auch Menschen, die bei Ihnen nicht vorkommen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP)***: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwangsverheiratung ist kein Randthema, sondern gesellschaftliche Realität. Wir Freien Demokraten haben das Ziel, dieses Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, hier mehrfach vorgebracht. Wir haben hierzu auch schon eigene Anträge in dieses Haus eingebracht und hierzu debattiert. Es darf nach unserer Auffassung keine Toleranz gegenüber Zwangsehen unter dem Deckmantel der Multikulturalität geben!

(Beifall bei der FDP)

Es muss klargestellt werden, dass Zwangsheirat verboten und nicht durch religiöse oder traditionelle Gründe gerechtfertigt ist. Die Vereinten Nationen bezeichneten im Juni 2001 die Zwangsheirat sogar als moderne Form der Sklaverei, und das zu Recht.

(Beifall bei der FDP)

Alle geeigneten Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit Zwangsverheiratungen verhindert und die Opfer geschützt werden. Bereits im Frühjahr 2008 haben wir Liberale dieses Thema hier in die Bremische Bürgerschaft getragen. Mit unserem Antrag „Aufklärung und Prävention stärken – Zwangsverheiratungen verhindern“ haben wir auf eine ganze Reihe von Missständen hingewiesen und die Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Zwangsheirat gefordert.

(Beifall bei der FDP)

Auch auf Bundesebene wurde eine intensive Debatte geführt. Schon Anfang 2006 hat die FDP-Bundestagsfraktion die wirksame Bekämpfung der Zwangsehe zum Gegenstand einer parlamentarischen Debatte in diesem Haus gemacht. Wir haben schon früh

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) – der Antrag hat das Datum vom 5. April 2006 – in einem Forderungskatalog unter anderem ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für zwangsverheiratete Frauen, die Erleichterung des Rückkehrrechts, das Recht auf Wiederkehr für Ausländer, die als Minderjährige regelmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatten, verlangt.

Doch unser Antrag wurde – und das ist hier auch schon erwähnt worden – damals mit den Stimmen der damaligen Großen Koalition, also auch mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Nachvollziehbar ist auch nicht, warum die damalige Bundesregierung trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag den auf Initiative des baden-württembergischen Justizministers, Dr. Goll, vom Bundesrat beschlossenen Entwurf für ein Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz seit Jahren blockiert hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe, dass wir mit der hier eingeforderten Bundesratsinitiative dort auch zu Fortschritten kommen.

Der Gesetzentwurf, auf den ich mich soeben bezogen habe, enthält neben den zivil- und strafrechtlichen Instrumentarien Aufklärung, Information und Prävention weitere wichtige Bausteine zur Bekämpfung der Zwangsehe. Wenn Sie in Ihrem Antrag jetzt eine Initiative auf Bundesebene fordern, möchte ich auch diesen Gesetzentwurf, der hier schon angesprochen worden ist, ausdrücklich noch einmal in Erinnerung rufen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wir werden dem Antrag der rot-grünen Koalition zustimmen, denn in einem sind wir uns einig: Oberstes Ziel ist es, die von Zwangsverheiratung Betroffenen besser zu schützen und ihre rechtliche Situation zu verbessern.

Ich möchte zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auch noch einige Punkte anmerken. Viele der Punkte, die in Ihrem Änderungsantrag stehen, sind langjährige Forderungen, die wir auch teilen können, ich habe ja bereits die Erleichterung des Rückkehrrechts nach Deutschland und ein eigenständiges Aufenthaltsrecht angesprochen. Wir erkennen auch die Erweiterung des Betroffenenkreises auf Männer ausdrücklich an. Zwar sind die Zahlen von betroffenen Männern eher gering, aber wir möchten durchaus auch die Tatsache, dass es solche Schicksale von Männern gibt, nicht vernachlässigen.

(Beifall bei der FDP)

In diesen Punkten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, sind wir d'accord. Doch nun kommen wir zu den Punkten, in denen wir nicht übereinstimmen! Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, allen Opfern von Zwangsverheiratungen und Verschleppung Zuflucht und Aufenthalt zu ermög-

lichen. Diese Forderung geht uns Liberalen allerdings dann doch ein wenig zu weit. Unseres Erachtens ist das Kriterium des vorübergehenden regelmäßigen Aufenthalts in Deutschland trotz großen humanitären Engagements nicht zu vernachlässigen.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Besonders von der Zwangsverheiratung betroffen sind Mädchen und Frauen, die noch am Anfang ihres Integrationsprozesses stehen, daneben aber auch und gerade Migrantinnen, deren Lebenseinstellung und Lebensweise nicht mehr denen von Kultur und Sitten der ehemaligen Heimat der Eltern geprägten Erwartungen in der Familie und im sozialen Umfeld entsprechen.

Wir glauben auch – und an dieser Stelle möchte ich auch zum Schluss kommen –, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, den Sie uns vorgeschlagen haben, doch ein wenig zu weit geht. Ich denke, insgesamt muss uns klar sein, dass es ein ernsthaftes Thema ist und dass wir realistisch schauen müssen, welche Punkte wirklich wesentlich sind und auch im Vordergrund stehen sollten. Wir glauben, dass die Punkte im Antrag der Koalition schon richtig formuliert sind. Dementsprechend werden wir diesem Antrag auch zustimmen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

(D)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag der Koalition zu. Wir stimmen dem Änderungsantrag der LINKEN nicht zu, er geht zu weit und gefährdet damit die Annahme des Antrags nicht nur hier, sondern auch in Berlin, und damit helfen wir am Ende keiner Frau. Darüber hinaus möchte ich sagen, dass sowohl Frau Mahnke als auch Frau Dr. Mohammadzadeh klar gesagt haben, was das für diese Frauen bedeutet. Es ist ein Verstoß gegen Menschenrechte, wenn man Frauen zwangsverheiratet und sie verschleppt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Glück kann sich niemand von uns wirklich vorstellen, was es bedeutet, wenn man zwangsverheiratet oder in ein anderes Land verschleppt wird. Da fehlt uns allen wahrscheinlich die Fantasie. Was diese Frauen erleiden müssen, führt zu einer Schädigung der Seele für das ganze Leben, ich glaube, darüber sind wir uns klar, das geht wie ein Schatten mit. Es gibt keinen Trost und sehr wenig Hilfe. Das Einzige, was wir tun können, ist an ihnen dieser Stelle einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr nach Deutsch-

(A) land zu geben. Weil das die einzige Unterstützung dieser Frauen – und es sind natürlich mehrheitlich Frauen, die das erleiden, das wurde auch von allen gesagt – ist, sollten wir diesem Antrag alle zustimmen, und das tun wir ja auch. Ich finde es gut, dass dieses Thema so konsensual in diesem Haus behandelt wird, wir haben ja heute auch kontroverse Themen gehabt.

Wenn es aber um die geringe Hilfe und Unterstützung von Frauen geht, die zwangsverheiratet oder verschleppt wurden, sind wir uns einig, und das ist gut so. Deshalb danke ich ausdrücklich denjenigen, die diesen Antrag eingebracht haben, in dem Fall den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, damit habe ich überhaupt kein Problem, unsere Fraktion auch nicht. Vielen Dank! Ich finde es schön, dass wir das gemeinsam machen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Staatsrätin Buse.

Staatsrätin Buse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stellen hier in großer Übereinstimmung fest, dass die Zwangsheirat ein gesellschaftliches Phänomen ist, das mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik unvereinbar ist und gegen das Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen verstößt. Trotz aller Anstrengungen und rechtlichen Regelungen, insbesondere im Familien- und Strafrecht, können solche Zwangsehen aber nach wie vor leider nicht immer verhindert werden.

(B) Bei dem heute vorliegenden Antrag geht es um die Frage, inwieweit die aufenthaltsrechtlichen Regelungen den Besonderheiten der Zwangsheirat gerecht werden. Im Vordergrund stehen dabei das Recht auf Wiederkehr sowie die Regelungen zum Erlöschen von Aufenthaltstiteln bei einer Ausreise. Das geltende Aufenthaltsgesetz stellt bei dem Recht auf Wiederkehr auf die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts vor der Ausreise, den Schulbesuch und das Höchstalter ab. Zur Vermeidung einer besonderen Härte kann aber von diesen Voraussetzungen abgewichen werden.

In den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz, die jetzt gerade neu gefasst worden sind, heißt es nun auch in diesem Punkt: „In Fällen der Zwangsverheiratung kann je nach Umständen des Einzelfalles eine besondere Härte vorliegen.“ Das ist schon ein Fortschritt gegenüber dem Zustand, den wir bis dahin hatten. Es bleibt aber dabei, dass es sich, wie auch in dem Antrag zutreffend festgestellt wird, um eine Ermessensentscheidung der Ausländerbehörden handelt. Wünschenswert wäre jedoch eine Regelung im Gesetz selbst, um deutlich zu machen, dass das Aufenthaltsrecht im Fall einer Zwangsheirat auch bei einer erzwungenen Ausreise nicht ver-

loren geht beziehungsweise eine Wiedereinreise möglich ist.

(C)

Es hat in der Vergangenheit Versuche gegeben, diesen Umstand und dieses Bedürfnis gesetzlich zu regeln. Im Jahr 2005 ist ein entsprechender Vorstoß gescheitert. Ich glaube aber, dass wir heute in einer deutlich besseren Situation sind, denn ich kann Ihnen mitteilen, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 18. September beschlossen hat, die Bundesregierung zu bitten, bei der nächsten Überarbeitung des Aufenthaltsgesetzes eine verbesserte Rückkehrmöglichkeit für Opfer von Zwangsheirat durch Ergänzung von Paragraf 51 Aufenthaltsgesetz vorzusehen, und es ist ausdrücklich auch darauf hingewiesen worden, dass der Aufenthaltstitel nicht schon nach sechs Monaten erlöschen darf, weil es Betroffenen häufig erst später gelingt, sich aus ihrer Zwangssituation zu befreien und nach Deutschland zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher hat also dieser Vorstoß, der hier von dieser Bürgerschaft unternommen wird, denke ich, einen guten und starken Rückenwind, und wir können daher davon ausgehen, dass dieser gemeinsame Wunsch hier auch Realität wird und wir deswegen zumindest die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, um das Schicksal derjenigen, die von Zwangsverheiratung betroffen sind, abzumildern.

(D)

Es ist natürlich auch so, dass wir auch an anderen Punkten und an anderen Stellen, wie es auch Herr Dr. Möllenstädt hier angesprochen hat, aufgefordert sind, uns um dieses Problem zu kümmern und uns um die Menschen Gedanken zu machen, die von dieser Zwangsheirat betroffen sind. Deshalb muss auch im Vordergrund unserer Bemühungen stehen, Zwangsheirat zu verhindern. Entscheidend ist dabei auch, insbesondere das Selbstbewusstsein der meist jungen Frauen zu stärken, um sich gegen eine Zwangsheirat wehren zu können, und sie bei der Durchsetzung dieser Entscheidung zu unterstützen.

Wir haben auch infolge der Diskussionen, die in den vergangenen Jahren auch in diesem Haus geführt worden sind, beispielsweise Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Stadtamt und im Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Bremerhaven geführt, um sie genau für dieses Thema zu sensibilisieren, sie in die Lage zu versetzen, den besonderen Belangen der jungen Frauen und in Ausnahmefällen auch jungen Männern gerecht zu werden und sie in dieser Hinsicht auch fundiert beraten zu können. Daher hoffe ich, dass wir bald eine Erfolgsmeldung zur Kenntnis nehmen können, nämlich in dem Sinne, dass wir für die Frauen, die bisher vor Zwangsheirat nicht hinreichend geschützt wurden und nicht davor geschützt wurden, dann möglicherweise auch noch ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren, in

(A) Bälde eine gute Lösung finden können. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 17/929, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/929 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/874 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 9 aufrufe, begrüße ich ganz herzlich auf unserer Besuchertribüne eine Gruppe der Nachbarschaft aus dem Bultenweg. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Besondere Investitionsanstrengungen für Bremerhaven

(C)

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/883)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Lühr und Herr Staatsrat Mützelburg.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaft- und strukturpolitisches Handeln sind mehr als ein einfacher Dreisatz, wie er vonseiten der Opposition immer wieder gebetsmühlenartig formuliert wird. Volumina gleich 100 Prozent geteilt durch 25 gleich X Euro, komme, was da wolle, dieser zweite Bericht zeigt deutlich: Das ist zu kurz gedacht.

Die Ursachenforschung über die Herkunft Bremer Schlaglöcher in Bremerhaven ist auch allzu populistisch. Das ist kein erklärtes Ziel für rot-grünes Handeln! Beides wird der Aufgabe der Stärkung der regionalen Wirtschaft der Stadt Bremerhaven unter Fortsetzung des eingeleiteten Strukturwandels nicht gerecht. Nach wie vor sind die wirtschaftsstrukturellen Probleme Bremerhavens bestehend aus außergewöhnlich hohen Sozialhilfeleistungen und arbeitsmarktbedingten Förder- und Folgekosten nicht bestreitbar. Überproportionalität ist für Rot-Grün weiterhin Ansporn und Verpflichtung zugleich, Projekte und Entwicklungen nicht einem schnöden Proporz zu unterwerfen, sondern vielmehr alle Chancen und Möglichkeiten, die uns der Haushalt und die Eckwerte bieten, über die kommunalen Grenzen hinweg auf Zielstrebigkeit und Sinngehalt zu überprüfen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wirtschaft, Umwelt, Mensch und Soziales stehen für Bündnis 90/Die Grünen auch gerade bei Investitionen im Vordergrund. Nun mag der eine oder andere sagen, dies sei alles künstlich hochgerechnet und schnell einmal in einem Eintopf aus allerlei sowieso bestehenden Verpflichtungen in diesem Bericht verkocht worden. Da empfehle ich dann doch das genauere Hinsehen in die ausführlichen Listen, die Ihnen vorliegen. Alle Kapitaldienste im stadtbremischen Hafengebiet sind zum Beispiel nicht eingerechnet, auch die gesamtbremischen Einrichtungen, die sich in Bremerhaven befinden, sind nicht eingerechnet. Gerade die Investitionen aus den Konjunkturpaketen will ich hier noch einmal erwähnen.

Generell ist zu bemerken und ausdrücklich zu loben, dass die Mittel Bremerhaven ohne kommunale

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) len Eigenbeitrag zur Verfügung gestellt wurden. So lässt sich vor Ort tatsächlich das erreichen, was wir mit den zentralen Förderbereichen energetische Sanierung, Bildungsinfrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Krankenhäuser sowie Erweiterung des Clusters Windenergie im Konjunkturpaket II vor Ort schnell umsetzen konnten und können.

Genau da – und das kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen – ist es doch merkwürdig, dass sich die CDU im April und August dieses Jahres in der Wirtschaftsdeputation völlig grotesk verhalten hat. Da wird es möglich, schneller als gedacht, die Infrastruktur für die Aquakulturforschung, für das IMARE, immerhin ein national und international renommiertes Forschungseinrichtungsinstitut, an dem das AWI wesentlich beteiligt ist, herzustellen und somit den Bereich der Forschungs- und Entwicklungsmeile konsequent zu stärken, und die CDU erklärt uns hier mit Herrn Kastendiek an der Spitze, sie sehe es nicht als gesichert an, dass das IMARE genügend Mittel als Mieter dieser Einrichtung einwerben und auch die Miete auf Dauer zahlen könne, und somit – der Kollege Bödeker aus Bremerhaven hat sich da eingereicht – dem Projekt nicht ihre Zustimmung geben könne. Oh Wunder, oh Wunder!

Damit aber nicht genug! Dem Sicherheitstrainingszentrum für die Offshore-Installationen wird mit dem Hinweis auf ähnliche Einrichtungen bei der Marine oder in Esbjerg auch die Zustimmung verwehrt, obwohl es die CDU war, die sich konsequent für den Strukturwandel in Bremerhaven angesprochen hat, aber eben nur da, wo sie es steuern, planen und dann auch medial einmal vermarkten kann.

(B) Ach ja, die FDP! Die ist dann auch noch da und schaut hin und wieder einmal, wo sie in den Kanon der CDU passt. Besonders lustig wird es bei diesen Maßnahmen, wenn der Kollege Müller der LINKEN das Wort ergreift und uns erklärt, dass wir das schon lang brachliegende Dock, in dem wir dieses Sicherheitstrainingszentrum ohne die Schaffung zusätzlicher gigantischer Bauvorhaben planen, doch lieber zum maritimen Denkmal erklären sollten. So beseitigen wir die strukturellen und wirtschaftspolitischen Misslichkeiten in Bremerhaven auf Dauer nicht!

Ich fordere Sie auf, sich konstruktiv und ohne Pseudoargumentation am Abbau der strukturpolitischen Unterschiede beider Kommunen zu beteiligen! Letztlich sind der soziale Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stärke beider Kommunen, die unser Bundesland Bremen bilden, wichtig. Zwei Städte, ein Land! Bloße Mathematik und das Festhalten an Quoten lassen sich nicht zu konstruktivem und nachhaltigem Handeln vereinen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

(C) Abg. **Bödeker (CDU)***): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal denke ich, dass man die Historie nicht vergessen darf. Lieber Herr Willmann, das können Sie nicht wissen, damals waren Sie noch nicht dabei und im Parlament politisch noch nicht tätig! Die Behandlung der Frage von Investitionen in Bremerhaven und der Frage der Gleichstellung der Bevölkerung in Bremerhaven mit der Bevölkerung in Bremen ist eine Entscheidung der Großen Koalition gewesen. Es ist eine richtige Entscheidung gewesen! Ich denke, es ist konsequent vorangetrieben worden.

Die Probleme in Bremerhaven waren ja 1995 so, wie sie waren: die Oberzentrumfunktion vollkommen verloren, die Menschen aus den Umlandstädten haben in Bremerhaven nicht mehr gekauft und Bremerhaven nicht mehr besucht. Wir haben damals mithilfe des Landes, und wir sind auch außerordentlich dankbar, die Innenstadt umgestaltet. Es war damals eine Summe von 130 Millionen DM, aufgeteilt in 70 Prozent vom Land und 30 Prozent von der Stadt. So haben wir den ersten Strukturschritt in Gang gebracht. Ich finde, das ist richtig.

Wir haben in Bremerhaven das Problem der Stadtteile, wir hatten 1995 das Problem der Werften, und wir haben natürlich auch das Problem des demografischen Wandels, insbesondere auch der Abwanderung. Natürlich war 1995, als die Große Koalition in Bremerhaven gegründet worden ist, auch die Frage des Wohnumfeldes problematisch. Ich will jetzt hier die Schuldfrage nicht stellen, ich will auch nicht sagen, dass Sozialdemokraten damals nicht für Wohnungsbaugrundstücke gesorgt haben, wir haben es ja als Große Koalition nachgeholt. Das hat natürlich alles dazu geführt, dass Bremerhaven sehr gelitten hat.

Wir haben dann versucht, in diesem Bereich umzustrukturieren. Wir haben gesagt, wir brauchen nicht nur Monostrukturen mit krisenfalligen Bereichen, sondern wir brauchen auch den Bereich Tourismusstadtentwicklung. Ich denke, das ist doch vernünftig umgesetzt worden! Dafür sind wir außerordentlich dankbar. Wir haben die Havenwelten umgesetzt, das Deutsche Auswandererhaus, den Zoo am Meer und das Klimahaus, und alles erfolgreich. Die Besucherzahlen sprechen ja dafür. Die Frage – und da haben wir in diesem Bereich natürlich heftig über Einzelhandel diskutiert – von Öffnungszeiten hat sich in diesem Bereich auch positiv entwickelt.

Insofern, glaube ich, haben wir unsere Hausaufgaben schon gemacht, und auch in vielen Kleinigkeiten, Herr Willmann, haben wir vernünftig gearbeitet. Ich denke, wenn man einmal den Strukturwandel einer Stadt betrachtet, ist es natürlich vernünftig gewesen, dass wir Sanierungsmaßnahmen in den Stadtumbaugebieten durchgeführt haben. Ich glaube, man kann viele kleine Punkte aufzählen, wo wir

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) in Bremerhaven einen Strukturwandel herbeigeführt haben, der inzwischen sehenswert ist.

Wenn Sie Menschen in Bremerhaven zu Besuch haben, dann sind sie erstaunt und zufrieden. Es wird uns auch gelingen, die Bremerhavener Bevölkerung noch zu begeistern. Das ist natürlich auch immer etwas schwieriger, auch in der Laune. Herr Dr. Güldner – ich verwechsle auch Ihren Namen nicht –, Ihre Anmerkung, als ich bei Ihnen auf Ihrer Veranstaltung war, mit dem Parkplatz zwischen Bremen und Bremerhaven, der „Harmonie“ heißt, war eine richtige. Deswegen dürfen wir auch als Bremerhavener einen Fehler nicht machen. Ich denke, den machen Sie, Herr Willmann. Sie ziehen auf der einen Seite Bremerhaven nach vorn und reden nicht über Bremen.

Dass dies natürlich bei all den Maßnahmen und bei all den Prozentpunkten – ich lese einmal vor: 2008 29,5 Prozent der Investitionsmaßnahmen in Bremerhaven, 2009 waren es 30,4 Prozent, 2010 sind es 21,3 Prozent, und 2011 24,6 Prozent – natürlich ein Anteil ist, der höher ist als der Anteil des Landes, das ist richtig, und deswegen gibt es natürlich auch Menschen in der Stadt Bremen, die danach fragen, ob das richtig ist und ob das so sein muss. Ich bin davon überzeugt, dass das richtig ist, weil wir die Lebensbedingungen anpassen müssen, aber ich habe auch Verständnis für die eine oder andere Frage, die in der Stadt Bremen gestellt wird, und ich halte es für einen riesigen Fehler, wenn wir das, was ja bei der Veranstaltung der Grünen versucht worden ist, abbauen. Dieser Streit, dass die Bremerhavener sagen, die Bremer betrügen uns, und die Bremer sagen, dass die Bremerhavener immer zu viel bekommen, ist ein Streit in einem geschlossenen Bundesland, der falsch ist. Wir müssen zusammenarbeiten.

(B)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich denke, das ist die wichtigste Aufgabe, und deswegen ist es auch nicht in Ordnung, wenn bei den einzelnen Vorlagen, Herr Willmann, und das Sicherheitstrainingscenter war eine solche Vorlage, von der wir eben nicht überzeugt waren, dass sie richtig ist –.

Es ist doch unsere Aufgabe als Politiker, wenn wir nicht überzeugt sind, dass eine Aufgabe richtig ist, dass wir dann zunächst einmal ablehnen, infrage stellen und darüber diskutieren wollen. Das ist kein Fehler, das ist verantwortungsvolles Handeln. Ich stehe da voll bei Herrn Kastendiek, weil ich das genauso mitgetragen habe, weil es richtig ist und man wirklich nicht alles – ich will jetzt nicht Blödsinn sagen – immer nur durchwinken kann, sondern weil man auch hinterfragen muss, ob das etwas ist, von dem ich glaube, dass es nicht unbedingt dazu taugt, hier Vorwürfe zu formulieren.

Ich glaube, dass wir in Bremerhaven unsere Hausaufgaben gemacht haben. Wir sind ausgesprochen

dankbar, weil wir wissen, dass wir es allein nie hätten leisten können. Dementsprechend glaube ich, dass der Weg, wie er durch die Große Koalition eingeleitet worden ist, nämlich Infrastrukturmaßnahmen und Investitionsanstrengungen in Bremerhaven zu verstärken, richtig war, denn die Sanierung des Bundeslandes wird nur dann gelingen, wenn die Sanierung der Stadtgemeinde Bremerhaven gelingt.

Eines kann ich Ihnen auch versichern, es gibt ja so das eine oder andere Projekt, von dem die Bremer sagen, ob das so sein muss: Da muss man auch die Historie wieder ansehen, und dann kann man auch erkennen, dass es dann doch wohl so sein muss, aber wir werden das, was heute morgen hier ja auch diskutiert worden ist in Bremerhaven, bei den Haushaltsberatungen in aller Deutlichkeit auch durchführen. Wir werden die Frage des Strukturwandels und die Frage der Aufgabenkritik deutlich stellen, und wir werden natürlich auch die Vorgaben, die aus Bremen kommen, was Haushaltsvolumen angeht, natürlich einhalten müssen, und das werden wir auch tun. Wir werden in aller Härte auch in Bremerhaven in der Großen Koalition darüber verhandeln, dass wir auch in Bremen einen vernünftigen tragfähigen Haushalt dabei durchführen und beschließen werden.

Als Letztes können Sie versichert sein, dass wir es uns nicht so leicht machen und sagen, Bremen kann ja bezahlen, wir werden schon irgendwie klarkommen, sondern ich glaube, wir in Bremerhaven haben Verantwortung. Dafür sollten alle Bremerhavener Abgeordnete gemeinschaftlich mit der Großen Koalition in Bremerhaven auch arbeiten. Insofern glaube ich, dass eine Ernsthaftigkeit der Haushaltsaufstellung in Bremerhaven wohl gegeben ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht über den Anteil Bremerhavens an den Gesamtinvestitionen des Landes Bremen bestätigt leider die von uns schon früh in dieser Legislaturperiode geäußerten Befürchtungen. Es zeigt sich, dass der von FDP und CDU gemeinsam vor jetzt etwas mehr als zwei Jahren eingebrachte Antrag, einen 25-prozentigen Anteil der Investitionen für Bremerhaven weiterhin sicherzustellen, richtig war.

(Beifall bei der FDP)

Über den gesamten Zeitraum 2008 bis 2011 betrachtet bekommt Bremerhaven zwar im Schnitt insgesamt 27 Prozent der Investitionen. Betrachtet man allerdings die kommenden Jahre, sieht das Bild doch schon eher etwas düsterer aus: 21,3 Prozent im Jahr 2010 und 24,6 Prozent im Jahr 2011, Herr Willmann, sind unterhalb der aus gutem Grund gewählten 25-Prozent-

(C)

(D)

- (A) Mindestgrenze. Auch für das Jahr 2009 sähen die Zahlen um einiges schlechter aus, Herr Dr. Güldner, würde Bremerhaven nicht aus den Mitteln des Konjunkturpakets II mit etwa 30 Prozent deutlich überproportional profitieren.

(Beifall bei der FDP)

Eines ist klar: Die Meldungen aus Bremerhaven sind in den letzten Jahren besser geworden, Herr Bödeker sprach es bereits an. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken, die Windenergiebranche hat neuen Schwung in die Stadt gebracht, und der Tourismus blüht auf. Bremerhaven hat den Tiefpunkt hinter sich gelassen, aber dennoch ist die Lage bei positiven Meldungen immer noch prekär, sehr hohe Arbeitslosigkeit, je nach Schätzung 30 bis 40 Prozent Kinderarmut, strukturelle Probleme, deren Lösung noch nicht in Sicht ist, und Verödung der Stadtteile, dies sind nur einige der Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben.

Denken Sie bitte an Artikel 65 der Landesverfassung: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zum Zusammenhalt der Gemeinden des Landes und wirkt auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin.“ Wir brauchen deshalb auch weiterhin einen überproportional hohen Anteil der Investitionen in Bremerhaven. Es kann ja niemand ernsthaft denken, dass die Probleme, mit denen unsere Stadt zu kämpfen hat, schon überwunden sind.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Es kann auch nicht oft genug gesagt werden, dass unser Land mit den beiden Städten Bremen und Bremerhaven nur dann überleben kann, wenn beide Städte gesund sind. Auch ein reiches Bremen kann auf Dauer ein armes Bremerhaven nicht verkraften, daher kämpft die FDP weiterhin für einen mindestens 25-prozentigen Anteil der Investitionen des Landes für Bremerhaven.

(Beifall bei der FDP)

Welche Folgen die zurückhaltende Investitionsbereitschaft haben kann, können wir derzeit auf fatale Weise erleben. Die dringend benötigten und stark nachgefragten Gewerbeflächen auf der Luneplate warten auf ihre Erschließung, wir haben das gestern diskutiert. Senat und Wirtschaftsförderung wollen oder können noch nicht investieren und versuchen, die Erschließungskosten von der Stadt Bremerhaven zahlen zu lassen. Bremerhaven hat dieses Geld natürlich nicht. Die Unternehmer zur Kasse zu bitten, wie es gestern verkündet wurde, ist bei dem Wettbewerb mit den Nachbarn, ich sage nur Cuxhaven und Hamburg, absolut utopisch.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen aber jetzt die Erschließung der Luneplate. Wenn das Land hier investiert, ist der Ertrag überproportional hoch. Wo sonst können wir mit einem vergleichbaren Wachstum rechnen, wo sonst in unserem Land ist das Potenzial so groß? Hier liegt die Basis dafür, die guten Ansätze in Bremerhaven zu verfestigen.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Eines muss ich als Bremerhavener natürlich zugeben: Der Magistrat der Stadt tut sehr viel, um Bremerhaven derzeit reichlich schlecht aussehen zu lassen. Dass die Große Koalition sich mit Steuergeldern ein neues Eisstadion leistet, wird uns sicher noch öfter genüsslich unter die Nase gerieben werden, und auch das fehlende Controlling, wie etwa bei den Havenwelten, müssen wir uns ankreiden lassen. Im Geldausgeben ist die Stadt Bremen allerdings mindestens genauso gut.

Das alles kann aber kein Anlass sein, die wichtigen und richtigen Investitionen im strukturell noch immer benachteiligten Bremerhaven auf die lange Bank zu schieben. Ansonsten kommen wir hier zu kleinlichem Aufrechnen, welche Stadt jetzt wo mehr verschwendet hat, erfolgreich wären wir damit nicht. – In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

(D)

Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche ja auch immer, in Redebeiträgen und in Haltungen, die von Fraktionen in diesem Haus vermittelt werden, so etwas wie Stringenz wiederzufinden. Ich fand, das kann man ja auch ganz ehrlich sagen, dass die Rede des Kollegen Bödeker in die stringente Haltung der CDU hineinpasst, das bewegte sich durchaus in dem Korridor ihrer Haltung. Die Rede des Kollegen Ella eben passte eigentlich in gar nichts mehr hinein.

Herr Ella, Sie müssen sich das einmal überlegen, heute morgen hat Ihr Fraktionsvorsitzender eine flammende Rede gehalten, lasst uns eine Enquetekommission machen, lasst uns einmal kritisch an alles herangehen, lasst uns sparen, und alle Mann zusammen! Dass Sie vorher schon das Gegenteil davon erklärt haben via Bremerhaven und die Sparvorschläge der CDU als Unfug abgetan haben, das fällt dann einmal locker – –. Ich kann Ihnen das vorlesen, ich habe das auf meinem Gerät. Das ist ganz einfach, Sparen würde nicht funktionieren und schon gar nicht zulasten Bremerhavens. Ich finde, Sie müssen sich auch einmal irgendwann überlegen, wofür die FDP hier in diesem Haus eigentlich steht.

(Zuruf des Abg. **W o l t e m a t h** [FDP])

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Steht sie für die Linie des Kollegen Ella, der sagt, gebt mehr Geld nach Bremerhaven, wir werden von den Bremern permanent benachteiligt, oder steht sie für die Haltung des Kollegen Woltemath, der sagt, eigentlich müssen wir insgesamt schauen, wie wir das überhaupt finanziell in diesem Land noch bewegt bekommen? Da müssen Sie sich als FDP in der Frage einmal entscheiden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin dem Kollegen Woltemath an der Stelle auch dankbar, dass er zum Teil sagt, liebe Leute, lasst uns nicht immer darüber reden, was Bremen und Bremerhaven auseinandertreibt, sondern lasst uns lieber darüber reden, wie man Bremen und Bremerhaven enger zusammengebunden bekommt und wie man es schafft, dass beide Städte sagen, es gibt hier Probleme, wir arbeiten aber daran, diese Probleme zu lösen. Dafür bin ich Ihnen dankbar, weil ich nämlich genau finde, dass es nicht darum geht, nicht darüber zu reden, wer für welche Schlaglöcher verantwortlich ist, und immer zu sagen, die Bremerhavener sind für die Schlaglöcher in der Stadt Bremen verantwortlich.

- (B) Das kann man übrigens an den Prozentzahlen wunderbar ablesen. 2008 waren sie ein bisschen tiefer, die Schlaglöcher, da hatten wir 29,5 Prozent der Gesamtinvestitionen, und 2009 waren sie sogar noch tiefer, da hatten wir 30,4 Prozent. Nun flachen sich die Schlaglöcher in der Stadt Bremen ein bisschen ab, das ist ja die Peper-Argumentation der Handelskammer, um es einmal so zu sagen. Auch da bin ich dem Kollegen Bödeker dankbar, dass er hier ein paar deutliche Worte dazu gesagt hat. Sie haben aber wieder gerade das Spiel gespielt, wir schauen einmal, ob wir den Graben zwischen Bremen und Bremerhaven nicht noch ein bisschen tiefer bekommen, indem sie hier erneut mit der Forderung um die Ecke kommen, nun macht einmal wieder 25 Prozent.

Wir haben gesagt, als wir als rot-grüne Koalition angetreten sind, gute Projekte werden sich ihr Geld suchen, und gute Projekte haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren ihr Geld auch gefunden. Das ist, finde ich, auch ein Erfolg rot-grüner Wirtschafts- und Hafenpolitik, den man deutlich hervorheben muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Natürlich sind Bremerhaven-Debatten nicht losgelöst zu führen von den finanzpolitischen Debatten, die in diesem Land stattzufinden haben. Ich habe den Eindruck, dass das auch bei den meisten in diesem Haus inzwischen angekommen ist, dass man sich auch als Bremerhavener hier eher lächerlich macht, wenn man hier sagt, heute morgen habt ihr Bremer fleißig über die Finanzlage des Landes diskutiert, herzlichen

Glückwunsch dazu, das fanden wir ganz amüsant, und jetzt tragen wir euch einmal vor, wie viele Millionen wir gern abholen würden, und das bitte schnell, und sagt möglichst nichts Kritisches in Richtung Bremerhaven. So kann es natürlich nicht laufen, Herr Kollege Ella!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Man kann doch nicht in der Haushaltssituation morgens erklären, wir müssen über brutalstmögliches Sparen reden, und wir müssen an die Strukturen heran und alles auf den Prüfstand stellen, und nachmittags kommt dann ein Fraktionsmitglied dieses Parlaments, das morgens dazu erklärt hat, ganz hart heran, und sagt, jetzt investiert einmal wieder 25 Prozent, und zwar unabhängig von den Projekten, es muss viel mehr in Bremerhaven getan werden, und was der Senat hier macht und gemacht hat, ist eigentlich viel zu wenig. Das ist, finde ich, eine schizophrene Politikhaltung, Herr Ella, und ich finde, Sie tun auch nicht gut daran!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn Sie dieses Papier lesen, stellen Sie fest, dass man das natürlich auch wieder in der Gesamtbetrachtung sehen muss. Ich habe eine meiner ersten größeren Reden als hafenpolitischer Sprecher in diesem Haus gehalten, als es um den Vorschlag ging – wieder einmal um die Debatte der Hafenhoheit –, über die Hoheit zu reden, wem am besten die Häfen in Bremerhaven gehören und wer sich gut dabei fühlt.

(Bürgermeisterin L i n n e r t : Mir!)

Genau, der Finanzsenatorin! Mir ist das ehrlich gesagt auch völlig egal, wem die Häfen gehören, das habe ich immer vertreten, für mich ist entscheidend, dass in die Häfen in Bremerhaven investiert wird, dass dort Arbeit entstehen kann und Beschäftigung weiter ausgebaut wird. Es ist es mir völlig egal, ob die Häfen – und das sage ich hier als Bremerhavener – in die Hoheit der Stadt Bremen gehören oder dem Land Bremen oder dem Kaiser von China. Das ist, finde ich, unerheblich, wenn in diesen Häfen entsprechend etwas passiert, das, finde ich, gilt für ganz viele Teile.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den
Vorsitz.)

Wir müssen doch gemeinsam als Bremen und Bremerhaven schauen, wie wir es organisiert bekommen, die Strukturprobleme, hat der Kollege Bödeker ja eindrucksvoll beschrieben: vor zehn Jahren die hohe Arbeitslosigkeit, Werften und Fischerei am Boden, der

(C)

(D)

(A) Abzug der Amerikaner und Gewerbeflächen frei ohne Ende! Das war ja ein Kalauer. Man musste in der Bremischen Bürgerschaft nur sagen, lasst uns einmal über Erfolgsprojekte in Bremerhaven reden, dann warf irgendjemand ein: Carl-Schurz-Kasernen-Gelände. Das haben die Bremerhavener gekauft, es lag jahrelang brach und war sozusagen geflügeltes Wort für Investitionen in Bremerhaven, die nicht funktioniert haben. Inzwischen läuft es, und das ist, finde ich, ein Verdienst, dafür kann sich nicht nur die SPD auf die Schulter klopfen, dafür kann sich nicht nur die CDU auf die Schulter klopfen, auch nicht nur die Grünen, sondern das haben viele, die in den vergangenen Jahren Politik gemacht haben, gemeinsam erreicht.

Insofern glaube ich, dass es ein guter Bericht ist, den der Senat vorgelegt hat, in dem natürlich Punkte enthalten sind, bei denen man sagen muss, da könnte man sich mehr vorstellen. Zur Entwicklung der Stadt Bremerhaven gehört aber auch eine finanzpolitisch seriöse Grundhaltung, und sie kann nicht so aussehen, dass man immer nur schreit, wir wollen mehr, und dabei völlig vergisst, wie die Lage des Landes insgesamt ist. Bremerhaven ist also auf einem guten Weg, und ich bin dankbar für diesen deutlichen Bericht, den der Senat an dieser Stelle vorgelegt hat. – Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Völlig zu Recht hat der Senat im Juli 2007 festgestellt, dass es überproportionaler Anstrengungen und Investitionen bedarf, um am Standort Bremerhaven insbesondere auf einen Ausgleich der bestehenden Arbeitsplatzdefizite hinzuwirken. In der offiziellen Arbeitslosenstatistik nimmt die Stadt seit vielen Jahren einen traurigen Spitzenplatz unter vergleichbaren Kommunen ein. Die soziale Spaltung der Stadt vertieft sich immer weiter, ebenso die Kluft zwischen Arm und Reich. Die Auswirkungen von Hartz IV feiern in Bremerhaven traurige Triumphe.

Gleichzeitig zeigt der Bericht jedoch auch auf, wo mit den besonderen Investitionsanstrengungen tatsächlich angesetzt werden müsste. Es ist schon richtig, dass sich Bremerhaven inmitten eines tiefgreifenden und bedeutenden Strukturwandels befindet. Die bereits deutlich sichtbaren baulichen Veränderungen, wie zum Beispiel die Erweiterung der Hafenumschlaganlagen und die wachsende Windenergiebranche mit ihren Produktionsbetrieben, belegen, dass sich hier etwas getan hat.

Leider ist das aber nur die eine Seite Bremerhavens. Auf der anderen Seite sind die Veränderungen zum Teil eher negativ zu bewerten. Trotz der vermeint-

lichen Aufbruchstimmung ist ein massiver Arbeitsplatzabbau erkennbar. Die direkten Folgen sind bereits jetzt deutlich sichtbar und für die betroffenen Menschen in Bremerhaven sehr schmerzhaft zu spüren. Die Hafenterminals sind nur noch eingeschränkt ausgelastet, und die einst in der Stadt traditionell starke Schiffbaubranche kämpft schlicht ums Überleben. Gleichzeitig gehen immer mehr einst gut bezahlte und hoch qualifizierte Arbeitsplätze unwiderwillig verloren.

Dafür greift das Unwesen der Leiharbeit um sich. Im Gefolge dessen wachsen die schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnisse in einem nicht mehr hinnehmbaren Ausmaß. Nun könnte man ja meinen, dass mit den massiven Investitionen in den Bereichen Tourismus, Wissenschaft, Hochschulen und Windenergie die Weichen für eine insgesamt bessere Zukunft Bremerhavens gestellt sind. Das allerdings ist nur vordergründig richtig. DIE LINKE fordert daher, den Fokus aller Anstrengungen auf die nachhaltige Verbesserung der Daseinsfürsorge und Lebensumstände der in Bremerhaven lebenden Bürgerinnen und Bürger zu richten.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. G ü n t h -
n e r [SPD]: Was heißt das konkret, Herr
Müller?)

Unserer Meinung nach müsste das Land viel mehr in soziale Strukturen und in die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse investieren. Zum Teil ist in Bremerhaven die Unterrichtsversorgung an allgemein- und weiterbildenden Schulen und Bildungseinrichtungen nur noch eingeschränkt gewährleistet. Hier fehlen über 100 gut ausgebildete Lehrkräfte! Der aus der Presse zu entnehmende Betrag von 918 000 Euro, der für den Zeitraum 2010 und 2011 geplant ist, ist ein guter Ansatz, kommt aber den tatsächlichen Bedürfnissen nicht nach. Laut Aussage des Bremerhavener Schulamtes werden zur Umsetzung der Bremerhavener Schulreform an die fünf Millionen Euro benötigt.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die
Grünen]: Was sind denn das für Mondzah-
len?)

Hören Sie zu!

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Wo haben Sie denn
die Zahlen her? Das stimmt doch alles gar
nicht!)

Aber auch das Angebot an Krippenplätzen, Kinderhorten, Kitas und auch an Jugendfreizeiteinrichtungen ist mangelhaft. Hier muss nach Auffassung der

(C)

(D)

- (A) LINKEN umgehend und massiv investiert werden, um die derzeitigen Missstände beheben zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Der nunmehr drängende Handlungsbedarf ist darüber hinaus auch eine direkte Folge einer seit vielen Jahren im Kern falsch angelegten Wirtschaftsförderung und Investitionspolitik. Diese hat viel zu lange und einseitig auf millionenschwere Investitionen zur vermeintlichen Verstärkung der wirtschaftlichen Infrastrukturen gesetzt. Darüber fast vergessen, auf jeden Fall sträflich vernachlässigt, wurden die berechtigten Belange und Bedürfnisse der Bremerhavener Bevölkerung. Diese müssten aber immer im Mittelpunkt all unserer Bestrebungen stehen. Was die Menschen bewegt, sind nicht die längsten Containerterminals, nicht die größten Schleusen und auch nicht die meisten Windkraftträder, nein, was die Menschen bewegt, sind sichere Arbeitsplätze, von denen man leben kann,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wo arbeiten sie denn, die Menschen? Wo sollen sie denn arbeiten!)

zukunftsweisende Schulen für ihre Kinder, bezahlbarer Wohnraum in ökologisch intakter Umwelt und nicht zu vergessen eine Lebens-, Arbeits- und Ausbildungsperspektive für ihre Kinder und für sich selbst.

(B)

Auf Seite zwei der Senatsmitteilung wird darauf hingewiesen, dass von der in der Vergangenheit festgelegten starren Quote in Höhe von 25 Prozent der Landesinvestitionen aufgrund von Abgrenzungsproblemen und anteiligen Berechnungen abgegangen werden soll. Meine Damen und Herren, hier ist eine beabsichtigte Senkung der Landesinvestitionen zu vermuten, die für DIE LINKE weder nachvollziehbar noch sachlich begründet ist.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das ist wie eine Karikatur!)

Die von mir gerade beschriebenen Problemlagen Bremerhavens sind einfach viel zu groß und vielschichtig, um diese mit weniger Geld beheben zu können. Hier müsste vielmehr über die Aufstockung der Landesmittel gesprochen werden. Hauptsächlich müssten diese Landesmittel nunmehr in Maßnahmen für ein weiteres und engeres Sozialwesen eingesetzt werden, um die von mir genannten Probleme abbauen zu können. Nur so wird Bremerhaven auf Dauer lebens- und überlebensfähig werden! Der andauernde negative Einwohnersaldo dieser Stadt sollte den allen zu denken geben. Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit umzusteuern! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

(C)

Abg. **Bödeker** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte bald gesagt Herr Stadtverordnetenvorsteher, denn ein Teil der Rede von Herrn Müller hätte in die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung gehört und nicht hierher!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Müller [DIE LINKE])

Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Ella: Ich halte es für ausgesprochen problematisch, wenn wir aus diesem Haus von vornherein schon Signale aussenden, dass bei Gewerbeansiedlungen die Frage von Erschließungskosten keine ist, weil wir die eben einmal so übernehmen. Ich denke, dass die Überlegung, wie wir Gewerbe ansiedeln, natürlich auch eine Überlegung ist, welche Grundstückspreise wir nehmen, die kann man natürlich erschlossen nehmen, oder ob wir Erschließungskosten nehmen. Von vornherein aber in den Wettbewerb mit anderen zu treten, indem wir das Signal geben, wir nehmen hier gar nichts, halte ich für ausgesprochen gefährlich.

Bei dem Herrn Kollegen der LINKEN aus der Stadtverordnetenversammlung ist eigentlich das Problem, dass ich nicht verstanden habe, was er eigentlich will.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Wovon lebt ein Staat? Ein Staat lebt von Steuereinnahmen, von Unternehmen, die Steuern zahlen, und von Menschen, die arbeiten, dann auch ihre Steuern zahlen und den Staat finanzieren. Wenn Sie alle Grundlagen zum Arbeiten wegnehmen

(Zurufe von der LINKEN)

und dann erwarten, dass die Menschen arbeiten, kann das irgendwie nicht so richtig funktionieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, das muss auch einmal deutlich nach außen getragen werden, wie Sie eigentlich Wirtschaftspolitik sehen und welche Vorstellungen Sie haben, wie man ein Staatsgebilde aufrecht- und lebensfähig erhalten will. Bei Ihnen wäre es so, wie es früher bei Ihrer Vorgängerpartei ja auch gewesen ist, dass Sie einen Staat in den Ruin treiben. Das werden wir nicht mitmachen!

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, wir haben hier eine sachliche Diskussion geführt, weil sie wichtig ist. Ich halte nichts von

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Schlüsseln, die festschreiben, welche Investition wofür ist, sondern ich halte es für ganz wichtig, dass die besten Maßnahmen, die funktionieren, gefördert werden. Dass wir natürlich, das kann man in der Hinterhand behalten, mit Windkraft, mit Offshore einen riesigen Vorteil gegenüber Bremen haben und dass die Frage der Erschließung der Luneplate von uns natürlich noch heftig diskutiert werden wird, ist, denke ich, unbestritten. Konkrete Schlüssel unter dem Motto, wir haben jetzt Geld für Investitionen zur Verfügung, allerdings wissen wir im Moment gar nicht, was wir damit machen, halte ich aber für falsch.

Deswegen sollte man auch nicht schlicht auf irgendwelche Schlüssel eingehen, sondern man sollte ganz klar die Sache und die Projekte diskutieren. Dementsprechend war das ja mein Vorwurf an Herrn Willmann, dass es nicht unbedingt als Fehler anzusehen ist, wenn wir einmal ein Projekt anders sehen und beurteilen als Sie. Wir beurteilen aber alle Projekte auch für uns, das lassen wir uns nicht nehmen, und wir kommen auch vielleicht einmal zu unterschiedlichen Entscheidungen, das lassen wir uns auch nicht nehmen. Ich denke, das sollte der faire Konsens miteinander sein. Wichtig ist mir bei einer solchen Debatte, dass wir nicht den Streit zwischen Bremen und Bremerhaven nach vorn bringen, sondern hier wirklich gemeinschaftlich als ein Bundesland mit zwei Städten agieren. Das ist, glaube ich, ganz wichtig. – Herzlichen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei der Rede vom Kollegen Müller vorhin nur gedacht: Und täglich grüßt das Murmeltier! Das hatten wir gestern alles schon einmal.

(Abg. **Müller** [DIE LINKE]: Sie lernen ja nichts daraus!)

Ich stelle fest: Wir Sozialdemokraten haben nicht verstanden, dass die Hafenbaumaßnahmen in den vergangenen 30 Jahren Arbeitsplätze geschaffen haben, wir haben nicht verstanden, dass die Investitionen in die Offshore-Windenergie in Bremerhaven Arbeitsplätze geschaffen haben, wir haben nicht verstanden, dass die Investitionen in Hochschule, Alfred-Wegener-Institut, t.i.m.e. Port I, II und so weiter Arbeitsplätze geschaffen haben.

(Abg. **Müller** [DIE LINKE]: Wo haben Sie das denn gelesen, dass ich das gesagt habe?)

Herr Müller, Sie haben doch gerade gesagt, ich habe das nicht verstanden! Ich habe bei Ihnen zunehmend

*) Vom Redner nicht überprüft.

das Gefühl – –. Ich weiß ja nicht, durch welche Stadt Sie laufen, Sie laufen offenbar nicht durch die Stadt, durch die hier viele andere laufen, in die auch inzwischen viele andere, gerade Bremerinnen und Bremer, auch gern zu Besuch kommen und sich anschauen, was dort passiert ist. Dann hätten Sie nämlich feststellen können, dass sich an der Wasserseite in den vergangenen fünf, sechs Jahren etwas herausgebildet hat, um das eigentlich alle in dieser Republik Bremerhaven beneiden, nämlich ein funktionierender Hafen, einigermaßen ordentlich laufende Werften,

(C)

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Absurdistan!)

der ganze Forschungs- und Entwicklungssektor vom Alfred-Wegener-Institut über die Hochschule bis zu dem, was jetzt im Bereich t.i.m.e. Port läuft. Der Logistiksektor insgesamt ist ein absolutes Boomthema. Die Innenstadtentwicklung ist gut vorangegangen. Wenn Sie sich die Havenwelten anschauen, da kann man doch nicht davon reden, dass das alles nichts wäre, so wie Sie es hier permanent als DIE LINKE tun!

(Zuruf des Abg. **Müller** [DIE LINKE])

Was steht dort leer bei den Havenwelten?

(Abg. **Müller** [DIE LINKE]: Das sind doch Leerstände!)

(D)

Das Klimahaus steht nicht leer, das Mediterraneo steht nicht leer. Sie reden hier permanenten Unfug, Herr Müller, das muss man, finde ich, auch einmal so deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Es hat auch zu keinem Zeitpunkt irgendjemand bestritten, dass es soziale Probleme in Bremerhaven gibt.

(Abg. **Müller** [DIE LINKE]: Aha?)

Aha? Glauben Sie, dass ich das bestreite? Die sind natürlich auch offensichtlich. Der Punkt ist nur, Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, wir kommen von einer Arbeitslosigkeit von 26 Prozent. Ich war vor ein paar Wochen in Halberstadt,

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Glückwunsch!)

Ostdeutschland, wo man ja sagt, die haben eine hohe Arbeitslosigkeit. Die haben eine Arbeitslosigkeit deutlich unter der von Bremerhaven! Wir haben es in den vergangenen Jahren hinbekommen, die Arbeitslosigkeit in Bremerhaven durch all die Maßnahmen, die dort angegangen worden sind, deutlich zu redu-

(A) zieren. Das müssen Sie auch einmal irgendwann zur Kenntnis nehmen!

Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Maßnahmen eingeleitet worden sind, um für die Menschen etwas zu tun, die sich in den Quartieren abgekoppelt in Arbeitslosigkeit und Armut befinden. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen! Nur, Herr Müller, man kann sich doch nicht permanent hinstellen und immer versuchen, etwas herbeizureden, was möglicherweise Ihnen und dem Kollegen Timke, der dort hinten sitzt, der gestern ja auch schon nach sozialen Unruhen gefragt hat, in die Karten spielt. Sie versuchen auch immer, auf solch eine unterschwellige Art, einmal schauen, wie schlecht es eigentlich ist, soziale Unruhen und Probleme herbeizureden,

(Zuruf des Abg. M ü l l e r [DIE LINKE])

ohne auch nur eine einzige Lösung anzubieten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe gestern bereits darauf hingewiesen, und ich mache es gern noch einmal, auch wenn es möglicherweise Perlen vor die Säue zu werfen bedeutet. Wir haben massiv Frauen qualifiziert im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit, für Hafentätigkeiten, Van Carrier fahren und Brücken fahren. Wenn das nichts ist und wenn das nichts für die Belange der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener ist, dann weiß ich nicht, in welcher Welt Sie leben!

(B) Ich möchte einmal ein Zitat von Ihnen aufgreifen, Sie sagen: „Es muss mehr investiert werden in das weitere und engere Sozialwesen.“ Großartig! Was heißt das? Wir investieren alle zusammen in Bremerhaven in Arbeitsplätze, wir investieren in Zukunftschancen für die Menschen. Sie wollen in das weitere und engere Sozialwesen investieren. Wenn das Ihr Angebot an die Menschen in Bremerhaven ist für mehr Arbeit, für mehr Beschäftigung, für mehr Perspektiven, insbesondere auch für die Kinder in Problemstadtteilen, die Sie so gern ansprechen, dann, glaube ich, wird ihnen das nicht helfen, sondern ihnen wird am Ende das helfen, was wir vorschlagen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Müller, ich habe es schon einmal gesagt – ich glaube, vor einem Jahr oder zwei Jahren –, Sie leben in einem anderen Bremerhaven als wir.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Ich freue mich aber, dass Herr Nagel Ihnen zugesichert hat, Ihnen zumindest schon einmal den Hafen zu zeigen, das ist schon einmal ein erster Schritt.

Herr Bödeker, zu Ihnen! Es ist doch gerade die CDU, die immer Subventionen, Subventionen ruft, lieber Herr Bödeker, die Firma AMBAU wäre uns verloren gegangen, weil Niedersachsen mehr subventioniert als wir. Wir halten diese Idee der Subventionierung für falsch. Ich glaube, das ist ein absolut falscher Weg. Wir als Staat sind für die Infrastruktur verantwortlich, und das ist es. Wir müssen für die Erschließung der Flächen sorgen, mehr nicht, den Rest regelt der Wettbewerb. Ich denke, da werden wir einen richtigen Weg in Bremen und in Bremerhaven gehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Günthner, wenn Sie hier behaupten, Perlen vor die Säue zu werfen, und das in unsere Richtung blickend, dann bitte ich, dies zurückzunehmen! Solch einen Anspruch würde ich eher den rechtspopulistischen Gruppierungen zuordnen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Frau T r o e -
d e l [DIE LINKE]: Das erwarte ich für meine Fraktion übrigens auch!)

Ja, so etwas höre ich eigentlich nur von dem rechten Flügel hier in diesem Hause, und es entspricht nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten, hier solche Äußerungen einzubringen! – Vielen Dank also für das offene Gesicht der SPD!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Vielleicht sind Sie ja auch die Perle! – Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]: Herr Röwekamp, lassen Sie es!)

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremerhaven ist nach wie vor leider ein benachteiligter Standort mit einer besonders hohen Quote an Arbeitslosigkeit, Menschen in Armut, weil sie zum Beispiel Hartz IV beziehen müssen, und einem niedrigen Bruttoinlandsprodukt. Dazu muss man sagen, dass Bremerhaven beziehungsweise die Häfen von der Wirtschaftskrise auch in besonderer Art und Weise betroffen sind. Die Benachteiligungen Bremerhavens sind das Motiv für einen Senat, der sich dafür einsetzt, dass es einen Solidarausgleich auf allen Ebenen in Deutsch-

(C)

(D)

(A) land gibt, Bremerhaven überproportional mit Landesmitteln für Investitionen zu versorgen. Das ist in den letzten Jahren auch schon so gewesen, und diese Regierung hat verabredet, dass keine feste Quote gemacht wird, weil es wichtig ist, dass wir uns über einzelne Projekte verständigen. Die Verabredung ist, dass Bremerhaven überproportional gefördert wird, aber nicht mit einer festen Quote, sondern projektbezogen.

Das ist hier im Wesentlichen auch nicht umstritten, und aus dem Bericht geht hervor, dass Bremerhaven in dem Betrachtungszeitraum 2008 bis 2011 bei einer Bevölkerung von 17,3 Prozent der Landesbevölkerung Investitionsmittel von 27 Prozent bekommen hat. Ich bin, ehrlich gesagt, ziemlich erstaunt darüber, Herr Müller, wie Sie aus dieser Darstellung des Senats einen finsternen Plan herbeireden oder mutmaßen können, der darauf hinausläuft, Bremerhaven Geld wegzunehmen. Das ist mit wirklich schleierhaft! Ich finde, auch Sie könnten sagen, das ist doch erst einmal vor dem Hintergrund, vor dem wir Politik machen müssen, uns bewegen müssen, eine ordentliche Leistung des Landes. Es gibt auch in Deutschland kein einziges Land, das sich so verhält, aber wir wollen das gern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Wir verteidigen dieses Verhalten auch offensiv gegenüber zum Beispiel der Bremer Handelskammer, weil wir sicher sind, dass wir damit dem Bundesland dauerhaft einen großen Dienst erweisen, wenn wir es schaffen, dass mit Investitionen in Bremerhaven die wirtschaftliche Situation und die Arbeitsplatzsituation dort verbessert wird. Das Geld geht ins AWI, ins Schiffahrtsmuseum, in die Hochschule Bremerhaven, in die Krankenhäuser, in das Projekt Alter/Neuer Hafen, das ist schon genannt worden, in das Fischereiforschungsinstitut, in das Carl-Schurz-Gelände, in den Küstenschutz, in Windenergie und in das Ganztagschulprogramm. Allerdings kann ich es mir hier nicht ganz verkneifen, darauf hinzuweisen, dass 17 Millionen von den 100 Millionen Euro, die im Jahr 2009 fließen, in Kapitaldienstfinanzierungen gehen, also dem Abfinanzieren von Investitionen, die schon in der Vergangenheit getätigt wurden. Das ist eine erhebliche Menge und, ich sage einmal, aus heutiger Sicht natürlich kein schönes Geld, weil man damit nicht mehr direkt investieren beziehungsweise Mehrwert schaffen kann.

Ein bisschen kam mir die Debatte so vor wie gestern, als wir hier über die Tätigkeit des Senats geredet haben, wie er dafür sorgt, dass in den Gesellschaften Bremens die Frauenförderung besser Fuß fasst, weil dazu nämlich auch nur über einen kleinen Ausschnitt der Tätigkeiten des Senats zur Gleichstellung berichtet wurde, und es aber doch hier offensichtlich mehr Bedürfnisse gibt, eher grundsätzlichere Debatten und

Generaldebatten zu führen. So war der Debattenverlauf hier auch.

(C)

Sie haben ganz viel über Bremerhaven geredet und insgesamt über die Finanzbeziehungen. Das kommt mir schon ein bisschen entgegen, weil ich darauf hinweisen möchte, dass sich natürlich die Finanzbeziehungen zwischen Bremen und Bremerhaven keineswegs darauf erstreckten, dass Landesinvestitionsmittel nach Bremerhaven fließen, sondern wir tun auch noch einige andere Dinge, die ich hier kurz aufzählen will: Über sogenannte Bedarfsindikatoren – das berücksichtigt zum Beispiel die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften, wie viele Beschäftigte, wie viele Schülerinnen und Schüler, die die besonderen Belastungen in den Gemeinden abbilden – erhält die Stadt Bremerhaven im Rahmen des 2007 novellierten kommunalen Finanzausgleichs Schlüsselzuweisungen, die mit 691 Euro pro Einwohner, das ist der Stand von 2008, rund 35 Prozent über dem Vergleichswert der Stadt Bremen liegen, also auch da überproportionale Förderungen.

Weitere 29 Millionen Euro, das sind 252 Euro pro Einwohner, fließen jährlich aus dem Landeshaushalt als sogenannte Ergänzungszuweisungen nach Bremerhaven. Wie die allgemeinen Schlüsselzuweisungen unterliegen diese Zahlungen keiner Zweckbindung, und es stehen insofern rein rechnerisch ebenfalls für einen innerbremischen Städtevergleich überproportionale Investitionsausgaben Bremerhavens zur Verfügung. Gemäß gesetzlich geregelter Aufgaben- und Kostenverteilung im Land Bremen erstattet das Land Bremen mit Inkrafttreten des Änderungsgesetzes am 1. Januar 2008 der Stadtgemeinde Bremen, orientiert an vereinbarten Schritten zur Erhöhung der jährlichen Maximalwerte, zwischenzeitlich auch die Investitions- und Sachausgaben der Polizei. Um eine Gesamtsicht über die Finanzbeziehungen zu bekommen, muss man diese Dinge mit einbeziehen.

(D)

Herrn Müller von der LINKEN möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die wesentlichen Anliegen, die er hier genannt hat, kommunale Aufgaben sind, die auch im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung liegen.

(Abg. M ü l l e r [DIE LINKE]: Das wäre genau?)

Ja, Kindergärten zum Beispiel, das ist ein ganz klassischer Fall! Ich glaube, dass es keine gute Idee ist, mit seinem ganzen Furor, zugegeben gut gemeint, jetzt auch noch jegliche Trennungen zwischen Landes- und Kommunalfinanzierung über den Haufen zu werfen.

(Abg. H a m a n n [SPD]: Keine Details, Frau Bürgermeisterin!)

Deshalb rege ich hier an, dass wir als Senat uns in Zukunft mehr Mühe geben oder eine Ausweitung des

(A) Berichtes, den wir Ihnen ja jährlich vorlegen sollen, vornehmen, die darauf hinausläuft, dass wir Ihnen über die zugegeben komplizierten Finanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen beiden Stadtgemeinden, in diesem Fall dann Bremerhaven, eine Gesamtübersicht liefern, weil diese Frage vor dem Hintergrund des Sanierungskurses, über den wir uns schon intensiv mit Bremerhaven unterhalten haben und auch weiter unterhalten werden, noch eine große Rolle spielt.

Bei der angestrebten Transparenz der Haushalte hat die Bevölkerung im Land Bremen und in beiden Kommunen das Recht, genauer zu erfahren, welche Gelder für welche Aufgaben jeweils in dem Land beziehungsweise in den Stadtgemeinden eingesetzt werden. Weil das, wie wir alle wissen, ein schwieriges und weites Feld ist und die Bremer Senatorinnen und Senatoren gleichzeitig Dezernenten der Stadtgemeinde Bremen sind, was leicht dazu führt, dass vielleicht einmal das Misstrauen ein bisschen arg groß ist, obliegt dem Senat aus meiner Sicht in ganz besonderer Art und Weise die Aufgabe, für ein hohes Maß an Transparenz über die Finanzflüsse zu sorgen, um sicherzustellen, dass, wenn wir uns über das Geld streiten – und das war in der Vergangenheit so, das ist in der Gegenwart so, und das wird in der Zukunft auch nicht leichter werden –, wir dies möglichst sehr zahlenbasiert tun können, weil nur so eine gemeinsame Ebene für die vor uns liegenden Sanierungsanstrengungen erreicht werden wird.

(B) Auf keinen Fall können wir eine Ausweitung der Investitionen zusagen, sondern bei dem Sanierungsweg, den Bremen gehen wird, wird auch eine weitere Senkung der Investitionsausgaben leider ein Bestandteil sein, hoffentlich durch ein Absenken der Kapitaldienstzahlungen, die wir vornehmen müssen, ein bisschen abgemildert, aber die Hoffnung, die hier vielleicht von Herrn Ella, aber auch von Herrn Müller geäußert wurde nach dem Motto, man könne immer noch einmal eine Kleinigkeit dazugeben, kann ich Ihnen hier nicht machen. Ich bin aber noch immer davon überzeugt, dass, wenn man sich genau überlegt, wofür man das begrenzte Geld hat, und sich da viel Mühe gibt, das so wirtschaftlich zu machen, wie es geht, man dann auch gleiche Effekte erzielen kann. Es ist nicht immer das Beste, wenn viel da ist. Ich glaube, dass der Mangel der Vater und die Mutter aller Dinge ist, das ist jetzt vielleicht für manche Schönrede, ich bin aber davon überzeugt, dass darin ein Motor für Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Sparsamkeit enthalten ist, und das tut uns allen, glaube ich, gut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

(C) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/883, Kenntnis.

Energieausweise nutzbringend einsetzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 13. August 2009
(Neufassung der Drucksache 17/876 vom
11. August 2009)
(Drucksache 17/880)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Golasowski.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. **Hamann (SPD)***): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Energieausweise sollen das Thema dieses Antrags sein. Jeder, der sich ein Kraftfahrzeug zulegt, kann sehen, was sein Kraftfahrzeug an Benzin verbraucht, welche Schadstoffe ausgestoßen werden. Jeder, der sich einen Kühlschrank zulegt, kann sehen, welche Effizienzklasse dieses Gerät hat. Warum gibt es so etwas nicht für Gebäude? Doch, für Gebäude gibt es so etwas, es nennt sich Energieausweis. Die sogenannte zweite Miete steigt, auch wenn die Energiepreise zurzeit wieder moderat günstig sind, wenn man ein Barrel Heizöl anschaut, aber das wird, wenn die Konjunktur anspringt, so nicht bleiben. Deswegen ist es wichtig zu wissen, wenn ich eine Wohnung beziehe, wenn ich eine Immobilie kaufe, welche Kosten dann später auf mich zukommen, und an dieser Stelle können diese Energieausweise helfen.

Der Bundesgesetzgeber hat zum 1. August 2008 die Pflicht eingeführt, solche Energieausweise für Immobilien zu erstellen, damit man eben, wenn man ein Objekt mietet oder ein Objekt kaufen möchte, dementsprechend Bescheid weiß. Dieser Energieausweis ist auf Verlangen vorzuzeigen, und man kann dann sehen, was das kosten kann. Vorteile für den Vermieter, Vorteile für den Mieter: Der Vermieter hat eventuell einen Wettbewerbsvorteil, wenn er eine Wohnung vermieten möchte, und als Mieter bin ich in der Lage zu sehen, was meine Wohnung kostet, und kann, wenn ich mehrere Wohnungen zur Auswahl habe, die in Bezug auf Heizkosten eventuell günstigste mieten. Soweit zur Theorie!

Eine bundesweite Umfrage der dena, der Deutschen Energieagentur, vom Februar 2009 zeigt aber, dass nur circa 30 Prozent der privaten Vermieter solche Ausweise erstellt haben, und nur etwa 28 Prozent zeigen diesen Ausweis auch vor. Hier besteht nach Meinung der Fraktion der Grünen und nach Meinung

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) der SPD-Fraktion Handlungsbedarf, dazu also der Antrag „Energieausweise nutzbringend einsetzen“. Wir schlagen in diesem Antrag einige Handlungsfelder vor. Ich möchte darauf kurz eingehen.

Beispiel Nummer eins, bessere Informationen! Nur wer seine Rechte und Pflichten kennt, wird auch entsprechend handeln. Hier ist der Senat gefragt, sich vielleicht kreative Lösungen zu überlegen, was man da machen kann. Eine Telefon-Hotline, Internetseiten, all das kann helfen, dieses Thema Energieausweis weiter voranzutreiben.

Nächster Punkt, Vorbildfunktion der öffentlichen Hand! Wer der Bevölkerung Auflagen macht, sollte auch selbst nach diesen Auflagen handeln. Deshalb sollten oder müssen alle Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand entsprechend diese Ausweise erstellen. Die Gewoba ist hier schon sehr weit vorangeschritten, circa 95 Prozent des Wohnungsbestands sind mit solchen Ausweisen versehen.

Nächster Punkt, den wir „lokale Daten erheben“ nennen! Eingang ging ich auf die bundesweite Umfrage der dena ein. Es wäre sinnvoll, auch solche Daten auf Bremen bezogen zu erheben. Wir wünschen uns, dass der Senat sich Gedanken darüber macht, wie man solche Daten, die Verbreitung dieser Energieausweise, erheben kann, und entsprechend der Deputation dort berichtet.

(B) Letzter Punkt, Energieausweise sollten fester Bestandteil eines Mietvertrags sein. Dann würde sich dort vieles erledigen, mit der Anzahl von 30 Prozent, die ich eingangs erwähnte. Hier besteht natürlich Regelungsbedarf durch den Bund, das können wir nicht als Land Bremen lösen. Aus diesem Grund wünschen wir uns, dass der Senat im Bundesrat aktiv wird, um eine entsprechende Änderung herbeizuführen.

Zusammengefasst: Energie sparen ist sinnvoll, die Bürgermeisterin hatte ja gerade eben von Sparsamkeit gesprochen. Machen wir das! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stellen Ihnen heute einen Antrag vor – und bitten natürlich auch um Ihre Unterstützung –, der zum Ziel hat, Maßnahmen zur Verbreitung und Erstellung von Energieausweisen bei Vermietungen und dem Verkauf von Immobilien zu fördern.

Vielleicht noch einmal kurz als Hintergrund: Der Energieausweis soll einen Vergleichsmaßstab schaffen, der es ermöglicht, verschiedene Gebäude energetisch miteinander zu vergleichen, und er soll Ansporn geben, um die Energieeffizienz zu verbessern und damit den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ zu vermindern.

CO₂-Einsparungen und damit Klimaschutz sind das eine Ziel, aber ein zweites Ziel des Energieausweises ist es, auch den Mietern und Käufern überhaupt einen Anhaltspunkt über den energetischen Zustand der Immobilie zu geben und damit verbunden natürlich auch über die zu erwartenden Energie- und Heizkosten. Gerade bei steigenden Heiz- und Energiekosten ist dies für viele Menschen ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung: Welche Wohnung miete ich, wo möchte ich hinziehen, oder welches Haus kaufe ich? Das spielt besonders bei Menschen eine große Rolle, bei denen das Geld knapp ist und für die steigende Heizkosten eine finanzielle Belastung darstellen. Daher sind Maßnahmen, die dazu dienen, Gebäudeeigentümer zu veranlassen, ihre Immobilie energetisch zu sanieren, damit sie sie auch besser vermieten oder verkaufen können, aber auch für Menschen ein wichtiger Beitrag, um ihre Energiekosten senken zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Menschen in diesen Breitengraden müssen bezahlbar warm wohnen können, dafür müssen wir Sorge tragen. Anreizsysteme wie Energieausweise helfen da mehr als – und das sei mir erlaubt – Sprüche, wie man sie aus Berlin hören konnte, man sollte sich eher einen warmen Pullover anziehen. Vielleicht noch einmal ein Randaspekt: Auf viele Sozialhilfe- oder Sozialleistungsempfänger kamen Heizkostennachzahlungen zu. Mithilfe des Energieausweises kann man sehen, ob wirklich, wie oftmals unterstellt, suboptimales Heizverhalten dazu führte oder – wie in den meisten Fällen vielleicht eher – ob eine suboptimale Gebäudesubstanz der Grund war. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Nürnberg gibt dort ein gutes Beispiel, dort wird Sozialleistungsempfängern die Beratung durch einen Energieberater ermöglicht, der überprüft, ob die Höhe der Heizkosten gerechtfertigt ist, denn damit haben sie auch einen Anspruch auf die Erstattung der tatsächlichen Heizkosten.

Noch einmal zu dem Energieausweis selbst: Alle Gebäude, die neu vermietet oder verkauft werden, benötigen seit dem 1. Juli 2009 einen Energieausweis. Bei bestehenden Gebäuden muss ein Energieausweis bei Neuvermietung, Verkauf oder Leasing vorgelegt werden. Er ist gestaffelt eingeführt worden, seit dem 1. Juli 2008 galt der Energieausweis für Gebäude, die bis 1965 errichtet wurden, seit dem 1. Januar 2009, wenn das Gebäude nach 1965 errichtet wurde, und jetzt seit dem 1. Juli 2009, wenn es sich um ein Nichtwohngebäude handelt. Die Energieausweise müssen dem Mieter oder Käufer, der Interesse hat, vorgelegt werden. Es besteht keine Pflicht, sie auszuhändigen und zu überlassen, aber es besteht die Pflicht, sie bei Nachfrage vorzulegen. Wenn dies nicht geschieht, können auch jetzt schon Bußgelder verhängt werden.

Herr Hamann hat darauf hingewiesen, es gab die Umfrage der dena, die ergeben hat, dass es noch ein

(C)

(D)

(A) erhebliches Verbesserungspotenzial gibt, gerade in dem Bereich der privaten Vermietung, während 80 Prozent der gewerblichen Vermieter diesen Energieausweis schon haben. Uns Grünen ist es ein besonderes Anliegen, dass wir hier auch noch einmal darauf drängen, zwischen den Verbrauchs- und Bedarfsausweisen zu unterscheiden. Der Verbrauchsausweis basiert auf den Heizkostenabrechnungen, das hat natürlich auch sehr viel damit zu tun, wer wie heizt, welches Heizverhalten es gibt, ob richtig geheizt und gelüftet wird, während der Bedarfsausweis – und das ist in diesem Zusammenhang mit Heizkosten und mit Gebäudesanierung eigentlich viel wichtiger – die technische Analyse der Bausubstanz und der Heizungsanlage ist. Unserer Meinung nach muss alles dafür getan werden, dass gerade die Bedarfsausweise noch viel mehr nachgefragt werden.

Mit diesem Antrag schlagen wir Maßnahmen vor, die die Informationen für Vermieter zur Erstellung eines solchen Energieausweises verbessern sollen, die auch die Hürde nehmen sollen, sich einen solchen Energieausweis erstellen zu lassen. Sie sollen aber natürlich auch Mieter und Käufer über ihre Rechte besser aufklären und ihnen dazu Informationen geben. Was – Herr Hamann hat es auch schon gesagt – für private Immobilienbesitzer gilt, soll natürlich auch für die öffentlichen Gebäude und Wohnungsbaugesellschaften gelten, wobei die in der Tat schon sehr viel besser mit diesem Aspekt umgehen und eigentlich schon im höchsten Maße Energieausweise vorlegen.

(B) Wir wollen aber auch, dass alle rechtlichen Mittel angewendet werden, wenn Vermieter und Verkäufer nicht ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen. Lassen Sie uns diesen Antrag beschließen! Er ist ein Baustein, der dazu beiträgt, auf der einen Seite CO₂ einzusparen, was wichtig ist. Wir wollen unsere in Bremen gesteckten Klimaschutzziele auch erreichen. Wir sehen im Gebäudebedarf ein sehr großes Optimierungspotenzial, um energetische Sanierungen voranzutreiben und damit Energie und CO₂ einzusparen, aber wir wollen damit auch einen Beitrag leisten, die zweite Miete, nämlich die Heizkosten, weiterhin bezahlbar zu machen.

Auch wenn die Zeit schon fortgeschritten ist, Herr Präsident, hoffe ich, dass Sie mir gestatten, noch ein paar Worte zu sagen, weil es die letzte Debatte sein wird, die der Abgeordnete Helmut Pflugradt hier halten wird. Ich möchte persönlich, aber auch im Namen der Fraktion, Helmut Pflugradt von hier aus noch einmal alles Gute wünschen!

(Beifall)

Ich freue mich, dass ich im Rahmen dieser Debatte als Grünschnabel heute dazu die Gelegenheit habe, Grünschnabel vielleicht nicht nur wegen der politischen Couleur oder manchmal der großen Klappe, sondern auch – und das ist bei den Berichten klar

geworden –, weil du der Bürgerschaft seit 34 Jahren angehörst, da bin ich gerade mit vier Jahren im Kindergarten gewesen. Das zeigt einfach auch, dass du eine jahrelange politische Erfahrung hier in der Bürgerschaft repräsentiert hast. Da das hier eine energiepolitische Debatte ist, möchte ich die Worte vielleicht auch noch einmal in einen energiepolitischen Zusammenhang bringen. Zum Thema Temperaturanstieg und Klimaschutz: Ich möchte nicht nur ein paar warme Worte des Danks verlieren, sondern auch noch einmal hervorheben, dass du dich in deiner politischen Arbeit stets für ein gutes Klima eingesetzt hast, nicht nur, weil du dich für umweltfreundliche Verkehrsmittel, wie zum Beispiel die Farger-Vegesacker Eisenbahn starkgemacht hast – das ist, glaube ich, ein großes Verdienst, das wir alle anerkennen –

(Beifall)

oder weil du selbst als häufiger Bahnfahrer, und das kann ich als Bremen-Norderin bezeugen, wir haben uns oft genug in der Bahn getroffen, einen Beitrag zum Klimaschutz leistest, sondern auch, weil du fair und konstruktiv in der Zusammenarbeit warst.

(Beifall)

Dementsprechend komme ich zu den Klimafolgen! Als ich vor zwei Jahren neu in die Bürgerschaft kam, hat mir dieser kollegiale Umgang den Einstieg sehr erleichtert und das Eis sehr schnell zum Schmelzen gebracht, auf jeden Fall schneller als bei den Polkappen. Stürmische Debatten gehören aber auch zum politischen Geschäft. Ich kann mich allerdings in dem Zusammenhang mit dir nur an eine hitzige Debatte erinnern, das war die zu den Baustellen, aber der Rauch war schnell verfliegen und hatte auch nur eine kurze Halbwertszeit.

Deswegen, lieber Helmut Pflugradt, möchten wir dir herzlich für die Zusammenarbeit danken und dir alles Gute wünschen und natürlich auch viel unerschöpfliche, regenerative Energie und viel Sonne für die Zukunft! – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich mich auch bei Helmut Pflugradt bedanke, natürlich erst einmal zurück zum Thema Energie: Es ist zwar schon fast 17 Uhr, die Energie ist bei uns fast heraus, aber immerhin wollen wir uns mit diesem Thema noch beschäftigen.

(Abg. **O p p e r m a n n** [SPD]: Bei Ihnen!
Bei uns noch nicht!)

Wir werden es sehen, warten Sie erst einmal meinen Redebeitrag ab!

(C)

(D)

(A) Ich bin ganz froh, dass die Kollegin Frau Dr. Schaefer den grottenschlechten Antrag verbessert hat, indem sie gezeigt hat, dass sie etwas vom Thema versteht. Ich hatte Befürchtungen, dass das, was im Antrag steht, nun wirklich ein bisschen mit der heißen Nadel genäht war. Ob ein Energieausweis immer ein adäquates Mittel ist, bereits vor Abschluss eines Miet- oder Kaufvertrags sicher zu erfahren, mit welchen Heizkosten realistisch zu rechnen ist, da haben wir unsere Zweifel. Ich bin zumindest darüber ganz froh, dass schon einmal erkannt wurde, dass die Käuferseite, die in dem Antrag vergessen wurde, jetzt in der Debatte genannt wurde.

(Beifall bei der FDP)

Energieausweis ist leider nicht Energieausweis. Auch die hoch gelobten Bedarfsausweise haben große Schwächen, wenn diese nicht durch kompetente Fachleute, die die zu beurteilende Immobilie auch auf Herz und Nieren untersuchen, erstellt werden. Sich allein auf theoretisches, angeblich wissenschaftliches Basismaterial bei der Beurteilung zu verlassen, genügt leider nicht, das zeigen erste Evaluationsergebnisse. In Schleswig-Holstein ist gerade im September 2009 eine Studie herausgegeben worden, und das hat mittlerweile auch die dena erkannt und hat festgestellt, dass ihre entsprechenden Programme zur Erstellung von Bedarfsausweisen auch erhebliche Schwächen aufweisen. Nicht jeder kennt eben den Bremer Qualitätsenergieausweis, sondern greift dann bedauerlicherweise oft auf Billigprodukte zurück.

(B) Im Übrigen werden in den Mietverträgen die zu zahlenden Betriebskosten in der Regel einzeln benannt und Vorauszahlungen vereinbart, das ist auch nicht ungenauer als die Angaben in einem Energieausweis. Darüber hinaus kann sich jeder Miet-, jeder Kaufinteressent auch die letzten Abrechnungen ansehen, die wenigsten tun es leider. Die Verpflichtung zur Vorlage gibt es aber, auch wenn wir Liberalen nach wie vor davon überzeugt sind, nur eine noch stärkere Forcierung konkreter Energieberatungen vor Ort und gezielte Förderprogrammen –. Hier hat Bremen mit Kfw-Programmen und darüber hinaus mit dem Bremer Modernisierungsprogramm einiges vorzuweisen, und das gilt es auch zu erhalten. So können wir auch die energetische Qualität der Häuser verbessern.

Die zweite Miete, nennen wir es lieber richtig Betriebskosten! Diese sind in den letzten 15 Jahren in der Tat erheblich stärker gestiegen als die eigentliche Grundmiete. Die Energiekosten sind hier ein entscheidender Faktor. Wenn man sich aber über die Gewoba Gedanken macht – und Sie wissen ja, das machen wir öfter einmal –, sollte man sich auch mit den Zahlen der Gewoba einmal auseinandersetzen und sie kennen. Dieses große Bremer Wohnungsunternehmen beziffert in seinem Lagebericht 2008 die kalten Betriebskosten in Bremen auf 1,49 Euro pro

Quadratmeter und Monat und die Heizkosten mit 0,90 Euro pro Quadratmeter und Monat. Liebe Antragsteller, eine gleiche Höhe zwischen Miete und Betriebskosten ist da auch im unteren Preissegment noch lange nicht erreicht, und sie wird auch so leicht nicht erreicht werden. Das wird aber in Ihrem Antrag suggeriert.

(C)

Trotzdem, wir müssen etwas dazu tun, damit die CO₂-Belastung abnimmt, damit das Wohnen insgesamt bezahlbar bleibt. Da hilft der Antrag der Regierungskoalition aber leider nicht weiter. Die Umfrage, die im Auftrag der dena erstellt wurde, wird angeführt, darauf wurde auch schon eingegangen. Aber zunächst sollten die falschen Fristen im Antrag korrigiert werden, Frau Dr. Schaefer hat es getan. Zum 1. Juli 2008 gab es nur die Verpflichtung für Wohngebäude, die – vereinfacht dargestellt – vor 1965 errichtet wurden. Die Verpflichtung für alle Wohngebäude gibt es erst seit dem 1. Januar 2009, und die im Frühjahr – im Frühjahr dieses Jahres, zwei Monate nach Verpflichtung – veröffentlichten Untersuchungsergebnisse für einen Zeitraum vor der endgültigen Verpflichtung für alle sind somit schon aus diesem Grunde stark zu relativieren.

Die gewerbliche Wohnungswirtschaft bewirtschaftet in der Regel größere Wohnungskomplexe mit einer entsprechend höheren Mieterfluktuation. Selbstverständlich musste hier schneller gehandelt werden, als es die privaten Vermieterinnen und Vermieter tun mussten. Hier ein großes Lob an die Gewoba – es wurde schon gesagt –, sie gehörte zu den ersten Wohnungsunternehmen in Deutschland, die für ihren gesamten, nicht nur für 95 Prozent, Wohnungsbestand Energieausweise erstellt hatte!

(D)

Wer in seinem, im Bremer Haus, eine Wohnung oder zwei Wohnungen vermietet und langjährige Mieter hat, braucht erst zu handeln, wenn ihm eine Kündigung zugeht und er neu vermieten will. Während der Kündigungsfrist bleibt dann noch genügend Zeit, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und einen Energieausweis erstellen zu lassen. Soweit zu der Beurteilung der dena-Untersuchung, die einfach noch keine Aussagekraft haben kann! Ein kleiner Hinweis hierzu: In Bremen verfügen rund 70 Prozent aller Häuser über nicht mehr als zwei Wohnungen, also ist eher eine niedrige Mieterfluktuation gegeben. Davon ist ein großer Teil erst nach 1965 gebaut worden, Verpflichtung also erst ab 1. Januar 2009.

Natürlich gibt es immer noch Eigentümer, die sanft geschlafen haben. Es gibt auch einige, ich nenne sie einmal schwarze Schafe, die bewusst keinen Energieausweis erstellen lassen haben. Doch das Umweltbewusstsein ist in den Köpfen der Kaufinteressenten, weniger bei den Mietinteressenten, angekommen. Die Katze im Sack kauft heute kaum noch jemand. Gemietet wird nach Aussagen des GdW, des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft, jedoch noch in der überwiegenden Zahl, ohne überhaupt einen Blick

(A) in den Energieausweis oder die Abrechnung zu werfen.

Es wird schon sehr viel in Bremen getan, ich möchte nur einige Aktionen und Akteure nennen: Bremer Modernisieren, die Bremer Qualitätsenergieausweise, die Förderung von Energieberatungen, das Bremer Modernisierungsprogramm, das Netzwerk Energieexperten, den Bauraum e. V., das Bremer Schimmelnetzwerk, übrigens gerade mit einem bundesweiten Preis ausgezeichnet! Auf den Internetseiten der Bremer Energie-Konsens findet sich eine Fülle von Informationen. Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, in Bremen gibt es keine entsprechenden Informationen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir wollen sie verbessern!)

Eine Google-Suche nach „Energieausweis Bremen“ führt zu rund 58 000 Einträgen, aber versuchen Sie das bitte einmal bei bremen.de! Bei bremen.de heute Morgen um 8.30 Uhr gab es leider kein einziges Ergebnis, und Ihr Antrag ist zweieinhalb Monate alt. Da hätte man schon selbst einmal ein bisschen tun können, damit das anders wird.

(B) Zum Antrag! Die Pflicht gibt es, mehr an Aufklärung und Information kann kaum geleistet werden. Mieter- und Vermieterverbände, die kompetenten Makler handeln nach den gesetzlichen Vorgaben. Bußgelder können auch heute schon verhängt werden, doch gehandelt werden kann natürlich nur bei bekannt gewordenen Verstößen.

Mit Ziffer 3 kann jedenfalls nicht die Gewoba gemeint sein, sie ist hier, wie ich bereits ausführte, Vorbild. Das Gleiche gilt für die Stäwog in Bremerhaven, die auch nicht schlechter aufgestellt ist. Hier wird wie übrigens auch bei den meisten Privaten bereits jetzt unaufgefordert der Energieausweis vorgelegt. Vielleicht hätten die Antragsverfasser einmal mit den Geschäftsführern, Herrn Sydow von der Gewoba oder Herrn Bruns von der Stäwog, sprechen sollen. Ich habe mit beiden gesprochen, es ist ganz interessant, die Einschätzung der Profis zu hören. Hätten die Antragsteller das auch getan, dann wäre der Antrag in dieser Form einfach nicht gestellt worden.

In Ziffer 4 hat sich wieder das falsche Datum eingeschlichen, aber ein Bericht ist natürlich immer gut, insofern kann man ihn natürlich befürworten, wenn er denn auch Aussagen treffen kann.

Zu Ziffer 5! Schon jetzt haben die Mietverträge aufgrund der gesetzlichen Überregulierungen einen Umfang von gut zehn Seiten. Im Übrigen sagt die EU-Energieeffizienzrichtlinie konkret aus, dass es sich nur um eine Informationspflicht beim Energieausweis handelt, nicht um mehr. Bei Verankerung als Bestandteil in einem Mietvertrag besteht die Gefahr einer Prozesslawine bei Verbräuchen, die vielleicht plötz-

lich weit über den Werten des Energieausweises liegen, nur weil es sich bei den neuen Mietern vielleicht um leicht frierende Menschen handelt, die einen höheren Wärmebedarf haben. Diese Gefahr sieht genauso auch der Geschäftsführer der Stäwog, Herr Bruns, mit dem ich auch über dieses Thema vor ein paar Tagen gesprochen habe.

Bevor also solche Anträge gestellt werden, sollte man sich zunächst einmal intensiver mit der jeweiligen Rechtsmaterie beschäftigen. Halbwissen schadet da nur. Es darf also nicht verwundern, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Regierungskoalition ablehnt.

Natürlich möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal bei unserem Kollegen Herrn Pflugradt für die konstruktive Arbeit herzlich bedanken! Ich bin auch erst seit zweieinhalb Jahren in diesem Parlament, kenne Helmut Pflugradt aber schon seit über 20 Jahren in anderer Eigenschaft, ein kritischer Geist. In manchen Sitzungen, die wir außerhalb des Parlaments hatten, hat mich das manchmal etwas verwirrt, man konnte sich aber, immer auf ihn verlassen, und das finde ich positiv. Ich freue mich darauf, dass zumindest ich das Vergnügen habe, dich, lieber Helmut, noch die nächsten Jahre in anderer Funktion weiter nicht zu ertragen, sondern zu genießen. – Danke!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben als LINKE schon hin und wieder darauf hingewiesen, dass möglicherweise die Zeiten für Demokratie, so wie wir sie kennen, in unserer Gesellschaft schwieriger werden. Wenn ich jetzt jemandem die respektvollen Grüße unserer Fraktion übermittle, dann deswegen, weil ich glaube – wenn jemand wie Helmut Pflugradt 34 Jahre hier in diesem Saal gegessen und versucht hat, Demokratie zu leben und Demokratie auszufüllen, auch wenn ich sicher bin, dass wir in den meisten Fragen, über die wir diskutieren, nicht einer Meinung sind, und wir eine Form von politischem Streit haben –, dass ein Mensch, der auch auf dieser Ebene, Landesebene, aber auch kommunaler Ebene so lange durchhält, hilft, Demokratie zu bewahren und diese Form von Demokratie, wie wir Sie kennen, möglicherweise in der Zukunft leichter zu verteidigen. Diese Form von Demokratie hat gezeigt, dass sie vielleicht an der einen oder anderen Stelle eine Form von Gesellschaft ist, die sich zu verteidigen lohnt. Wie gesagt, Helmut Pflugradt, respektvolle Grüße meiner Fraktion und für Ihre Zukunft alles Gute! Möglicherweise gibt es ja andere Berührungspunkte. Ihre Fraktion hatte ja den Vorschlag gemacht, dass wir – möglicherweise einmal außerhalb von Kom-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) missionen – über den Haushalt und die Zukunft Bremens diskutieren. Ich sage Ihnen auch noch einmal an dieser Stelle, ich bin gern bereit, auch da in einen Dialog zu treten, außerhalb von formalen Zusammenhängen.

(Beifall bei der LINKEN)

„Ihr sollt das Heiligtum nicht den Hunden geben, und eure Perlen sollt ihr nicht vor die Säue werfen!“ Ich befürchte, dass da die Bibel ein weiteres Mal falsch interpretiert wird. Es wird immerzu benutzt von, ich sage einmal, tendenziell arroganten Menschen, die ihr Wissen nicht teilen wollen, schon deswegen, weil sie mutmaßen, dass ein ihrer Meinung nach weniger gebildeter Mensch überhaupt nicht in der Lage ist, das zu kapieren. Das kann man natürlich so machen, das ist eines, aber so wie ich es interpretiere, bedeutet dieses Zitat eher, wir sollen mit unseren Ressourcen richtig haushalten und nicht etwa so eine arrogante Haltung entwickeln, weil Energie praktisch ein Heiligtum für die Menschheit ist. Wenn man sie verschleudert, hat es entsprechende Konsequenzen. Es sind die Perlen, die wir nicht vor die Säue werfen dürfen, weil es sonst Konsequenzen hat, wir haben sie dann nicht mehr, und es hat entsprechende Folgen für die Umwelt. Ich interpretiere dieses Bibelzitat eher als eine Aufforderung zum Energiesparen, und die Energieausweise sollen dazu beitragen, dass der Energieverbrauch von Häusern transparenter wird, dass die Mieterinnen und Mieter wissen, wie viel sie möglicherweise zu bezahlen haben, um die Kosten dieser zweiten Miete abschätzen zu können. Insofern ist dieses Anliegen völlig nachvollziehbar, notwendig und richtig.

(B)

(Abg. Günthner [SPD]: Ich wollte meine Energien auch sparen!)

Herr Günthner, es gibt Energien, die könnte man auch ganz gut sparen, es gibt auch persönliche Energien, die man sparen kann, aber schon allein dadurch, dass man sich vielleicht nicht so erhitzt, sondern indem man vielleicht etwas nüchterner über die Dinge redet!

Die Energieausweise sind also etwas, das zunächst völlig offensichtlich und einleuchtend ist, und vielen wird klar, dass es eine notwendige Sache ist. Entsprechend ist jetzt auch der Antrag, dass möglichst alle Mieterinnen und Mieter Energieausweise zu sehen bekommen und Vermieter und Verkäufer diese erstellen.

Was ich an dem Antrag vermisse, und das ist jetzt eben schon angesprochen worden: Es hat sich herausgestellt, dass diese Energieausweise in vielen Fällen eben nicht die Transparenz vermitteln, die man braucht, weil sie in vielen Fällen unverständlich sind und Menschen, die sie sehen, einfach gar nicht verstehen, um was es dabei geht. Ich habe auch nachgeforscht und festgestellt, dass das, was die Energie-

ausweise oft vorgeben deutlich zu machen, nämlich den Energieverbrauch oder die entstehenden Kosten, auf eine ganz bestimmte Weise nicht vergleichbar ist, weil es unterschiedliche Kriterien, unterschiedliche Untersuchungsmethoden und in der ganzen Feststellung von Energiebedarf bislang noch unzulängliche Methoden gibt.

(C)

Ich hätte mir gewünscht, wenn das so ist – und ich gebe zu, dass ich mich mit dieser Frage auch noch nicht allzu lange beschäftigt habe, hier aber offensichtlich Fachleute im Raum sitzen, die das länger tun –, dass das auch Gegenstand dieses Antrags ist, dass man deutlicher macht, wie man diese Energieausweise verständlich und transparent machen kann und wie man es hinbekommt, dass die Kriterien, die zu einer offensichtlich oft schwierigen Beurteilung führen, vereinheitlicht werden.

Wir werden deswegen diesem Antrag nicht zustimmen, wir werden uns enthalten, und ich mache den Vorschlag zu einem Austausch, wie wir möglicherweise auf anderer Ebene Optimierungen auch für diesen Energieausweis in Bremen diskutieren und möglicherweise dann auch umsetzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wundern sich sicherlich alle, dass ich jetzt hier vorn stehe.

(D)

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Nein? Jetzt würde ich gern wissen, was Sie vermuten, Herr Strohmann! Wir möchten es natürlich auch nicht versäumen, Helmut, uns hier von dir zu verabschieden. Wir haben überlegt, wer von uns das übernehmen könnte, und ich habe gesagt, ich möchte das gern tun, weil ich glaube, in den sechs Jahren, die ich jetzt diesem Parlament angehöre, haben wir uns recht gut kennengelernt. Ich kann mich noch daran erinnern, als ich 2003 in die Bürgerschaft eingezogen bin und dann gleich in die Baudeputation kam und irgendwie überhaupt keine Ahnung von Bau hatte und gemeint habe, ich muss jetzt ganz schnell eigene Beiträge machen, da wusste ich ganz genau, da sitzt eine Person, von der ich schon viel gehört hatte und von der ich wusste, dass sie schon sehr lange dem Parlament angehört, und da war ich sehr gespannt darauf, wie denn die Zusammenarbeit mit dir sein könnte, und hatte ehrlich gesagt ein bisschen Sorge, um das einmal so auszudrücken!

Umso erfreulicher war dann die Erfahrung, die ich tatsächlich mit dir gemacht habe. Du bist ein wunderbarer Kollege gewesen! Du hast gelegentlich in

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) der Baudeputation ein wenig genervt mit deinem Lieblingsthema Lärmschutzwände, das haben wir eigentlich in jeder Sitzung ausführlichst debattiert: Lärmschutzwände begrünt oder nicht begrünt oder verschmutzt und zu ersetzen. Mir hat es mit dir immer sehr viel Spaß gemacht. Wir haben darüber hinaus im Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“, in dem du den Vorsitz hattest, eine Zeit miteinander erlebt, die für uns alle auch nicht ganz einfach war.

Ich möchte dir dafür noch einmal herzlich danken und wünsche dir im Namen der SPD-Fraktion wirklich nur das Beste für die Zukunft!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Golasowski.

Staatsrat Golasowski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist die Krux bei den Energieausweisen, dass dieses System eigentlich nur funktioniert, wenn die Mieter darauf bestehen, dass ihnen so ein Energieausweis vorgelegt wird, wenn sie einen Mietvertrag abschließen. In einer Situation, in der die Nachfrage geringer ist als das Angebot, wird das nicht funktionieren, weil sonst die Gefahr besteht, dass der Mietvertrag nicht zustande kommt. Dass das Ganze bußgeldbewehrt ist, ist richtig; andererseits wird ein Mieter, der gerade frisch einen Mietvertrag unterschrieben hat und keinen Energieausweis vorgelegt bekam, dann kaum seinen Vermieter anzeigen und dadurch ein Bußgeldverfahren einleiten. Das wäre kein guter Auftakt für ein neues Mietverhältnis. Deswegen beruht diese Regelung insgesamt darauf, dass die Vermieter sich dessen bewusst sind, dass es zum guten Ton gehört, einen solchen Energieausweis vorzulegen, und dass das auch die Qualität eines Mietvertrags ausmacht.

(B) Sehr geehrter Herr Richter, nach den Erhebungen der dena sind das Problem nicht die gemeinnützigen Vermieter und die großen Firmen, sondern die privaten Vermieter, bei denen bisher nur ein Drittel solcher Ausweise vorliegt, und bei einem Viertel ist es leider nicht der Fall, damit Sie das überhaupt wissen. Ich hätte eigentlich erwartet, da Sie nun wirklich vom Fach sind, dass Sie dabei mitwirken, dass dann, wenn wir diesen Antrag umsetzen, insbesondere zusammen mit den Interessenverbänden der privaten Vermieter – und das ist Haus und Grund, mit dem Sie wirklich auch zu tun haben – einmal ein Programm und Maßnahmen aufsetzen, in denen dann am Ende steht, es gehört auch in Bremen nicht nur zum guten Ton, eine Spüle und eine Feuerstelle in die Wohnung zu stellen, sondern auch bei Abschluss des Mietvertrags den Mietern ungefragt den Energieausweis zu zeigen. Das hätte ich eigentlich erwartet, es ist leider nicht gekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Soweit inhaltlich! Wir werden diesen Antrag natürlich umsetzen, wenn er so beschlossen wird. Davon gehen wir aus. Zu dem Abgeordneten Pflugradt sage ich nichts, das macht er gleich selbst. – Danke schön!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsrat, ich wollte eigentlich nicht noch einmal sprechen, aber das fordert mich natürlich geradezu heraus: Ich habe gedacht, wir wären hier in der Bremischen Bürgerschaft und nicht bei einer Mitgliederversammlung von Haus und Grund.

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer wenn ich Sie sehe, bekomme ich meine Zweifel!)

Er hat doch gerade gesagt, es wurde nichts über Haus und Grund gesagt, aber ich habe über Initiativen gesprochen. Haus und Grund gehört zu den Gründungsmitgliedern unter anderem von Bauraum e. V., zu den Gründungsmitgliedern der Bremer Energieexperten und zu den Initiatoren des Bremer Energieausweises. All das sind Sachen, die Sie als Staatsrat eigentlich wissen müssen.

(D)

Dann sollten Sie mir zuhören, wenn ich über die dena-Untersuchung rede! Ich habe ganz deutlich gemacht, ab wann es eine Verpflichtung gibt. Die Kündigungsfrist ist nun einmal für Wohnungsmietverhältnisse drei Monate, daran ändert sich auch durch den neuen Koalitionsvertrag nichts. Das heißt, eine normale Ausstellungsdauer für einen Energieausweis und auch für einen Qualitätsausweis ist gerade einmal drei bis vier Wochen, und genau das habe ich gesagt, dass man zwischen denjenigen unterscheiden muss, die ein 20-Familien-Haus haben, die mussten logischerweise, weil relativ oft ein Mieterwechsel ist, sehr früh einen Energieausweis erstellen lassen, und denen, die ein Zweifamilienhaus haben, wo sie vielleicht eine Wohnung schon seit 20 Jahren an ein und denselben Mieter vermietet haben. Das ist ein kleiner Unterschied. Auch Sie wissen, dass über 70 Prozent aller Häuser in Bremen Ein- und Zweifamilienhäuser sind, und dann sollte man nicht solche Dinge falsch interpretieren.

Aber wo wir gerade dabei sind, doch noch einmal ein paar Worte zum Thema: Grün hat Vorfahrt! Damit meine ich natürlich nicht die grüne Partei hier in der Bürgerschaft, sondern ich meine das Label auf den Energieausweisen, was deutlich machen soll, im grünen Bereich, und die Farbe grün reicht etwa bis zu einen Wert von 150 bis 160 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr. Dann mischt es sich leicht in den gelben Bereich. Rot wäre es dann

- (A) etwa bei 300 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr und dunkelrot bei 350 Kilowattstunden.

Ich hatte bereits einen kleinen Hinweis auf die ersten Evaluationsergebnisse zu Energieausweisen aus Schleswig-Holstein gegeben. Diese Evaluationsergebnisse, habe ich hier auch in der Hand. Dort sehen Sie auch noch einmal die Farbenlehre. Die Broschüre ist überschrieben mit „Unsere alten Häuser sind besser als ihr Ruf“, und das kann ich auch nur bestätigen, weil ich schon über 1 000 Energieausweise in Bremen selbst gesehen habe, die das Ergebnis ebenfalls bestätigen. Herausgeber ist die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. in Kiel, nachzulesen im Heft 283, Stand September 2009, nur für diejenigen, die sich mit diesem Thema etwas mehr beschäftigen wollen! Analysiert wurden 20 000 Wohnungen, das ist ja nicht ganz wenig, davon allein 16 000 in Mehrfamilienhäusern.

(Abg. G ü n t h e r [SPD]: Reden Sie hier als FDP-Abgeordneter oder als Lobbyist?)

Ich glaube, Sie sollten wirklich einmal zuhören und solche unsinnigen Zwischenrufe nachlassen! Ich rede schlicht und ergreifend zu dem Thema Energie einsparen, wie wichtig das ist, und wenn Sie das nicht verstanden haben, dann tut es mir leid.

- (B) (Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Der Unterschied ist, er hat Ahnung!)

Das hat man leider in dem Antrag, der hier vorgestellt wurde, wirklich vermisst, Sie sollten sich mit solchen Analysen auch beschäftigen!

Nach der Theorie wird ein Drittel der Gesamtenergie in Deutschland allein für die Wärmeversorgung von Gebäuden aufgewendet. Hierbei werden die Energiekennzahlen von 30 bis 40 Liter Heizöl beziehungsweise Kubikmeter Gas pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr unterstellt, denn man unterstellt somit bei älteren Gebäuden einen Verbrauch von etwa 350 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr, energieausweistechisch der dunkelrote Bereich! Die Wahrheit zumindest in Schleswig-Holstein sieht aber doch anders aus. Der durchschnittliche Verbrauch bei Bestandsimmobilien liegt nach der von mir genannten Untersuchung bei 18,4 Litern, rund 50 Prozent unter den angenommenen Werten. Es ist auch ein erstaunliches Ergebnis, dass gerade bei den älteren Mehrfamilienhäusern in Schleswig-Holstein bis zum Baujahr 1960 der durchschnittliche Verbrauch bereits unter 150 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter liegt, also im grünen Bereich!

Immobilieigentümer wissen schon, dass es Sinn macht, ihre Immobilien zukunftsfähig zu machen, und sie haben auch in der Vergangenheit schon etwas getan. Ob das reicht, ist die große Frage. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, theoretische Ableitun-

gen und halbwissenschaftliche Basisuntersuchungen helfen da nicht weiter, sondern man muss schauen und Überzeugungsarbeit leisten. Damit bin ich mitten in dem Thema Überzeugungsarbeit, dass vielleicht noch mehr investiert wird, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, um die Qualität der Gebäudehülle noch mehr zu verbessern, denn die Mieten – und das wurde ja auch schon gesagt – müssen bezahlbar sein. Es hat auch immer etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun, und nicht jeder Mieter kann sich sehr hohe Mieten leisten, insofern muss das immer in einem richtigen Ausgleich zueinander stehen.

Wir haben in den letzten beiden Tagen auch über die Koalitionsvereinbarung der schwarz-gelben Koalition in Berlin gesprochen, dort steht: Zukünftig sind energetische Modernisierungsmaßnahmen nicht nur zu fördern, sondern sie sind auch von den Mietern zu dulden. Das war vorher auch schon klar, aber es entfällt zukünftig ein Mietminderungsanspruch für den Fall, dass es einmal während der Bauzeit etwas lauter wird. Vielleicht ist es ein kleiner Ansporn, dass noch mehr getan wird. Wenn man hinterher weniger Betriebskosten für seine Wohnung bezahlt, kann man vielleicht auch letztendlich die Modernisierungszeit erdulden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Helmut Pflugradt das Wort, vermutlich zu seiner letzten Rede hier im Landesparlament der Freien Hansestadt Bremen.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident Christian Weber, liebe Marlies Marken und – ich erwähne ausnahmsweise hier einmal eine Kollegin aus dem Protokolldienst –, liebe Ingeborg Oellerich, meine Damen und Herren, liebe Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren vom Senat! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in der Tat meine letzte Rede hier in der Bremischen Bürgerschaft, nachdem ich mich entschieden habe, nicht mehr Politik zu machen. Ich habe immer gern Politik gemacht, und ich habe hier im Hause auch zu den verschiedensten Themen geredet. Ich war ein bisschen überrascht, dass ich zu diesem Thema reden sollte, das habe ich den Kollegen zu verdanken, aber ich bin deswegen nicht böse. Ich will aber trotzdem eine Bemerkung zu diesem Thema machen: Wir schließen uns im Wesentlichen den Ausführungen des Kollegen Richter an und sind der Auffassung, dass wir diesem Antrag nicht beitreten können.

Ich will diese Debatte zum Anlass nehmen, ein paar Bemerkungen zu machen. Da ich 34 Jahre lang dem Hause angehört habe, habe ich mir überlegt, wie ich das zum Ausdruck bringe, dass ich hier wirklich ganz viele Kollegen habe kennenlernen dürfen, und deswegen habe ich mir einfach gedacht,

(C)

(D)

- (A) ich bringe diese Handbücher der Bremischen Bürgerschaft mit.

(Heiterkeit)

Darin sind alle Abgeordneten, die seit 1975 diesem Hause angehört haben, abgebildet, erwähnt mit ihrem Lebenslauf, und sie sind jetzt ganz nahe bei mir, allerdings Sie auch, denn ich habe auch das Handbuch der jetzigen Bürgerschaft mitgebracht. Ich habe ein paar Wünsche, die ich nebenbei äußere, und ich glaube, dass es sehr klug ist, solche Handbücher fortzuführen, weil man doch immer wieder einmal hineinschauen und sich informieren kann. Dabei habe ich dann auch festgestellt, dass es eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen gibt, die, als ich am 13. Oktober 1975 ins Haus gekommen bin, damals noch gar nicht geboren waren.

(Heiterkeit)

Das sind Sirvan-Latifah Cakici, Thomas Ehmke, Björn Fecker, Mustafa Güngör, Martin Günthner, Dr. Oliver Möllenstädt und Inga Nitz. Ich dachte mir, dass ich das doch einfach einmal herausuche – das habe ich gar nicht gemacht, Ingeborg, du hast mir geholfen, danke schön.

(Heiterkeit)

- (B) Ich sage es dann einmal so, ich habe mir kein Konzept gemacht, ich mache das einmal ohne Rang und Reihenfolge. Ingeborg war jahrelang hier für den Ablauf des Hauses zuständig, und so haben wir uns seit 1991 auch intensiv kennengelernt, als ich Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion war und danach auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mit ihr konnte man vieles, nicht kungeln, sondern vernünftig verabreden und besprechen, sodass vieles auch interfraktionell gut lief. Ingeborg, vielen Dank! Im Übrigen auch ein Dankeschön an deinen Mann, der als Fraktionsgeschäftsführer der Grünen und nachher auch als Direktor hier im Hause positiv, aus meiner Sicht sehr positiv gewirkt hat!

(Beifall)

Ich komme zurück zum Jahr 1975, als ich hier ins Haus eingestiegen bin. Ich war damals sehr jung, fand ich jedenfalls mit 26 Jahren, noch jünger als manche, die jetzt hier Jungspunde sind. Damals waren Gustav Böhrnsen, der Vater unseres Bürgermeisters, Uwe Hollweg, Hans-Jürgen Lahmann, Bernd Meyer, Bernd Neumann, Bernd Ravens, der auch noch dabei ist, dabei. Im Übrigen füge ich an, es gibt ja so eine „Hitliste“ oder ein Ranking der Abgeordneten aus allen Landtagen und aus dem Bundestag, wir beide sind unter die ersten zehn gelangt, also wir führen die Gruppe derjenigen an, die am längsten in einem Parlament dabei sind. Du wirst es noch ein bisschen länger schaffen als ich! Dann war auch noch damals Klaus

Wedemeier dabei. Ich habe die ganzen Bücher noch einmal durchgeblättert, wer alles dabei war und wer später dann angefangen hat. Das will ich jedoch hier nicht alles ausführen.

(C)

Meine Damen und Herren, ich fand diese 34 Jahre gar nicht lang. Die sind für mich eigentlich in sehr kurzer Zeit vorübergegangen. Wenn ich die Zeitspanne nehme, 1975 bin ich hereingekommen, dann war für mich 1982 der Regierungswechsel in Berlin so eine Zäsur. 1983 hatten wir hier Wahlen, da stand die absolute Mehrheit der SPD auf der Kippe. Wer sich erinnert, da ging es darum, dass die AG „Weser“ geschlossen wurde, das war ein sehr spannendes Jahr.

Dann war schon ein paar Jahre später 1989/1990, über die Zeit reden wir ja jetzt in diesen Tagen besonders, verbunden mit dem 9. November 1989, die Deutsche Einheit. Bernd Neumann war 1990 im Rahmen des Volkskammerwahlkampfes in Ostberlin. Ich durfte ihn vom 8. Februar bis 18. März begleiten, und damals haben wir die Allianz für Deutschland betreut. Zu der Allianz für Deutschland gehörte der Demokratische Aufbruch, und wenige Tage nachdem wir dort aufgetaucht waren, erschien eine Dame beim Demokratischen Aufbruch als Pressesprecherin. Diejenige, die das war, war Angela Merkel, und seitdem kenne ich sie. Sie kennt mich vielleicht nicht mehr, aber so ist das manchmal.

(Heiterkeit – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]:
Sie kann sich noch an dich erinnern! – Abg.
S t r o h m a n n [CDU]: An deine Schuhe!)

(D)

Soll ich das mit den Schuhen auch noch erzählen? Als wir 2005 eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz im „Bayerischen Hof“ in München hatten – Jörg Kastendiek war damals Fraktionsvorsitzender, Dieter Focke als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und ich –, saßen wir in kleiner Runde dort am Kamin, und da kam sie auf diese Zeit 1990 zurück, und dann erzählte sie, dass sie sich an Bernd Neumann und mich gut erinnern würde. Damals war sie noch nicht Kanzlerin, deswegen war die Bemerkung gemacht, ob sie uns nicht mehr kennen würde, aber Bernd Neumann kennt sie ja nun noch.

(Heiterkeit)

Sie erinnerte sich aber an diese Zeit und berichtete dann, sie sei auf uns aufmerksam gemacht worden, weil wir zwei Herren gewesen seien, die mit Lackschuhen dort aufgetreten waren. Wir sind damals selbstverständlich nicht mit Lackschuhen aufgetreten, die waren eben nur gut poliert, aber für „Ostler“ war das eben halt so, dass man empfand, dass seien Lackschuhe.

(Heiterkeit)

Das war das Jahr 1990!

(A) Im Jahr 1991 hatten wir Bürgerschaftswahlen. Wie wir gemeinsam wissen, die SPD hat ihre absolute Mehrheit verloren. 1991 war deswegen für mich auch ein spannendes Jahr, weil es dann ein Schwampel-Papier gab, an dem Rainer Oellerich und Wolfram Neubrander mitgewirkt haben, und dieses Paper wirkt sich bis heute aus. Seitdem ist es zum Beispiel nicht mehr so, dass die Sprecher in Deputationen automatisch der Mehrheitsfraktion angehören, sondern seitdem werden die Sprecher auf alle Fraktionen verteilt, auch die stellvertretenden Sprecher in Deputationen. Seitdem ist es so üblich, dass der Vorsitzende des Haushaltsausschuss, damals noch Finanzdeputation, der größten Oppositionsfraktion angehört.

Vor 1991 war es üblich, dass die beiden großen Fraktionen sich die Mitglieder in den Aufsichtsräten aufgeteilt haben. Nach d'Hondt wurden die drei oder vier Sitze aufgeteilt, zwei oder drei Sitze bekamen die Sozialdemokraten und einen oder zwei Sitze bekamen wir ab, und die anderen waren da außen vor. Das war für uns teilweise vielleicht ein gutes Geschäft, wir waren daran gut beteiligt, aber im Sinne der Demokratie war das nicht so ganz, und deswegen war es auch nach meiner Auffassung richtig, dass wir mit diesem Schwampel-Papier dort etwas verändert haben. Ich will diese Beispiele nur hervorheben, da wir damals doch einiges gemacht haben.

(B) Dann kam 1995 die Große Koalition – und ich sage einmal, ich nehme für mich in Anspruch, dass man hier und da das eine oder andere bewirkt hat, ich will darauf gar nicht näher eingehen! –, 1998 der Regierungswechsel in Berlin, und 2005 der erneute Regierungswechsel in Berlin und dann 2007 der Wechsel hier in Bremen. Insofern war es für mich, wenn ich diese 34 Jahre nehme, gar nicht so lange.

In dieser Zeit habe ich die ganze Zeit der Baudeputation angehört. Die Baudeputation war mein politisches Feld. Das Stichwort Lärmschutzwände wurde hier genannt, das war so nebenbei einmal ein Thema, aber das war nicht das Hauptthema. Mein Hauptthema war schon die Verkehrsinfrastruktur in Bremen, weil ich glaube, dass das eine ganze wichtige Sache für die Entwicklung dieser Stadt ist, was den Individualverkehr betrifft. In dieser Zeit haben wir die Verbreiterung der A 27 durchgesetzt und umgesetzt, die A 281 wurde auf den Weg gebracht. Ich will noch einmal daran erinnern, ich will hier gar keine parteipolitischen Bemerkungen machen, aber als Bernt Schulte Senator wurde, gab es in den Schubladen keinerlei Pläne für die Fortsetzung der A 281. Da wurde noch immer darüber geredet, dass man in der Neustadt in die Tunnellage gehen könne, das war in Bonn bei keinem bekannt, denn es war überhaupt nicht finanzierbar. Das haben wir zum Beispiel auf den Weg gebracht.

Was mir auch immer besonders am Herzen lag, war der ÖPNV. Deswegen habe ich mich unter anderem auch – ich will das gar nicht vertiefen – zum Beispiel für die Farge-Vegesacker Eisenbahn eingesetzt, weil

ich das als für eine wichtige Infrastrukturmaßnahme gerade für den Nordbremer Bereich angesehen habe und für die Entwicklung der Menschen dort.

(C)

(Beifall)

Ich habe im Laufe dieser Jahre in drei Untersuchungsausschüssen mehr oder weniger mitwirken dürfen. Derjenige, der für mich besonders spannend war, weil ich den Vorsitz übernehmen sollte – –. Ich habe schon am Montag in der Fraktion gesagt, ich wollte gar nicht den Vorsitz übernehmen und habe deswegen auch vorsichtshalber gleich selbst einen Vorschlag gemacht, weil ich wirklich wollte, dass der Kelch an meiner Person vorübergeht. Der eine oder andere meinte aber, ich solle das machen, und ich habe das dann auch getan, weil ich mich in die Pflicht genommen gefühlt habe.

Ich bin kein Jurist, wie alle wissen, und ein Nicht-Jurist, der einen Untersuchungsausschuss mit so einem Thema führen soll und dann noch einem Thema, das ja bundesweit lief, da hätte ich mir nur den einen oder anderen Patzer erlauben dürfen – Karoline Linnert, du weißt ja, wie es ist, wenn man so einen Vorsitz hat –, dann muss man schon aufpassen. Wenn mir so etwas unterlaufen wäre, hätte ich mich schnell bundesweit blamieren können, und das war meine große Sorge.

Ich habe mich vorhin noch einmal darüber unterhalten. Gerade, als ich die erste Vernehmung wenige Tage vor Weihnachten hatte – ich glaube, es war der 18. Dezember –, bin ich eine Stunde vor dieser Vernehmung aus dem Haus der CDU-Fraktion gegangen. Eine Mitarbeiterin von dort hatte gerade einen Herzanfall erlebt, und ich musste dann – sie war ja eine Mitarbeiterin, die ich die ganze Zeit kannte, die mir nahestand – mit diesem Eindruck zu dieser Vernehmung. Ich kann nur sagen, dass es nicht leicht war. Auch die übrigen Vernehmungen, die ich dort durchführen musste, teilweise drei, vier Stunden am Stück, so manche Aussage, muss ich sagen, hat einen schon mitgenommen, auch erschüttert.

(D)

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Bis heute!)

Bis heute, Frau Busch, das ist völlig richtig!

Ich habe mir noch einmal von Frau Schneider den Bericht des Untersuchungsausschusses geben lassen. Im Übrigen, bevor ich das vergesse, Frau Schneider und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine wunderbare Arbeit geleistet, dafür darf ich mich im Namen der ehemaligen Kollegen sehr herzlich bedanken. Im Übrigen darf ich mich auch bei den Kollegen, die damals mitgemacht haben, Karin Garling, Klaus Möhle, Hermann Kleen, Rita Mohr-Lüllmann und so weiter sehr herzlich bedanken, bei euch, bei Ihnen, wie wunderbar ihr und Sie und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgearbeitet haben. Ich glaube – ich will jetzt vorsichtig sein! –, dass die

(A) Wertschätzung dessen, was in dem Bericht darinsteht, noch nicht überall ganz angekommen ist, und ich würde mir wünschen, dass die Konsequenzen noch intensiver gezogen werden als das, was bisher unternommen worden ist.

Ich hoffe, dass Kevin nicht umsonst gestorben ist, sondern dass wir alle gemeinsam in den entsprechenden Deputationen und Ausschüssen darauf achten, dass so etwas nie wieder vorkommen kann, denn dies hat Bremen geschadet. Das darf sich nicht wiederholen, und daran sollten wir gemeinsam arbeiten und wirken. Ohne jetzt auf Regierung, Opposition eingehen zu wollen, aber ich glaube, dass man an der einen oder anderen Stelle noch stärker darauf einwirken muss, dass das, was wir auch als Empfehlung gegeben haben, Klaus Möhle und die anderen Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, auch wirklich intensiv umgesetzt wird, damit sich so etwas wirklich nicht wiederholen kann.

Zum Schluss will ich noch einen Punkt ansprechen, der etwas die Debatte von heute Morgen berührt. Ich hatte noch nicht mit der Politik angefangen, das war 1971, da war Bremen Geberland. Die Finanzreform – im Übrigen mit Zustimmung von Bremen – hat ein Stück weit dazu geführt, dass wir zu einem Nehmerland geworden sind. Auf die Urteile, die es danach gegeben hat, will ich nicht besonders eingehen. Sie haben uns geholfen, aber nicht ausreichend geholfen, und es ist ja heute hier zum Ausdruck gekommen, dass wir noch vieles tun müssen, um das Ziel 2020 zu erreichen.

(B) Mein Appell an alle hier im Hause wäre, sich die Debatte noch einmal zu verinnerlichen, weil ich glaube, dass das Ergebnis für alle Beteiligten nicht zufriedenstellend sein kann. Ich glaube, dass wir alle gemeinsam – die Regierungsfractionen, weil sie Erfolge brauchen, aber die Opposition, die ja die Regierung von morgen sein will und nicht, sage ich einmal, ein Chaosland übernehmen will – an einem vernünftigen Ergebnis interessiert sind und dass vielleicht noch einmal der Versuch unternommen wird, vielleicht doch zueinander zu kommen. Dies wäre mein Appell an alle Beteiligten, weil ich glaube, dass es im Interesse Bremens ist. Ich habe wirklich das große Empfinden, dass alle für dieses Bundesland, für diesen Erfolg und für die Menschen in diesem Lande arbeiten.

An der Stelle will ich auch noch einmal eine Bemerkung zu der Rolle der Abgeordneten machen! Ich weiß, was das Ansehen von Abgeordneten betrifft, ich weiß aber auch, dass dieses Ansehen wirklich zum großen Teil nicht gerechtfertigt ist. Es gibt Abgeordnete, die ihren Job „wahrnehmen“, und ich habe den Eindruck, dass das die allermeisten tun und es kaum Menschen gibt, die so viele Kontakte nach außen zu den Bürgerinnen und Bürgern und zu den unterschiedlichsten Schichten haben wie gerade Abgeordnete. Es geht bei den ganz jungen Menschen los und endet bei den Senioren, es geht los bei den Arbeits-

losen über Arbeitnehmer und Unternehmer, es betrifft alle gesellschaftlichen Schichten, Frauen und Männer und so weiter. Zu ihnen haben wir Kontakt und bekommen auch mit, was draußen los ist, und deswegen ist der Eindruck, die sind abgehoben, die sitzen in ihrem Kämmerlein oder im Parlament und wissen gar nicht, was draußen los ist, ein völlig falscher Eindruck.

Ich sage das auch ganz deutlich aus meiner Sicht: Es ist auch ein Stück weit die Aufgabe von Journalisten, das hier und da einmal auch ein Stück weit zu transportieren. Das trifft nicht auf alle Journalisten zu, aber der eine oder andere transportiert dieses Fehlurteil über Politiker gern. Dabei sind diejenigen, die dieses Fehlurteil manchmal transportieren, diejenigen, die nicht nahe genug dran sind an dem, was die Menschen draußen denken und beurteilen, das ist jedenfalls mein Eindruck. Auch das ist kein Pauschalurteil, damit das völlig klar ist, sondern das ist ein Urteil, das ich mir hier und da gebildet habe, weil ich es gerade im Zusammenhang mit meiner Entscheidung, jetzt aufzuhören, wieder erlebt habe, dass mich ein Journalist anrief und voller Vorurteil befragte, und ich habe dann einfach gesagt: Es tut mir leid, aber zu diesem Gespräch habe ich keine Lust, das beende ich, weil ich bestimmte Dinge einfach so nicht akzeptieren will und kann.

Meine Damen und Herren, das war es für mich! Ich bin heute den ganzen Tag mehrfach gefragt worden, was ich für Gefühle habe. Ich muss Ihnen sagen: Ich gehe ganz normal hier aus dem Hause, nicht mit einem besonderen Magengrummeln, was man in bestimmten Situationen ja hat. Ich gehe überhaupt nicht mit Zorn aus diesem Hause, ich gehe stolz erhobenen Hauptes aus diesem Hause, weil ich viele Kolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen kennengelernt habe, mit denen man gut und kollegial zusammenarbeiten kann, auch wenn man unterschiedlicher Auffassung war. Dass man selbst auch hier und da vielleicht einmal nicht so gut in Form war und dem einen oder anderen vielleicht einmal einen verpasst hat, was ungerechtfertigt war, das bitte ich zu entschuldigen, aber umgekehrt ist es so, dass man auch einmal etwas eingesehen bekommen hat, was vielleicht auch nicht gerechtfertigt war. Das gehört hier zum Alltag dazu, und das macht es auch ein Stück weit aus.

Ich wünsche Ihnen alles Gute, ich wünsche Bremen alles Gute, wofür wir gemeinsam gearbeitet haben und Sie gemeinsam hier weiterarbeiten werden. In diesem Sinne darf ich mich sehr herzlich bedanken. – Vielen Dank, meine Damen und Herren! Alles Gute!

(Anhaltender Beifall)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, was soll der Präsident jetzt noch sagen? Eines ist mir jetzt klar geworden, Herr Pflugradt: Sie haben in den 23 Minuten noch einmal die ganze politische Zeit ab-

(C)

(D)

(A) laufen lassen, in welchen wichtigen Begegnungen Sie eine Rolle gespielt haben. Wenn Sie nicht gewesen wären, wenn Sie Bernd Neumann nicht gecoacht hätten, wäre er niemals Staatsminister geworden!

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Pflugradt, Sie haben in vielen Funktionen in Ihrer Partei und in Ihrer Fraktion hier im Parlament gearbeitet, das ist beeindruckend. Ich habe Sie wahrgenommen, wahrnehmen müssen, als ich noch im Beirat Hemelingen war als Beiratssprecher. Und ich wunderte mich immer, dass die CDU-Fraktion im Beirat Hemelingen so gut informiert war. Wir waren schließlich in der Regierung. Aber dann sagte mir jemand: Ein Herr Pflugradt aus dem Fraktionsbüro Am Wall informiert uns, er unterrichtet uns, er gibt uns die Papiere, und das macht er mit allen Beiräten in der Stadt. Ich dachte, das ist toll, das ist gut und richtig.

Da habe ich das erste Mal den Namen Helmut Pflugradt gehört und habe gedacht, das muss ein toller Kommunalpolitiker sein, der so tief in der Materie steckt, der seine Kollegen in den Beiräten so ausführlich informiert, damit sie auch gegenüber den Regierungsfractionen in den Beiräten standhalten können. Sie haben in der Zeit, in der ich Fraktionsvorsitzender war, Ihre Funktion unglaublich loyal ausgeübt. Ich habe eine sehr gute Zusammenarbeit mit Ihnen und auch mit dem Kollegen Neumeyer erlebt. Ich glaube, wir haben damals auch sehr viel vorangebracht, und daran waren Sie mit Sicherheit beteiligt.

(B)

Herr Pflugradt, wenn man so zurückschaut, gibt es bestimmte Punkte, an die man denkt, „Travel Bau“ ist zum Beispiel solch ein Punkt. Das ist eine Gesellschaft, mit der Unternehmer aus der Bauwirtschaft und Abgeordnete Exkursionen unternehmen. Sie und Carlo Schreiber haben diese Reisen organisiert. Dabei hat man sehr viel gelernt und konnte viel sehen. Ich hoffe, dass die Exkursionen weiterhin bestehen bleiben.

Herr Pflugradt, Sie haben das Schwampel-Papier angesprochen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als es durch die Medien ging. Es wurde am 5. November 1991 vorgestellt. Ich darf zitieren: „Heute haben die Vertreter der CDU, der FDP und die Grünen abschließend das Papier ‚Forderungen zu einer Erneuerung der demokratischen Kultur in Bremen‘ beraten und unterzeichnet. Weiterhin haben die drei Fraktionen Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung, zur Änderung des Deputationsgesetzes und zur Änderung des Beirätegesetzes in die Bremische Bürgerschaft eingebracht.“ Ich kann Ihnen empfehlen, dass einmal durchzublättern. Es ist nach wie vor aktuell. Es wurde etwas in Angriff genommen, woran wir, Herr Tschöpe, heute noch arbeiten. Volksgesetzgebung steht darin schon 1991! Es war ein spannendes

Papier, und in den Jahren danach, 1993/1994, hat es eine Kommission gegeben, die eine Reform des Abgeordnetengesetzes durchgeführt hat, ein dickes Papier, eine Reform des Abgeordnetengesetzes, aber auch eine Reform des Senatsgesetzes. Das ist aus diesem Papier erwachsen. Daran haben Sie federführend mitgearbeitet, unterschrieben haben diese Anträge damals Kudella von der Fraktion der CDU, Thomas von der Fraktion der Grünen, und Jäger von der Fraktion der FDP.

(C)

Sehr geehrter Herr Pflugradt, und jetzt sage ich auch, lieber Helmut, ich wünsche Ihnen, ich wünsche dir alles erdenklich Gute! Du warst ein unglaublich fleißiger Abgeordneter, du warst ein überzeugender Abgeordneter, du warst ein vorbildlicher Abgeordneter, das muss ich mit tiefster Überzeugung sagen – auch wenn du manchmal zu spät gekommen bist.

(Heiterkeit)

Ich wünsche dir auch im Namen des gesamten Parlaments, aller Abgeordneten, alles erdenklich Gute, und ich danke dir, dass ich dich habe kennenlernen dürfen!

(Anhaltender Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(D)

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/880, Neufassung der Drucksache 17/876, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. M ö h l e [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und Abg. T i t t - m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt für heute.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.49 Uhr)